



Es geht zu Ende mit
der Tupperware

WIRTSCHAFT Seite 14

Die Opioidkrise ist
in Europa angekommen

SCHWERPUNKT Seiten 6, 7

Das ist der Nachwuchs
in der Politik

INLAND Seite 8



MITTWOCH, 18. SEPTEMBER 2024

ÖSTERREICHS UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG — HERAUSGEGEBEN VON OSCAR BRONNER

€ 3,30 | Nr. 10.805



Warten auf die Rückkehr

„Leichte Entspannung“, heißt es aus vielen Katastrophengebieten. Im besonders hart getroffenen Tullnerfeld in Niederösterreich müssen aber viele Menschen eine weitere Nacht im Notquartier abwarten. Was erwartet sie dann zu Hause?

THEMA Seiten 2 bis 4, FORSCHUNG SPEZIAL ab Seite 21

Foto: Heribert Corn

Tote und tausende Verletzte nach Pagerdetonationen

Libanesisches Hisbollah
mögliches Anschlagziel

Beirut – Der Konflikt zwischen Israel und der schiitischen Hisbollah-Miliz droht weiter zu eskalieren: Bei mutmaßlich koordinierten Explosionen vieler tragbarer Funkempfänger sind im Libanon mindestens neun Menschen – darunter ein Mädchen – getötet und nach vorläufigen Angaben rund 2.750 Menschen verletzt worden. Der Zustand von 200 Verletzten sei kritisch, erklärte der libanesisches Gesundheitsminister bei einer Pressekonferenz in der Hauptstadt Beirut.

Verletzt wurden nach Angaben der radikalislamischen Hisbollah-Miliz auch zahlreiche Mitglieder dieser Organisation. Unter den Verletzten sollen auch Mitglieder der Elitegruppe Radwan gewesen sein. Zudem sollen hochrangige Hisbollah-Vertreter verletzt worden sein, wie eine der Miliz nahestehende Quelle bestätigte. Auch der iranische Botschafter im Libanon wurde leicht verletzt.

Die Gründe für die zeitgleichen Explosionen der Pager sind vorerst nicht bekannt, sowohl libanesisches Regierungsstellen als auch die mit dem Iran verbündete Hisbollah beschuldigten jedoch sofort Israel. Israel äußerte sich bisher nicht zu den Vorfällen. Unmittelbar vor den Explosionen hatten israelische Medien über „dramatische Konsultationen“ der politischen Führung berichtet.

Nach fast einem Jahr Dauergefechten zwischen Israel und der Hisbollah mehrten sich zuletzt die Zeichen, dass sich der Konflikt zu einem offenen Krieg ausweiten könnte. (red)

Seite 5

HEUTE

Heikler Job für Brunner

Der bisherige heimische Finanzminister Magnus Brunner (ÖVP) wird in der neuen EU-Kommission der Migrations-Kommissar. **Seiten 5, 20**

Merz kandidiert für Union

CDU-Chef Friedrich Merz hat sich durchgesetzt und wird die Union 2025 in die Bundestagswahl in Deutschland führen. **Seiten 5, 20**

Intel-Rückzieher

US-Chiperzeuger Intel legt ein Prestige-Projekt der Ampelregierung auf Eis. Milliarden Euro an Subventionen könnten frei werden. **Seite 15**

Mehr Natur zum Schutz

Naturraum und Retentionsflächen können helfen, Hochwasserschäden zu reduzieren. Hoffnung auf das EU-Renaturierungsgesetz. **Seite 27**

ZITAT DES TAGES

„Großen Teilen der Bevölkerung erscheint die dystopische Erzählung Trumps von einer Zerstörung der USA stimmig.“

Professor für Geschichte der Neuzeit
Mitchell G. Ash über den TV-Duell-Sieg
Kamala Harris'
Seite 19

STANDARDS

Veranstaltungen 9
Sport 10
Rätsel, Sudoku 12
Finanzen & Märkte 14, 15
TV, Switchlist 16
Wetter 9

Westen: 8 bis 20°
Süden: 6 bis 18
Norden: 10 bis 22°
Osten: 12 bis 22°



Start in die Virensaison

Andere hat schon wieder das Coronavirus fest im Griff. Bei uns war's nur Bronchitis. Mich erwischte es im Urlaub. Gerade so, dass der Dauerhusten das Urlaubsglück ein wenig, dafür ein wenig hartnäckig trübte.

Als Nächstes war der Große dran. In der ersten Schulwoche fiel er gleich für zwei Tage krankheitsbedingt aus. Abgesehen von dem beträchtlichen Drama-Potenzial, das ein 15-Jähriger entwickeln kann, sind wir bis heute nicht sicher, ob wir die Besorgungsdefizite, die wir in dieser ersten Woche anhäuften (Hefte! Bücher! Mappen! Trennblätter!) wirklich alle aufgeholt haben. Er spricht nicht gerne darüber.

Den Kleinen traf es härter. Schlaflose Nächte, durchgehustete Tage, immer wieder Fieber.

Wir Eltern verbrachten die zweite Schulwoche mit Hustensaft-Einflößen, Aufs-Inhalieren-Bestehen, mit Socken-hinter-ihm-Herwetzen, wenn er barfuß durch die Wohnung flitzte.

Der Kleine nämlich kuriert sich nie ruhig im Bett liegend aus. Er will hustend Cupcakes backen, fiebernd ein Fußballfeld im Wohnzimmer bauen, schnupfend einen Süßigkeitenautomaten basteln. Schläft er dann erschöpft ein, fallen auch wir um. Krankenpflege ist nicht unsere Stärke.

Als der Kleine am Ende einer endlosen Woche frohgemut das letzte Tröpfchen Antibiotikumsaft geschluckt hatte, fiel ihm ein: „Ich könnte zur Sicherheit noch einen Tag daheimbleiben.“ „Sicher nicht!“, riefen wir im Chor. Selten zuvor waren wir uns so einig.

stui

FALKENSTEINER
GENUSS & WOHLFÜHLHOTEL
MÜHLVIERTEL
★★★★

Zeit für Ihre Wellness-Auszeit.

**JETZT
BIS ZU
-15%
SPAREN***

MEHR INFOS UNTER
falkensteiner.com/badleonfelden

* Limitiertes Angebot nach Verfügbarkeit.
FMTG Services GmbH · Walcherstrasse 1A · Stiege 2, Top 6,04C · 1020 Wien · FN 304169 h
FB-Gericht: Wien · Firmensitz: Wien · Betriebsstätte: Wallseerstraße 10 · A-4190 Bad Leonfelden

Hochwasser ist rechtlich gesehen keine Krise

Krisensicherheitsgesetz aktuell nicht angewandt

Maximilian Werner

Klares Ziel dieses Gesetzes ist es, klare Rahmenbedingungen zu schaffen, schnelle Informationsflüsse zu schaffen und effiziente Strukturen zu schaffen.“ Mit diesen Worten warb Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) im Juli 2023 im Parlament für Zustimmung zum neuen Bundes-Krisensicherheitsgesetz. Die Koalitionsparteien, ÖVP und Grüne, stimmten dann tatsächlich zu; mit 1. Jänner 2024 trat das Gesetz in Kraft, auch wenn die Opposition davon nicht überzeugt werden konnte. Doch bei der aktuellen Hochwasser-Krise, die immerhin einen großen Teil des Landes fest in ihrem Griff hat, wird das Gesetz nicht angewandt.

Das liegt daran, dass das Bundes-Krisensicherheitsgesetz nur dann zum Einsatz kommt, wenn es sich auch um eine Bundes-Krise handelt: „Eine Krise wird dann festgestellt, wenn die notwendigen Maßnahmen zur Abwehr ebendieser in die Zuständigkeit des Bundes fallen. Also wenn beispielsweise große Gefahr über mehrere Bundesländer hinweg besteht oder diese nur durch Maßnahmen des Bundes abgewandt werden kann“, schreibt Lukas Bedits auf STANDARD-Anfrage. Er ist Pressesprecher im Krisensicherheitsbüro, das im Bundeskanzleramt eingerichtet wurde.

Und genau diese Voraussetzung sei im aktuellen Fall des Hochwassers nicht gegeben: „Hierbei handelt es sich um eine Katastrophe, bei der die operative Koordination und Setzung von Maßnahmen zur Bewältigung der Katastrophe in der Zuständigkeit des jeweiligen Landes liegt.“ Denn die Abwehr, Beseitigung oder Linderung von Katastrophen sei in Österreich Landessache.

Krisenzustand

Eine Krise ist dann eine Krise gemäß Bundes-Krisensicherheitsgesetz, wenn die Bundesregierung dieser Meinung ist. Dann kommt das Koordinationsgremium ins Spiel. Dieses besteht aus Vertreterinnen und Vertretern von Kanzler und Vizekanzler sowie weiterer betroffener Regierungsmitglieder – also aus fachkundigen Bediensteten der Ministerien – und unterstützt die Bundesregierung, die Krise zu bewältigen. Beratend an den Sitzungen können auch Vertreter der Länder, Städte und Gemeinden sowie Betreiber kritischer Infrastruktur und Einsatzorganisationen teilnehmen.

Doch weil es sich eben nur um eine Krise der Länder handle, ist dieses Koordinationsgremium rund um das Hochwasser aktuell nicht aktiv. Für die Koordination von Maßnahmen arbeitet das Staatliche Krisen- und Katastrophenschutzmanagement (SKKM) im Innenministerium, erläutert Lukas Bedits. Im Koordinationsausschuss des SKKM sind die Ministerien, die Bundesländer, die Einsatzorganisationen und auch externe Expertinnen und Experten vertreten. Und hier kommt dann das Krisensicherheitsgesetz doch wieder ins Spiel. Denn der aufgrund dessen eingesetzte Krisensicherheitsberater der Bundesregierung, Peter Vorhofer, nimmt an den Sitzungen teil.

Hoffnung und Verzweiflung bei den Gestrandeten in der Halle

In den evakuierten Gemeinden laufen die Aufräumarbeiten auf Hochtouren. Viele Menschen müssen weiterhin in der Messe Tulln ausharren und dürfen nicht heimfahren.

Max Stepan, Oona Kroisleitner



Familienvater Günther ist mit seinen zwei Töchtern gerade erst in seine Heimatgemeinde Rust am Tullnerfeld zurückgekehrt. Die Nacht hatten sie bei Verwandten verbracht. Die Kommune war eine von mehr als ein Dutzend Gemeinden in Niederösterreich, in denen die Bevölkerung vor dem Hochwasser gerettet werden musste.

Aus der Garage des Einfamilienhauses schlängelt sich ein dicker Feuerwehrschauch, aus dem pausenlos braungelbes, dickliches Wasser auf die Straße strömt. Das penetrante, unangenehme Geräusch der Schmutzwasserpumpe dröhnt unaufhörlich durch die kleine Gasse. Die Familie steht mit Besen und Schaufel im Garten und versucht dem Schlamm beizukommen. Aus der braunen Masse ragt angeschwemmtes Holz. Die Schiebtruhen sind voller Matsch. „Im Keller steht das Wasser, und auch das Erdgeschoß ist waschelnass“, erzählt Günther. „Wir haben aber noch Glück gehabt und konnten heute wieder zu unserem Haus. Viele kommen jetzt wieder nicht rein.“

Im Laufe des Vormittags sperrte die Polizei erneut alle Zufahrten nach Rust. Autos werden angehalten und müssen umkehren. Viele Einheimische dürfen am Dienstagvormittag nach wie vor nicht zu ihren Häusern. Auch Günther musste gemeinsam mit seinen Töchtern die Nacht von Montag auf Dienstag bei Verwandten verbringen und wurde davor warnt, in Rust zu bleiben. „Jetzt tun wir unser Bestes, um den Schaden zu beseitigen. Es ist wirklich nicht lustig.“

Hilfe aus Tirol

Die Feuerwehr ist seit mehreren Stunden damit beschäftigt, in Rust für Ordnung zu sorgen. Auf der Straße liegen umgestürzte Straßenlaternen und Verkehrsschilder – etliche Gärten sind voller persönlicher Gegenstände. In einem Vorgarten liegt ein zerstörtes Bücherregal, ein Rasenmäher ragt aus dem Schlamm, dort liegt eine kaputte Gartenbank

aus Holz. Und überall der braune Matsch. Viele Häuser stehen noch im Wasser.

Nach Rust sind auch etliche Feuerwehrleute aus Innsbruck, dem anderen Ende Österreichs, angereist, um den betroffenen Menschen bei den Aufräumarbeiten zu helfen. Das ist eine ziemlich erweiterte Nachbarschaftshilfe. Die Gemeinschaft, die Solidarität hält. Die Menschen sind in ihrem Unglück und ihrer Verzweiflung auch dankbar.

Jene Menschen, die nicht das Glück hatten, wieder nach zu Hause zurückkehren zu können

oder bei Freunden oder Verwandten unterzukommen, wurden in der Messe Tulln vom Roten Kreuz betreut. In einer Halle stehen rund 400 Feldbetten, auf denen zahlreiche Menschen sitzen. Die Stimmung ist angespannt. Ernste Blicke, nachdenkliche Mienen, manchen ist die Verzweiflung ins Gesicht geschrieben. Viele von ihnen haben über Nacht ihr ganzes Hab und Gut verloren, andere wurden wiederum aus reinen Sicherheitsüberlegungen fortgebracht. Sie hoffen, dass es nicht noch schlimmer kommt.

„Nur 20 Minuten Zeit“

Johann und Anna sitzen gemeinsam auf einem Feldbett. Sie kommen aus Judenau, ihre Gemeinde liegt an der Kleinen Tulln. Sie haben möglicherweise alles verloren, so genau wissen sie das noch nicht. Die beiden wurden am Montag von der Feuerwehr evakuiert. „Wir hatten nur 20 Minuten Zeit, um unsere Wertsachen in Sicherheit zu bringen. Das reicht gerade mal, um zwei Autos auf einen sicheren Parkplatz zu stellen, und das war's“, erzählt Johann, den Hund zwischen den Beinen, dem STANDARD.

Während der Evakuierung wurde dem Niederösterreicher bereits das Ausmaß der Zerstörung bewusst. „Unter dem Holzboden hat man komische Geräusche gehört, dort ist das Wasser eingedrungen. Aus dem Klo und den Abflüssen ist schon das Wasser geflossen.“ Wenig später, als Johann und Anna gemeinsam mit der Feuerwehr den Ort verließen, sei das Wasser bereits zehn Zentimeter über der Haustür gestanden. „In Judenau wohnen wir in der Ufergasse. Mehr müssen wir gar nicht erzählen“, sagt Anna und schaut verloren in die Ferne. Nun sitzen die beiden gemeinsam mit dem Husky auf einem Feldbett und warten auf weitere Informationen. Wann es wieder nach Hause geht? „Wir haben keine Ahnung.“

Aus Judenau stammt auch eine Pensionistin, die anonym bleiben will, aber dennoch



Fotos: Heribert Corn (2), APA

Eine Bewohnerin bei den Aufräumarbeiten im Haus.

Bei Marbach geborgener Toter verübte Suizid. +++ Niederösterreich sagt 75 Millionen Euro Soforthilfe zu. +++ Die Donauschiffahrt bleibt vorerst eingestellt. +++ Aufräumarbeiten in Zwettl beginnen. +++



In der Messehalle Tulln versuchen sich die Menschen zu beschäftigen. Nicht alle durften am Dienstag wieder nach Hause.

„Wir hatten 20 Minuten Zeit, unsere Wertsachen in Sicherheit zu bringen.“

Johann aus Judenau

gerne mit dem STANDARD redet. Sie will das Erlebte loswerden, scheint es. Auch sie habe nur sehr wenig Zeit gehabt, um ihre Wertsachen in Sicherheit zu bringen. „Als ich damit beschäftigt war, alles Wichtige ins Auto zu tragen, stand das Wasser noch wenige Zentimeter über dem Boden. Eine halbe Stunde später ist das Wasser bis hinauf zum Gartenzaun angestiegen“, erzählt sie und zeigt ein Foto von ihrem überschwemmten Grundstück.

Mit Booten gerettet

Abwarten ist im Laufe des Dienstags für viele Menschen angesagt, die in Tulln „gestrandet“ sind. Viele telefonieren mit Bekannten und halten sich auf dem Laufenden, ein Mann sitzt auf einer Heurigengarnitur mit einem Kurbelradio und hört Nachrichten. Auch Johannes und seine Mutter, die im Rollstuhl sitzt, mussten am Montag evakuiert werden. Die beiden wurden von der Wasserrettung aus Asparn bei Tulln gebracht. „Mit Booten wurden wir aus der Gemeinde gerettet. Nun heißt es für uns warten, wie es weitergeht“, erzählt Johannes. Er ist mit der Versorgung durch das Rote Kreuz in Tulln zufrieden: „Wir kennen auch viele Menschen hier, die aus unserer Gemeinde stammen. Da kann man sich wenigstens gut unterhalten.“ Drei Mahlzeiten am Tag gibt es für die evakuierten Menschen, dafür wurde in der Halle eine Feldküche aufgestellt. Am Eingang sitzen

am Wochenende besonders hart getroffen. Der starke Regen füllte nicht nur den Wienfluss selbst, sondern auch seine Zubringer in Niederösterreich. In der Weidlingau ging er über.

Michaela Schüchner stapft durch den Schlamm die Ludwiggasse hinunter. Im Hintergrund brummt ein Trockengerät. „Hier stand das Boot“, deutet die rote Bezirksvorsteherin von Penzing an eine Hausmauer und zeigt ein Foto auf ihrem Smartphone. Mit dem Boot der Feuerwehr wurden die Menschen in der Ludwiggasse in den frühen Morgenstunden des Sonntags weggebracht, weil die betroffenen Gebäude anders nicht mehr erreicht werden konnten.

Mittlerweile ist der Fluss wieder in seinem Becken, die Ludwiggasse ist verschlammmt. Die Häuser sind leer. Rund 100 Personen mussten zumindest vorübergehend ausziehen. Zwar hätte es Notwohnungen der Stadt Wien für sie gegeben, erzählt Schüchner. Alle seien aber bei Familie oder Freundinnen und Freunden untergekommen. „Hier war alles überschwemmt“, sagt Schüchner. „Es war eine richtig gruselige Stimmung: Es hat geschüttet, geschüttet, geschüttet, und es war überall Wasser.“

„Meine Rolle ist derzeit die der Vermittlerin. Erklären, welche Stellen der Stadt Wien wofür zuständig sind“, erzählt Schüchner. Am Mittwochnachmittag lädt Schüchner gemeinsam mit dem Stadtservice und der Grätzpolizei zur Sprechstunde, um mit den zuständigen Stellen Fragen zu beantworten und den Betroffenen Unterstützung zu geben.

Versicherungsfragen klären

Das Akuteste sei jetzt, Versicherungsfragen zu klären – und dass Mulden aufgestellt würden, sagt Schüchner. Einer dieser orangenen Container steht schon in der Ludwiggasse. In einem Reihenhausblock ist viel los. „Wir sind fünf Parteien, uns allen geht es gleich“, sagt ein Mann, der im Garten steht und das Hab und Gut, das die Bewohnerinnen dort gesammelt haben, durchgeht. Die Keller der Häuser seien alle geflutet worden, manche hätten das Wasser bis ins Erdgeschoß stehen gehabt. In dem Garten, der auf den Wienfluss blickt, stehen Kisten voller Dinge, die man eben so in einem Keller hat: Christbaumkugeln, Hanteln plus Gewichte, ein Picknickkorb. Aus allen Richtungen leiten Schläuche Wasser in den geöffneten Kanal.

Zu den privaten Schicksalen kommen auch die Aufräumarbeiten im öffentlichen Raum. „Es sind kleine Dinge, dass die Straßen schmutzig sind – mit Ästen, Blättern und so weiter. Dann kommt aber in manchen Bereichen auch der ganze Schlamm dazu. Der muss relativ schnell weg. Wenn es aufhört zu regnen, wird der sonst schnell so hart wie Beton.“ Hinzu kämen auch umgefallene oder weggespülte Mülltonnen, verbogene Geländer und Ähnliches. Am Montag wurden zudem alle Parks in der Stadt gesperrt. Durch die Regenmengen sei der Boden stark aufgeweicht worden, das beeinflusse die Standsicherheit der Bäume, hieß es. Auch hier ist der Bezirk gefordert.

Ob sich die ehemalige Lehrerin Schüchner vorstellen konnte, dass so etwas in ihrem Bezirk Penzing passieren könnte? „Ganz ehrlich: Nein.“



Auch viele Haustiere mussten in Sicherheit gebracht werden. Sie können auch Trost spenden, selbst in so einem trostlosen Umfeld wie der Messehalle nach dem Hochwasser.

Fake News behindern Einsatzkräfte

Feuerwehr muss auch mit Gerüchten aufräumen

Hannah Krause

Die niederösterreichischen Einsatzkräfte, die seit Ende letzter Woche Tag und Nacht arbeiten, um die verheerenden Auswirkungen des Hochwassers einzudämmen, haben es an einer anderen Front mit dem Bearbeiten von Falschmeldungen im Internet zu tun. In einer Sondersendung des ORF berichtet der stellvertretende Landesfeuerwehrkommandant Niederösterreichs, Martin Boyer, davon, dass viele seiner Einsatzkräfte dadurch gebunden seien, diese Meldungen auf ihre Richtigkeit zu überprüfen – wobei sich 99,9 Prozent als Fake News herausstellten.

Un- und Halbwahrheiten

Es ist nicht das erste Mal, dass Naturkatastrophen die Produktion von Falschmeldungen ankurbeln. Im Zuge der Flutkatastrophe in Deutschland im Jahr 2021 etwa musste die Polizei vor unwahren Meldungen warnen, in denen unter anderem behauptet wurde, der Tod von 600 Kindern würde von Behördenseite aus verheimlicht.

In die Kerbe der Unterschlagung von Informationen schlugen auch Nachrichten, die am Wochenende auf Facebook und Whatsapp kursierten: Hier wurde behauptet, dass das Umspannwerk St. Pölten überflutet sei und deshalb angesichts eines bundeslandweiten Blackouts Wasser vorgekocht und Geräte geladen werden sollten. Die EVN dementierte und wies darauf hin, dass das Umspannwerk alle Haushalte zuverlässig versorge.

Boyer berichtete am Montag außerdem von Falschmeldungen über Hubschrauberabstürze und Dammbrüche. Bei Letzteren scheitert es oft an einer richtigen Einordnung: Auf verschiedenen Plattformen kursieren Videos von Staumauern, von denen Wassermassen herabstürzen. Betitelt sind die Videos fälschlicherweise mit „Dammbruch“, tatsächlich handelt es sich jedoch um ein kontrolliertes Ablassen durch geöffnete Flutklappen. Des Weiteren seien Gerüchte darüber im Umlauf, dass eine riesige Welle den Kamp erfassen wird, die noch höher seien soll als im Jahr 2002 – eine Einschätzung, die die Feuerwehr aus jetziger Sicht nicht teilt.

Auch in Polen, wo ebenfalls der Katastrophenzustand ausgerufen wurde, haben die Behörden mit „angeblich gesprengten Deichen und vermeintlich vergiftetem Leitungswasser“ zu tun. Die Stadt Breslau dementiert dies ebenso wie die zwangsweise Evakuierung von tausenden Menschen und ersucht die Menschen, ihre Informationen von lokalen Medien und örtlichen Behörden zu beziehen.

Andere versuchten, sich gleich selbst proaktiv Informationen vor Ort zu beschaffen: Der Sprecher des Verteidigungsministeriums bittet auf X darum, im Katastrophengebiet keine Drohnen steigen zu lassen, da dies eine massive Gefährdung der Flugsicherheit darstellen würde – mindestens einen Vorfall habe es bereits gegeben. Anwohner berichten, dass auch Landwirte Drohnen nutzten, um ihre überfluteten Felder zu begutachten.

Mehr als 250 Straßen sind in Niederösterreich nicht passierbar. +++ Einschränkungen bei den Wiener Öffis dauern noch bis Mittwoch, Vollbetrieb wird vorbereitet. +++ Die Reisewarnung der ÖBB bleibt bis Donnerstag aufrecht. +++

Wo zuvor Felder waren, ist jetzt alles weg. Vielerorts steht noch Wasser auf den Nutzflächen, wie diese Luftaufnahme zeigt.

Landwirtschaft unter Wasser

Lebensmittelproduzenten versinken in den Fluten. Unternehmer in den vom Hochwasser betroffenen Gebieten erleben Schäden in Millionenhöhe. Welche Ernteaufschläge Österreichs Bauern drohen, lässt sich noch nicht abschätzen.

Verena Kainrath

Mehr als ein Dutzend weiße Lkws stehen bis zu den Türen und Dächern in braunem Wasser. Hunderte rote, blaue und graue Kisten treiben wie Mosaiksteine in der schmutzigen Brühe. Die Produktionshallen inmitten des Sees lassen sich nur noch mit dem Boot erreichen.

Es war Sonntag, als ein naher Damm brach. Innerhalb von zwei Stunden wurde Wiesbauer Gourmet in Sitzenberg-Reidling völlig geflutet. Umliegende Felder waren nicht mehr in der Lage, die Wassermassen aufzunehmen. Er sei einfach nur froh, dass kein Mensch dabei zu Schaden kam, sagt Thomas Schmiedbauer, Eigentümer des Fleischverarbeiters.

An Ort und Stelle richte man derzeit wenig aus. Schmiedbauer hofft, dass sich der See bis Ende der Woche abpumpen lässt. Sein Fuhrpark sei jedenfalls komplett zerstört. „Um zu wissen, dass Maschinen drei Tage im Wasser nicht überstehen, dafür muss man kein Experte sein.“ Wie es im Inneren der Produktion aussehe, erahne er, obwohl er es weit lieber verdrängen würde. Sämtliche Fleischwaren in den Hochregallagern im Wert von fünf Millionen Euro könne er nur noch entsorgen.

Wiesbauer zählt in der kleinen Gemeinde in Niederösterreich, die vom Hochwasser mit

voller Wucht getroffen wurde, 140 Beschäftigte. Sie versorgen 2500 Wiener Gastronomiebetriebe mit vorgefertigten Speisen. Neue Bestellungen der Wirte liegen nun auf Eis. Um einen Teil der Ausfälle über die kommenden Wochen zu kompensieren, mietete Schmiedbauer kurzfristig zusätzliche Flächen an. Der Zusammenhalt in der Belegschaft sei enorm. „Wir versuchen nach vorn zu schauen.“

Daniel Frederic Schwarz, Prokurist des Pilzezüchters Vitus Vitality, bleiben die Hände noch gebunden. Hüfthoch stand er im Wasser, als er versucht hatte, sich dem Betrieb bis auf 800 Meter zu nähern. „Die Lage auf dem Gelände ist lebensbedrohlich.“ Das Ausmaß der Katastrophe sei für Menschen außerhalb der betroffenen Gebiete fast nicht vorstellbar.

See statt Gewerbepark

Vitus Vitality produziert in Perschling mit 23 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in einer Indoorfarm seit vielen Jahren Bio-Edelpilze für Handel und Gastronomie. Der Gewerbepark versank in einem mehrere Kilometer großen, zeitweise bis zu 1,80 Meter tiefen See.

Tonnenschwere Tiefkühlcontainer trieben wie Spielzeug in den Fluten. In ihren Häusern in der Umgebung eingeschlossene Arbeitskol-

legen mussten mit dem Hubschrauber in Notunterkünfte ausgeflogen werden. Er selbst lebe auf einem Hügel und blicke durchs Fenster statt auf Wiesen auf Wassermassen, erzählt Schwarz. Der nahe Bach, üblicherweise ein gut zehn Zentimeter kleines Rinnsal, schwoll auf zwei Meter Höhe und fünf Meter Breite an.

Betriebe quer durch die Branchen rechnen in Perschling und den umliegenden Ortschaften mit Totalschäden. Etliche investierten erst jüngst in neue Hallen wie Maschinen und bange nun um ihre wirtschaftliche Existenz.

Auch Schwarz geht von einem Schaden in Millionenhöhe aus und fürchtet, nicht alle Arbeitsplätze retten zu können. Alles sei zerstört: teure Spezialanlagen und Steuerungssysteme, Computer und Waren im Wert von mehreren 100.000 Euro. Um die nötige Hygiene und das Mikroklima für die Herstellung von Lebensmitteln wiederherzustellen, werde es Wochen brauchen – und das im Herbst, in dem Pilze im Handel Hochsaison hätten. Glück im Unglück war, dass die Flut am Sonntag über das Areal hereinbrach, sagt Schwarz. „Tags zuvor arbeiteten hier hunderte Menschen.“

Vor den Trümmern ihrer Existenz sieht sich Angelika Hagl-Lechner. Bis zu 1,20 Meter tief standen ihr Hofladen und ihre Backstube in Judenau unter Wasser. Auch in ihrem Bauernhof ist bis zu dieser Höhe alles zerstört. Im Haus nebenan, in der eine ukrainische Familie eine neue Heimat fand, schwimmt Heizöl. Die Stiere im Stall überlebten, Schweine auf benachbarten Höfen hatten weniger Glück.

Starke Solidarität

„Drucken Sie eine schwarze Seite ab“, sagt die Landwirtin, während sie in ihrem Haus zu retten versucht, was vielleicht noch zu retten ist. Ihr fehlten die Worte, um zu beschreiben, was sich in den vergangenen Tagen im Tullnerfeld abspielte. „Viele Bauern stehen vor dem Nichts.“ Sie selbst sei bei Freunden untergekommen. Die Solidarität der Bevölkerung und die Hilfe der Feuerwehren seien beispiel-

los. Daran, ihren Laden wieder in Betrieb zu nehmen und Brot zu backen, sei jedoch nicht zu denken. Erst müsse sie selbst wieder wohnen können. Wie sie das alles finanziell stemmen werde? „Ich weiß es nicht.“ Jetzt setze sie erst einmal einen Schritt vor den anderen.

Wie hoch die Schäden in Österreichs Landwirtschaft ausfallen, lässt sich erst abschätzen, wenn das Wasser abfließt. Schwer in Leidenschaft gezogen wurden Herbstkulturen wie Kürbisse, die es in großen Mengen teils bis an die Ufer der Neuen Donau in Wien spülte. Heikel ist die Lage teils für Mais, Soja und Sonnenblumen. Die Ernte von Zuckerrüben und Erdäpfeln hängt von der Witterung der nächsten Wochen ab. Aufgrund der hohen Regenmengen sind viele Felder vorerst nicht befahrbar.

So schwer die Ertragsverluste regional sind – in Summe erwartet die Hagelversicherung im Vergleich zur langanhaltenden Dürre in den Monaten zuvor glimpfliche und überschaubare Schäden, sagt ihr Sprecher Mario Winkler, denn der Großteil der Ernten sei bereits eingehar-

fahren. Übers ganze Jahr gerechnet beliefen sich diese bisher in der Landwirtschaft auf 250 Millionen Euro. Rund 150 Millionen waren der extremen Hitze geschuldet. 60 Millionen Euro verursachte Frost. 40 Millionen Euro kosteten Sturm, Hagel und Überschwemmungen. Engpässe in den Lebensmittelregalen der Supermärkte drohen hierzulande nicht, auch wenn sich am Montag einzelne Regale infolge von fehlenden Beschäftigten in den Logistikzentren und gesperrten Zufahrten leerten.

Spar habe wieder alle Filialen geöffnet. Die Arbeit in den Lagern wurde neu organisiert. Das Netz an Lieferanten in Österreich sei groß genug, um einzelne Ausfälle auszugleichen, sagt Konzernsprecherin Nicole Berkmann.

Auch Rewe signalisiert Entspannung. Mehr als zwei Dutzend Filialen von Billa, Penny und Bipa blieben am Montag im Kamptal und Traisental geschlossen. Die Hälfte sperrte seither wieder auf, zieht ein Sprecher Bilanz. „Wir haben die Logistik wieder im Griff.“

Seite 13



Foto: Pressedienst

Ein Dammbruch setzte Fleischverarbeiter Wiesbauer in Sitzenberg-Reidling unter Wasser. Der Fuhrpark ist zerstört, Fleischwaren in Millionenhöhe werden entsorgt.

Firmen können Spenden für Katastrophenopfer zu hundert Prozent absetzen. +++ Bauhaus gewährt Betroffenen 20 Prozent Rabatt. +++ In Hüttschlag im Salzburger Pongau hat eine Lawine mehrere Personen verschüttet. +++

ARTFLUENCE

Das Publikum hat entschieden, welche Kunstwerke nun dauerhaft in der Heidi Horten Collection zu sehen sind.

SZENARIO Seite 9

FUSSBALL

Wie die neue Champions League ablaufen wird

SPORT Seite 10



Foto: Heidi Horten Collection

Kompromiss nach allen Seiten

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen legte ihren Vorschlag zur Bildung der neuen Kommission vor. Österreichs Finanzminister Magnus Brunner zeichnet künftig für das heikle Ressort Migration zuständig.

ANALYSE: Thomas Mayer aus Straßburg

Geht es nach Ursula von der Leyen, dann wird die neue EU-Kommission mit ihr als vom EU-Parlament wiedergewählter Präsidentin und weiteren 26 Kommissaren bereits am 1. November ihr Amt antreten. „So bald wie möglich“ wolle sie starten, sagte die Deutsche am Dienstag bei einer Pressekonferenz in Straßburg. Das wäre in sechs Wochen, wenige Tage vor den US-Präsidentenwahlen.

Dort werden die Bürger am 6. November entscheiden, ob der Rechtspopulist Donald Trump erneut gewählt wird oder doch seine Kontrahentin Kamala Harris von den Demokraten. Insofern wäre es günstig, wenn die Zentralbehörde in Brüssel dann fit wäre. Aber sicher ist das keineswegs, wie der Auftritt von der Leyens in Straßburg zeigte. Sie präsentierte ihren Vorschlag für die Besetzung der einzelnen Kommissarsposten und politischen Zuständigkeiten auf Basis der „Leitlinien“ bis zum Jahr 2029, die sie bereits im Juli im Plenum in Straßburg vorgestellt hatte.

Wirtschaft, Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit, Demokratie ist nun „first“. Digitalisierung und Ökologisierung müssen dabei weitergetrieben werden. Das Motto könnte lauten: Erst müssen wir Europas Industrie und Wirtschaft retten, erst dann die Welt und das Klima.

Hintergrund als Jurist

Eine große Überraschung aus österreichischer Sicht: Finanzminister Magnus Brunner soll EU-Innen- und -Migrationskommissar werden. Er habe einen Hintergrund als Jurist und sei ein erfahrener Minister, sie sei sicher, dass er den neuen Job herausragend erledigen werde, begründete die Präsidentin ihre Entscheidung.



Foto: AFP/Frederick Florin

Ursula von der Leyen musste sich lange strecken, um allen Bedürfnissen gerecht zu werden.

Ein Vorschlag war die Präsentation deshalb, weil alle 26 Kandidatinnen und Kandidaten für die Brüsseler Spitzenjobs sich im Oktober erst noch den Anhörungen auf Eignung durch die EU-Abgeordneten stellen müssen. Aber man kann wohl davon ausgehen, dass es am Ende eine Zustimmung geben wird, wobei einzelne Kandidaten noch scheitern könnten. So hat Ungarns Premier Viktor Orbán erneut Nocherweiterungskommissar Olivér Várhelyi ins Rennen geschickt, der bei den Abgeordneten umstritten ist. Unsicher scheint auch der Italiener Raffaele Fitto, ein Vertrauter von Premierministerin Giorgia Meloni.

Ihr Team hat von der Leyen seit Juni mit den Regierungen der Mitgliedstaaten ausgehandelt, deren Personalvorschläge strukturiert. Interessen von großen und kleinen Ländern wurden dabei ebenso berücksichtigt und „abgetauscht“ wie parteipolitische Wünsche, eine geografische Balance nach Norden, Süden, Osten und Westen ebenso wie möglichst Geschlechterparität. Ein äußerst zäher Vorgang. Zwei Beispiele illustrieren das gut.

Hätte sie die Personalvorschläge der nationalen Regierungen von Sommeranfang nach den EU-Wahlen im Juni eins zu eins übernommen, bestünde die Kommission nur

zu 22 Prozent aus Frauen, zu 78 Prozent aus Männern. „Total unakzeptabel“, erklärte sie. Von der Leyen begann im Hintergrund, um neue Vorschläge zu bitten, die zum Beispiel Rumänien und Slowenien einbrachten. Die Präsidentin „belohnte“ dieses Engagement: So soll die slowenische Diplomatin Marta Kos das wichtige Dossier Erweiterung und Ostpartnerschaften inklusive Ukraine bekommen. Ein Topjob für ein so kleines Land wie Slowenien.

Und: Von der Leyen schafft das „alte“ System der „Ersten Stellvertreter“ ab. Sie wird nun sechs gleichrangige Vizes haben – vier Frauen, zwei Männer. Das lässt sich als dis-

krete Retourkutsche interpretieren, weil die meisten Regierungen (auch in Österreich) die Gleichberechtigungswünsche ignorierten.

Diese Vizepräsidenten werden thematisch für mehrere einzelne Kommissare und Dossiers zuständig sein. Überhaupt wünscht sich die Präsidentin, dass fächerübergreifende Kooperation zum Muster ihrer Kommission wird. Der Clou bei den Vizepräsidentinnen und -präsidenten: Zwei kommen von den Sozialdemokraten, zwei von Liberalen, der Italiener Fitto zählt zur Fraktion der Konservativen. Henna Virkkunen (Technologie) ist Christdemokratin wie von der Leyen selbst.

Widerstand angekündigt

Damit kann sich die Kommission parteipolitisch auf eine breite Basis im EU-Parlament stützen. Allerdings: Grüne und Sozialdemokraten kündigten an, dass sie mit dem Fitto nicht einverstanden sind. Von der Leyen aber braucht Italien gut vertreten an Bord. Man wird sehen, wie das ausgeht.

Damit das mächtige Frankreich sich gut vertreten fühlt, hat die Präsidentin ihren Kontrahenten Thierry Breton abserviert, Paris schickte als Ersatz Außenminister Stéphane Séjourné, der Vizepräsident und wie einst Breton mächtiger Kommissar für Binnenmarkt und Industrie wird. Er ist ein enger Vertrauter von Staatspräsident Emmanuel Macron.

Kaja Kallas als EU-Außenbeauftragte und Vize war bereits gesetzt. Mit der spanischen Vizepremierministerin Teresa Ribera Rodríguez deckt von der Leyen den Bereich Wettbewerb und Green Deal ab. Sie wird auch Vizepräsidentin und ist mit dem Niederländer Wopke Hoekstra für Klimapolitik zuständig.

Kopf des Tages, Kommentar Seite 20

Tausende „Hisbollah-Pager“ explodierten zeitgleich

Möglicher Anschlag auf Mitglieder der islamistischen Miliz im Libanon – Tote und tausende Verletzte

Beirut – Es war 15.30 Uhr Ortszeit, als im Süden Libanons und der Hauptstadt Beirut plötzlich die Detonationen losgingen: Tausende kleine Funkempfänger – als Pager aus der Zeit vor Mobiltelefonen bekannt – explodierten und töteten oder verletzten ihre Benutzer. Mindestens neun Menschen starben, fast 3000 wurden nach Angaben des libanesischen Gesundheitsministers Firas Abiad zum Teil lebensgefährlich verletzt.

Verletzt wurden nach Angaben der radikalislamischen Hisbollah-Miliz auch zahlreiche Mitglieder dieser Organisation. Unter den Verletzten sollen auch Mitglieder der Elitetruppe Radwan gewesen sein. Zudem sollen hochrangige Hisbollah-Vertreter verletzt worden sein, wie eine der Miliz nahestehende Quelle bestätigte. Örtlichen Medien zufolge trugen auch zwei Leibwächter von Hisbollah-Chef Hassan Nasrallah

Verletzungen davon. Auffällig ist, dass die Kommunikationsmittel in Regionen, die als Hisbollah-Stützpunkte gelten, in die Luft flogen.

Ein Hisbollah-Vertreter, der anonym bleiben wollte, sprach vom „größten Sicherheitsdebakel“ in ihrem seit fast einem Jahr währenden Krieg mit Israel. Eine andere Quelle aus dem Hisbollah-Umfeld sagte, die Vorfälle seien die Folge eines Eindringens Israels in das Kommunikationssystem der Miliz. Das Wall Street Journal berichtete, die Pager stammten aus einer Lieferung, die die Hisbollah erst kürzlich erhalten habe. Hunderte Kämpfer hätten solche Geräte, berichtete die Zeitung unter Berufung auf einen namentlich nicht genannten Hisbollah-Vertreter. Dieser vermutete demnach, die Geräte seien mit Schadsoftware versehen gewesen, die zu einer Überhitzung und zur Explosion geführt hätten.

Die Hisbollah beschuldigte Israel, hinter dem möglichen Anschlag zu stecken und kündigte Vergeltung an. Der „israelische Feind“ sei voll verantwortlich für die „kriminelle Aggression“, hieß es in einer Erklärung der proiranischen Schiitenorganisation auf dem Kurzmitteilungsdienst Telegram. Israel werde eine „gerechte Vergeltung“ für diese „sündige Aggression“ erhalten, hieß es dort weiter.

Iran sieht „Terrorakt“

Irans Außenminister Abbas Araghchi verurteilte die mutmaßlich koordinierten Explosionen Hunderter tragbarer Funkempfänger im Libanon als „Terrorakt“. Auch der Botschafter dieses Landes wurde durch eine Explosion leicht verletzt.

Offizielle Vertreter Israels haben sich vorerst nicht zu den Vorgängen im nördlichen Nachbarstaat geäu-

bert. Die Vereinigten Staaten von Amerika, Israels wichtigster Verbündeter, beteuern, nicht im Vorfeld informiert gewesen zu sein. „Ich kann Ihnen sagen, dass die USA nicht daran beteiligt waren und dass die USA nicht im Voraus von diesem Vorfall wussten“, sagte der Sprecher des US-Außenministeriums, Matthew Miller, am Dienstag in Washington. „Im Moment sammeln wir Informationen.“

Nach fast einem Jahr Dauergefechten zwischen Israel und der Hisbollah mehrten sich zuletzt die Zeichen, dass der Konflikt zu einem offenen Krieg eskalieren könnte. Der israelische Kan-Sender berichtete, in Israel gingen Militär und Verteidigungsministerium davon aus, dass die Hisbollah nun mit einem Militäreinsatz gegen Israel reagieren werde. Es gebe dazu gegenwärtig Beratungen im Militärhauptquartier in Tel Aviv. (APA, Reuters, red)

CDU-Chef Merz soll 2025 ins deutsche Kanzleramt

Berlin – Wer wird Kanzlerkandidat der Union für die deutsche Bundestagswahl 2025? CDU-Chef Friedrich Merz? Bayerns Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Markus Söder? Oder gar der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Hendrik Wüst (CDU)? Diese Frage trieb das politische Berlin seit Monaten um. Man hatte mit einer Bekanntgabe nach der Brandenburger Landtagswahl gerechnet. Diese findet am Sonntag statt.

Doch dann ging es am Dienstag schneller, als so mancher erwartet hatte. Mittags traten Söder und Merz überraschend in Berlin in der bayerischen Landesvertretung vor die Presse. Söder, als Hausherr, begann sein Statement mit folgenden Worten: „Um es kurz zu machen, die K-Frage ist entschieden. Friedrich Merz macht's. Ich bin fein damit, und ich unterstütze dies ausdrücklich.“ (bau) Kommentar Seite 20

Sucht auf Rezept

Während sich die Pharmaunternehmen der Familie Sackler in den USA für ihre Rolle in der Opioidkrise vor Gerichten verantworten müssen, versuchen sie auch hierzulande, Opioide zu vermarkten – mit umstrittenen Methoden und möglicherweise fatalen Konsequenzen.

RECHERCHE: Muzayen Al-Youssef, Maria Christoph, Dajana Kollig, Laurin Lorenz

In einem Gasthof inmitten der Salzburger Alpen fand vor fast 30 Jahren ein Kongress statt, der das Schicksal unzähliger Suchtkranker in Europa besiegeln sollte. Umgeben von einer idyllischen Kulisse im Saalachtal trafen sich dort Vertreter eines Firmenimperiums mit ausgewählten Gästen. Sie spielten gemeinsam Tennis, tranken Sekt – und tauschten sich zu jenem Medikament aus, das Jahre später die Opioidkrise in den USA auslösen sollte: Oxycontin.

Während in der Gaststätte in beschwingter Stimmung über das Marktpotenzial in Deutschland diskutiert wird, ist der Wirkstoff Oxycodon, der darin enthalten ist, noch nicht einmal zugelassen. Die dafür zuständige deutsche Behörde lässt ihn erst ein Jahr später, 1998, zu, in Österreich passiert das 1999.

Das Unternehmen, das diesen Kongress veranstaltete, war Mundipharma – und hatte laut geleakten internen Unterlagen schon damals große Pläne für einen neuen medizinischen Kassenschlager.

Alarmglocken schrillen

Anderswo ist Oxycodon mittlerweile berüchtigt. Hunderttausende Tote, zerstörte Existenzen und unzählige Abhängige, die auf der Straße landen: Diese Bilder aus den USA erscheinen wie ein weit entfernter Albtraum. Bereits im Oktober 2017 erklärte der damalige US-Präsident Donald Trump die Opioidkrise zum „nationalen Gesundheitsnotstand“.

Heute sind sich Kritiker einig: Ein Auslöser für die Krise waren Pharmaunternehmen, die das Suchtpotenzial ihrer opioidhaltigen Tabletten hinunterspielten. Gleichzeitig sollen sie Ärztinnen und Ärzte davon überzeugt haben, dass mit starken Opioiden auch Rückenschmerzen, Arthritis und sogar Zahnschmerzen behandelt werden könnten – und die Gesellschaft damit in eine Suchtkrise gestürzt haben, wie es sie noch nie zuvor gegeben hat.

Davon ist Europa nicht verschont geblieben, wie eine Recherche des STANDARD gemeinsam mit dem ZDF, dem Spiegel, der Washington Post, dem auf Gesundheitsthemen spezialisierten Medium *The Examination* und weiteren internationalen Medienpartnern zeigt.

„Die Menschen haben eine gewisse Vorstellung davon, was in den USA passiert ist“, sagt der Wissenschaftler und Arzt Andrew Kolodny. In den USA gilt er als „Opioid-Prophet“, da er einer der ersten Experten war, die vor der bevorstehenden Suchtepidemie warnten. Aber viele wussten nicht, dass Pharmafirmen wie Mundipharma in Europa und anderswo

nach genau demselben Schema vorgehen. „Wenn nichts unternommen wird, werden die Länder Europas dem amerikanischen Beispiel folgen“, sagt er.

Zahlen zu finden, die Kolodnys Warnung untermauern, ist nicht leicht: Wenig ist öffentlich verfügbar, die Dunkelziffern sind hoch, und die Interpretationen gehen auseinander (siehe unten). Dennoch fällt auch hierzulande immer wieder ein Name, wenn es um den kommerziellen Verkauf von Opioiden geht: Mundipharma – und die Familie Sackler, die hinter dem Unternehmen steht. Diese war einst vor allem als spendabler Mäzen von Kunst und Wissenschaft bekannt. Davon ist heute wenig übrig geblieben.

Mundipharmas österreichischer Arm setzte im Jahr 2022 rund 60 Millionen Euro um. Nach einem Gewinn von fast elf Millionen Euro im Jahr 2019 reduzierte dieser sich anschließend auf rund 1,5 Millionen Euro jährlich. Zum Vergleich: Der Pharmariese Pfizer setzte hierzulande im Geschäftsjahr 2021 etwa 644 Millionen Euro um.

Die Sacklers hatten intensive persönliche Beziehungen zu Österreich (siehe Kasten) – und sahen auch einen wichtigen Markt, um ihre Profite zu steigern. Dies zeigt eine inter-

ne Mail aus dem Jahr 2013, die dem Rechercheconsortium zugespielt wurde. Darin will Mortimer Sackler Junior von einem Mundipharma-Mitarbeiter wissen, wieso die Verkaufserwartungen unter anderem in Deutschland, Österreich und der Schweiz so niedrig angesetzt seien. „Warum dieser Konservatismus?“, fragt er. Der Fünfjahresplan für die Region sei „völlig inakzeptabel“. Sackler drängt auf Vorschläge, was die Firma tun könne, um dort zu wachsen.

Fragwürdige Informationen

Die Pharmavertreter konnten zu diesem Zeitpunkt bereits auf ein breites Repertoire an sogenannten Marketingstrategien zurückgreifen, die den Firmen der Sacklers besonders in den USA mittlerweile zum Verhängnis geworden sind. 2024 gab und gibt es in den USA tausende Klagen gegen die dortige Sackler-Firma Purdue Pharma, die in die Insolvenz geflüchtet ist (siehe unten).

Europaweit förderte Mundipharma Vereine, die sich mit dem Thema Schmerz befassen. Hierzulande haben etwa die Schmerz-Allianz und die Österreichische Schmerzgesellschaft (ÖSG) in den vergangenen Jahren finanzielle Zuwendungen bekommen. Man-

che von ihnen zeichnen ein spezielles Bild von Ärztinnen und Ärzten sowie Patientinnen und Patienten: Österreich sei unterversorgt, der Zugang zu Opioiden zu schwer, es gebe zu viele Vorurteile. Sie sprechen von „Horrormeldungen aus den USA“ und verbreiten laut Kritikern irreführende Informationen.

Auf der Website der Schmerz-Allianz etwa heißt es, dass Opiate „ein sicheres und gut wirkendes Schmerzmittel“ seien, „bei dem Nebenwirkungen meist nur am Anfang auftreten“. Die Medikamente seien „gerade im Langzeitgebrauch nicht zu ersetzen“.

Bezahlte Ärzte?

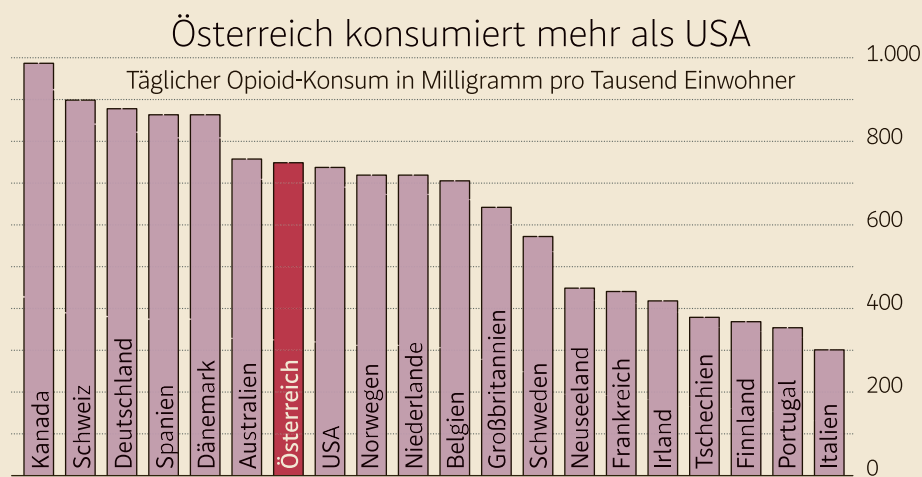
Diese Aussagen sind jedoch sehr problematisch, finden Experten wie Christoph Stein, Anästhesist an der Berliner Universitätsklinik Charité. Denn: Etwa bei chronischen Rückenschmerzen seien Opiate nur in sehr wenigen Einzelfällen zur Langzeitanwendung geeignet. Das sei auch in der Leitlinie für Opioide festgehalten.

Auf Anfrage bestätigt die ÖSG, Geld auch von Mundipharma erhalten zu haben. Die Zuwendungen fließen in einen Kongress zur Fortbildung von Fachleuten. Ob Mitglieder direkt Geld bekommen haben, sei dem Verein nicht bekannt, jedoch gelten branchenweit Regularien. Die Schmerz-Allianz bzw. ihr federführender Verein Eurag bestätigt auch, in der Vergangenheit insgesamt 6000 Euro von Mundipharma erhalten zu haben. Sämtliche Sponsorbeiträge seien an keinerlei Bedingungen wie etwa die Empfehlung eines Medikaments geknüpft gewesen und seien etwa in die Kosten für die Website geflossen. Ab dem Jahr 2017 habe es außerdem keine Zuwendungen mehr von Mundipharma gegeben. Der Artikel auf der Webseite aus dem Jahr 2019 stehe „in keinem Zusammenhang“ mit den Geldern und reagiere „auf Medienberichte und die damit verursachte Verunsicherung bei SchmerzpatientInnen“. Die Allianz, zu der auch eine Selbsthilfegruppe gehört, beteuert zudem, dass die eigene „Erfahrung“ und „Überzeugung“ zeige, dass die Angst, süchtig zu werden, bei richtiger Anwendung unbegründet sei. Die Mitarbeiter der Selbsthilfegruppe würden ehrenamtlich arbeiten.

Die Recherchen belegen zudem, dass hunderte Fachleute in Europa, darunter Ärztinnen und Ärzte, von Mundipharma bezahlt wurden. Davon umfasst sind Honorare oder finanzielle Unterstützung für Forschungsprojekte, wie sie üblicherweise als Interessenkonflikte ausgewiesen werden. Manche von ihnen äußerten sich danach positiv zu den Produkten des Unternehmens. Zugleich be-



Illustration: STANDARD / Monika Köstinger



Opioide erobern Europa – und Österreich

Todeszahlen auf einem Höchststand

In vielen Teilen Europas werden immer mehr opioidhaltige Medikamente verschrieben. Zugleich steigen in den vergangenen Jahren die Todeszahlen wegen Überdosen. Österreich wird in internationalen Studien immer wieder im Spitzenfeld genannt, wenn es um den Pro-Kopf-Konsum von Opioiden geht.

2023 wurden laut dem Branchenradar Iqvia 4,8 Millionen Packungen opioidhaltiger Medikamente verkauft. Damit stagnieren die Zahlen: So kam es während der Pandemie zu einem Rückgang, 2022 dann zu einem Anstieg um elf Prozent. Im Vorjahr waren die Verkäufe dann wieder rückläufig.

Zugleich erreichten 2022 die Todeszahlen in Österreich aufgrund von Überdosen einen neuen Höchststand. 248 Menschen starben – bei zumindest 161 von ihnen wurde festgestellt, dass sie Opioide zusammen mit anderen Drogen, etwa Alkohol, konsumiert hatten. Das Sozialministerium geht davon aus, dass bis zu 40.000 Menschen einen risikoreichen Konsum von Opioiden haben.

Mundipharma produziert legale Opioide, die viele Menschen in die Sucht führen – und dann auch das opioidhaltige Substitol, jenes Mittel, das in Suchttherapien Abhängigen verschrieben wird. In Österreich setzte die Firma 2022 mehr als 60 Millionen Euro um.



Illustration: STANDARD / Monika Köstinger

schäftigte Mundipharma Pharmavertreter, die bei Ärzten anklopfen und Schmerzmittel anpriesen. Ein Arzt, dem dies missfiel, erzählt dem STANDARD, wie penetrant ein Mundipharma-Vertreter auf ihn eingeredet habe, nachdem er ihn mit Kritik konfrontiert habe. Ein „Verhinderer zukunftsweisender Medizin“ sei er genannt worden. Eine Österreicherin, die einst hierzulande als Pharmavertreterin tätig war, wimmelt am Telefon sofort ab, merkt dann aber zum Abschied an: Man solle sich *Painkiller* auf Netflix ansehen – eine Serie über die skrupellosen Methoden der US-Pharmabranche und wie diese Menschen in die Abhängigkeit trieben. „Es war genau so“, sagt sie.

Mundipharma bestreitet Vorwürfe

Mundipharma bestreitet auf Anfrage jegliche Vorwürfe und versichert, sich in der Zusammenarbeit mit Ärzten stets an geltende Regeln und Standards gehalten zu haben. Außerdem habe Mundipharma keine Ärzte bezahlt, um die Anwendung von Opioiden bei Nicht-Tumor-Schmerzen zu fördern.

Zu den Vereinsförderungen heißt es, dass eine „begrenzte, bedingungslose finanzielle Unterstützung“ gewährt werde, damit diese ihre Ziele erreichen und letztlich die Patientenversorgung verbessern können.

Das Unternehmen sagt, dass Mitglieder der Sackler-Familie vor längerer Zeit bei Mundipharma Führungspositionen innehatten, aber nicht ins Tagesgeschäft involviert gewesen seien. Ein Sprecher der Familie gibt an: Kein Mitglied habe jemals eine operative Rolle bei Mundipharma gehabt.

Der Anästhesist Rudolf Likar, Generalsekretär der ÖSG, hat ebenso in der Vergangenheit von Mundipharma Geld für seine Forschung bekommen – etwa im Jahr 2013, nach eigenen Angaben zur Organisation eines Kongresses. Heute räumt er ein, dass der Einsatz von Opioiden bei Schmerzen hierzulande teilweise falsch eingeschätzt worden sei. Der neue, kritischere Blick auf Opioide habe sich vor allem im vergangenen Jahrzehnt etabliert. Auch die ÖSG müsse in dem Zusammenhang ihren veralteten Konsens in Bezug auf den Einsatz von Opioiden aktualisieren.

Likar findet dennoch, dass die Opioidkrise in den USA nicht eins zu eins auf Österreich übertragbar sei, trotz der hohen Verschreibungszahlen. Ohnedies kehre die Pharmabranche Opioiden derzeit den Rücken zu, aus Angst, sich zu verbrennen, wie er sagt. Stattdessen würden die Unternehmen aktuell Medikamente mit Cannabis erforschen.

Daten fehlen

Ähnlich wie Likar argumentieren auch mehrere andere unabhängige Experten. So schätzt auch der Psychologe Martin Busch, Leiter des Kompetenzzentrums Sucht der Gesundheit Österreich GmbH, die Situation um Opioide hierzulande derzeit als „stabil und gut unter Kontrolle“ ein.

Hohe Verschreibungszahlen deuten laut Busch nicht zwingend auf ein Problem hin. Diese könnten damit zusammenhängen, dass Suchtkranke eher opioidhaltige Substitutionsmedikamente in Anspruch nehmen, statt beispielsweise Heroin auf der Straße zu konsumieren. Auch diese Medikamente werden teilweise von Mundipharma produziert.

Nach Berechnungen des STANDARD wurden rund 20 Prozent der opioidhaltigen Medikamente, die 2023 in Österreich verschrieben wurden, zur Substitutionstherapie eingesetzt.

Anderer Meinung als viele österreichische Experten ist der „Opioid-Prophet“ der USA, Andrew Kolodny: „Österreich hat einen hohen Opioidkonsum – zweifelsohne werden zu viele verschrieben.“

Ein großes Problem dabei, die Lage adäquat einschätzen zu können, ist laut Psychologe Martin Busch das enorme Defizit an Daten. So müssen Unternehmen hierzulande ihre Verkäufe nicht umfassend offenlegen, weshalb den Behörden nur Informationen zu Medikamenten vorliegen, die teurer sind als die Rezeptgebühr. Vollständige Daten legt die Branche für gewöhnlich nur gegen Bezahlung offen.

Das entspricht auch dem Fazit mehrerer Experten: Ohne vollständige Daten sei es unmöglich, die Lage umfassend zu überwachen und eine mögliche Opioidkrise frühzeitig zu erkennen, geschweige denn durch Maßnahmen zu reagieren. Das gelte für alle süchtigmachenden Medikamente.

Österreich und die Sacklers Mortimer Sackler heiratete eine Salzburgerin

Jener US-Milliardär, dessen Firmenimperium für den Start der Opioidkrise in den USA mitverantwortlich gemacht wird, wurde in den 1970er- oder 1980er-Jahren Österreicher. Die genauen Umstände, wie der 2010 verstorbene Mortimer Sackler an seinen Pass gelangte, lassen sich nicht mehr klären – das Staatsarchiv erklärt auf Nachfrage, dass sämtliche Daten aus dieser Zeit fehlen.

Britische Medien spekulierten, dass Sackler mit der österreichischen Staatsbürgerschaft vermutlich Steuern sparen wollte: So hätte er, wenn er in Großbritannien – wo er sich häufig aufhielt – ansässig gewesen wäre, auch Steuern für Profite im britischen

Überseegebiet Bermuda, das als Steuerparadies gilt, zahlen müssen.

Ins Alpenland verschlug ihn zunächst die Liebe. Er lernte die Salzburgerin Gertraud alias Gheri Wimmer kennen und heiratete sie 1969. Aber Sackler trieb sich nicht nur privat in Österreich herum: 1981 kürte ihn die Universität Salzburg zum Ehrensensator, weil er damals fünf Millionen Schilling zur Erforschung der Multiplen Sklerose spendete.

Die Uni erklärte später, dass die Zusammenhänge mit der Suchtepidemie damals „nicht absehbar“ gewesen seien. Ob der Titel posthum aberkannt wird, beantwortete die Uni nicht.

Klagslawine in den USA Tausende fordern rechtliche Konsequenzen

Tausende Klagen sind in den USA gegen die Sacklers und ihre Unternehmen eingegangen. Unter den Klägern sind Native Americans, Krankenhäuser und Bundesstaaten. Sie werfen ihnen vor, die Gefährlichkeit ihrer Schmerzmittel relativiert zu haben. Purdue Pharma flüchtete 2019 in die Insolvenz.

Anwälte verhandelten einen Deal, der die Mitglieder der Familie Sackler vor zivilen Klagen hätte schützen sollen – im Gegenzug hätten diese mehrere Milliarden Dollar zur Verfügung gestellt, um die Opioidkrise zu bekämpfen.

Doch im Juni kippte der Supreme Court die Einigung und entschied, dass der Ver-

gleich die Sacklers unrechtmäßig vor Klagen bewahrt hätte. Kritiker des Deals empfinden zudem die Summe als unangemessen – vor allem im Hinblick auf die elf Milliarden US-Dollar, die die Familie laut US-Gerichtsakten im Lauf der Jahre aus ihrem Unternehmen Purdue Pharma entnahm. Derzeit helfen der Familie mutmaßlich die Einnahmen aus ihren europäischen Unternehmen, darunter auch Österreich, um ihren Reichtum zu halten. Wie hoch die Profite genau sind und wohin sie gehen, ist aufgrund der Verlagerung in undurchsichtige Finanzstandorte allerdings nur schwer nachvollziehbar. Die Familie Sackler streitet bis heute alle Vorwürfe ab.

Was es für Junge heißt, in die Politik zu gehen

Vier von fünf jungen Menschen in Österreich fühlen sich nicht von der Politik vertreten. Das zeigt der aktuelle Bericht der Organisation Youth Empowerment Participation. Manche gehen deshalb nicht wählen. Für andere ist es der Grund, sich in einer Partei zu engagieren. DERSTANDARD hat mit fünf jungen Politikerinnen und Politikern über ihre Ambitionen gesprochen. Sie alle stehen auf den Wahllisten auf Plätzen, die einen (Wieder-)Einzug in den Nationalrat zumindest greifbar machen.

Eva Plank

Paul Stich
„Politisierung
unter Jungen
ist hoch“



Die FPÖ drohte quasi Wien zu übernehmen“, erinnert sich Paul Stich an das Jahr 2015. Es sind der damalige Wien-Wahlkampf, die Fluchtbewegung und „dieser Rassismus, den viele Freunde am eigenen Leib spürten“, die den damals 17-jährigen Floridsdorfer zum Beitritt zur Sozialistischen Jugend bewegen.

Eine Politikverdrossenheit der Jugend, von der oft die Rede ist, nimmt Stich nicht wahr. Der Lehramtsstudent für Geschichte und Deutsch hat das Gefühl, „dass die Politisierung in den vergangenen Jahren, auch durch Corona, sehr hoch ist.“ Was fehle, sei der Glaube daran, tatsächlich etwas bewegen zu können.

Welche Themen der 26-Jährige im Parlament gerne beackern würde? „Wenn das tatsächlich mit dem Einzug klappt, wäre es keine Überraschung, wenn ich tendenziell Jugendthemen übernehmen würde.“ Gleichzeitig will er sich aber breiter aufstellen: Klimakrise, Mietpreise, „die durch die Decke gehen“, und Arbeitsbedingungen, „die aktuell so schlecht sind“, seien nicht nur für junge Menschen, sondern für die gesamte Bevölkerung relevant.

Diese Probleme will Stich als Abgeordneter angehen, „um sicherzustellen, dass leistbarer Wohnraum vorhanden ist, Mieten gedeckelt sind und grundsätzlich einmal die Frage gestellt wird, wieso es überhaupt okay ist, dass Leute mit einem Grundbedürfnis wie Wohnen Profit machen“.

Felix Stadler
„Junge sollen
sich in Parteien
einbringen“



Felix Stadler arbeitet auf einer der größten Baustellen für die nächste Regierung: im Bildungsreich. Nach dem Volkswirtschaftsstudium geht er als Quereinsteiger in die Schule. Als Lehrer an der Mittelschule Schwechat-Frauenfeld habe er gemerkt, „wie stark dieses ungerechte System das Leben von Kindern vorbestimmt“. Dass seine eigenen Chancen als Schüler eines Gymnasiums im dritten Wiener Bezirk nicht mit jenen der Kinder vergleichbar waren, die er drei Jahre später unterrichtete, motivierte ihn, in die Stadtpolitik einzusteigen. Mitglied bei den Grünen war er damals schon jahrelang.

Mittlerweile drehe sich so gut wie alles in seinem Leben um Bildung – als Lehrer, Politiker und auf seinem Blog „Schulgschichtn“. Da die wichtigsten Bildungsfragen aber Bundeskompetenz sind, folgt nun die Kandidatur für den Nationalrat.

Im Wahlkampf und in der Schule merkt Stadler, dass Junge durchaus interessiert sind, selbst politisch aktiv zu werden. Eine Sache habe sich aber verändert: „Früher ist man zu einer Partei gegangen, wenn man politisch was machen wollte.“ Das sei heute nicht mehr so, es gebe viel mehr Möglichkeiten. Diese Entwicklung sieht Stadler nicht nur positiv. „Es ist wichtig, dass junge Leute sich auch in Parteien einbringen und sich dort Gruppen suchen, wo sie wirksam sein können.“

Nico Marchetti
„Politik ist ein
hartes Geschäft,
mach doch
was Netteres“



Als Schüler in Wien-Favoriten ist Nico Marchetti etwas aufgefallen. Dass „das mit der Integration“ nicht funktioniere. Deshalb, und weil er unbedingt eine Schülerzeitung an seiner Schule wollte, ließ er sich zur Klassensprecherwahl aufstellen. Und dockte über die Schülerunion bei der Jungen ÖVP an. „Wenn man Parteimitglied ist, ist man punziert. Die Politik ist ein hartes Geschäft, mach doch was Netteres“, erinnert sich der heute 34-Jährige an die anfangs skeptische Reaktion seiner Eltern über seinen Parteieintritt.

Er sieht es als seine Verantwortung, „jungpolitische Aspekte“ in der Partei und seit 2017 auch im Nationalrat einzubringen. „Ein generationsgerechtes Sozialsystem ist nicht nur ein Thema der Jugend, aber es betrifft sie eben am meisten.“ Daran, dass Pensionen sicher sind, hätten alle Interesse, „die, die sie gerade und die, die sie hoffentlich einmal bekommen“.

Wenn Schülerinnen und Schüler ins Parlament kommen, stellt Marchetti oft die Frage, ob sie sich vorstellen könnten, in die Politik zu gehen. Die Antwort sei stets: „Nein, das schaff ich nicht.“ Der Politikberuf erscheine jungen Menschen als unerreichbar. „Es ist wichtig zu kommunizieren, dass Politik niederschwelliger ist, als man glaubt. Es gibt so viele Anknüpfungspunkte – im Bezirk oder bei der Schülervertretung etwa.“

Sophie Wotschke
„Richterin kann
ich wohl nicht
mehr werden“



Wenn Sophie Wotschke jemanden privat kennenlernt, spart sie ein Thema häufig aus: dass sie Politikerin ist. Wegen des negativen Images, das dem Beruf anhafte. Connections, die man in der Politik knüpfen, können Vorteile bringen, aber auch Türen schließen, sagt die studierte Juristin: „Richterin kann ich vermutlich nicht mehr werden.“

Die 26-Jährige appelliert an junge Leute, nicht davor zurückzuschrecken, parteipolitisch aktiv zu werden: „Viele Leute, die lange in der Politik waren – siehe Wolfgang Sobotka –, gehen in Pension. Jetzt haben wir eine Chance, das System tatsächlich zu ändern.“

Das sagt Wotschke, obwohl ihr erstes Andocken in der Politik erfolglos war. Nach der Matura in Mödling bewarb sie sich bei den Wiener Neos für ein Praktikum. Aber: Absage. Kurz darauf landete sie bei den Junos – der Jugendorganisation der Neos.

Inhaltlich hat Wotschke klare Vorstellungen: eine generationengerechte Politik. „Da gibt's zwei Bereiche – Klima und Pensionen.“ Und sie strebt gleiche Bedingungen für Männer und Frauen am Arbeitsmarkt an – bei der Karenz etwa: „Zwölf Monate für den Mann, zwölf Monate für die Frau. Wird das von einem Elternteil nicht in Anspruch genommen, soll die Zeit verfallen.“ So hätten auch Männer mehr Anreiz, die Lohnarbeit zu pausieren.

Sebastian Schwaighofer
„Jeder darf bei
uns so wählen,
wie er will“



Arbeiten. Familie gründen. Haus bauen. Und einen Baum pflanzen. Das seien die Ziele junger Leute, heute wie früher, sagt Sebastian Schwaighofer. Jugendliche, die der Salzburger beim Fortgehen, am Fußballplatz oder beim Eisstock- und Asphalt-schießen trifft, würden ihm das erzählen. Nur seien all diese Ziele „alleine durch Arbeiten und Anständiges“ nicht mehr so einfach umsetzbar wie für frühere Generationen: „Ältere Kollegen haben diese Erfahrungen nicht gemacht. Deswegen sehe ich es als meine Aufgabe, denen das zu erklären.“

Das Politikgeschäft aus Sicht eines 24-jährigen Politikers beschreibt Schwaighofer als „uphill battle“. Immer wieder müsse er sich vor Kollegen behaupten: „Wenn man in dieselbe Riege eintauchen will, muss man beweisen, dass man dem gewachsen ist und es klug ist, mir die Möglichkeit zu geben.“

Schwaighofer ist einer der jüngsten Kandidaten auf den Wahllisten. Im Familienhotelbetrieb schloss er 2019 seine Kochlehre ab. Sein Vater war mehr als 20 Jahre lang ÖVP-Gemeinderat, zu Hause wurde immer „viel politisiert und diskutiert“. Für Schwaighofer gab es nie eine andere Option als die FPÖ. „Jeder in der Familie darf so denken und wählen, wie er will.“ Und was, wenn sein Bruder den Grünen beitreten würde? „Dann wäre das sicher noch spannender bei Familientreffen, aber völlig in Ordnung.“

Fotos: Asja Ahmetović, Karo Pernegger, Louis Frycer, Stefan Sachim, FPÖ Salzburg

KURZ GEMELDET

14-jähriger Steirer soll nach Streit 36-jährigen Bruder mit Deko-Axt erschlagen haben

Graz – Kein klassischer Familienstreit, sondern Auseinandersetzungen über Nichtigkeiten sollen der Grund dafür sein, warum Montagmittag ein 14-Jähriger in Mürzhofen im Mürztal, einem Teil von Kindberg, seinen 36 Jahre alten Bruder im gemeinsamen Haus mit einer

Deko-Axt erschlagen haben soll. Das behauptet zumindest der Verdächtige, der nach kurzer Flucht von der Polizei festgenommen werden konnte. Der unbescholtene Österreicher hatte die mutmaßliche Tatwaffe bei sich und gestand den Beamten die Tat. (mue)

Obduktion bestätigt Theorie zu Toten von Perg

Linz – Die Obduktion der drei in einem Einfamilienhaus in Perg gefundenen Toten deckt sich mit den Ermittlungen der Polizei. Demnach hat ein 82-Jähriger erst seine Frau und dann sich erschossen. Die 57-jährige behinderte Tochter starb später ohne Fremdeinwirkung. (red)

Mutmaßlicher Drogenlenker raste mit Baby im Fond vor Polizei davon

Wien – Ein 32-Jähriger hat am Montagmittag mit seiner Frau und seiner vier Monate alten Tochter im Wagen der Polizei in Wien-Leopoldstadt eine wilde Verfolgungsjagd geliefert. Nachdem ihn Polizisten wegen Tempoüberschreitung gestoppt hatten, gab der wohl unter Drogen-

einfluss stehende Mann Gas, touchierte zwei Fahrzeuge, nötigte einen Beamten dazu, zur Seite zu springen, und flüchtete, ehe er kurz darauf gegen einen Bauzaun und Poller prallte und festgenommen werden konnte. Verletzt wurden die Insassen bei dem Crash nicht. (moe)

WATCHTIPPS



Foto: Eugenia Kais

MUSIKTHEATER & TANZ
Es geht schneller, als man denkt, und schon hat man, ohne es zu wissen, zwei Kilogramm Kokain im Gepäck. Was meist ein Plotpoint in einem Krimi-Drehbuch ist, ist in Argentinien Realität. Insbesondere Frauen werden zu (unfreiwilligen) Drogenkurierinnen – und die Zahl der in der Folge Inhaftierten steigt gravierend. Diesem Umstand widmet die argentinische Theater- und Filmemacherin **Lola Arias** ihr Stück *The days out there*, mit dem sie am 19. September (19.30 Uhr) beim **Festival Tangente in St. Pölten** gastiert. Aus den Erfahrungen eines Theaterworkshops im Gefängnis und einem daraus entstandenen Film konzentriert sich nun diese Musiktheaterarbeit – zu sehen im Landestheater – auf Protagonistinnen nach der Zeit der Haft. (afze)

KULTURFESTIVAL
Favoriten wird heuer 150 Jahre alt, 1874 wurde der Stadtteil als zehnter Wiener Bezirk konstituiert. Das Kulturfestival **Favorite Fall** feiert dies von 18. bis 28. September mit mehr als 60 Programmpunkten im ganzen Bezirk. Darunter Ausstellungen im Ostlicht, der Anzenberger Gallery und der Brotfabrik, Konzerte von Tilia und Jungle Jade sowie drei Artwalks von Inselmilieu/Echolot, die mit Performances und Interviews die Geschichte und Gegenwart Favoritens behandeln: von den „Ziegelböhmern“ über Zwangsarbeiter im Nationalsozialismus bis hin zu heutigen Vorurteilen. (wurm)

THEATER
In den 1970er-Jahren war Heinrich Bölls Erzählung **Die verlorene Ehre der Katharina Blum** ein moderner Klassiker, der die Mechanismen und vor allem Folgen eines hemmungslosen und nach Verkaufszahlen schielenden Boulevard-Journalismus vorführte. Die titelgebende Wirtschafterin Blum, die ein Naheverhältnis zu einem Verdächtigen hat, wird von der „Zeitung“ absichtsvoll verleumdet, um die Geschichte prickelnder und skandalöser vermarkten zu können. Das **Theater Phönix in Linz** eröffnet seine neue Spielzeit jetzt mit einer Inszenierung von Bernd Liepold-Mosser, die den Nachrichtenmarkt heutigen Zuschnitts inklusive aller Meinungs-treibenden Online-Plattformen nicht außer Acht lässt. Premiere am 19. September, 19.30 Uhr. (afze)



Foto: Heidi Horten Collection

Der Klimt über einer Récamiere, der Munch über einer Kommode: inszeniert vom Wiener Künstler Markus Schinwald.

Das Publikum bestimmt, wer hängt

Die Wiener Heidi Horten Collection adaptiert ihre Sammlung neu. Ein Fokus wird dabei auf Ankäufe österreichischer Positionen gesetzt.

Olga Kronsteiner

Überlässt man Entscheidungen dem Publikum, dann birgt das bisweilen Überraschungen. Neun Monate durften Besuchende über jene Kunstwerke aus der Sammlung Heidi Hortens abstimmen, die künftig dauerhaft im Museum in der Harnuschgasse im ersten Wiener Bezirk zu sehen sein sollten. Artfluence nennt sich das Projekt, bei dem man bis August mehr als 21.000 Votes verzeichnete, 8000 davon digital, deren 13.000 analog.
Und siehe da: Andy Warhols *Mickey Mouse* landete nur auf Platz elf, Jean-Michel Basquiat's *Mr. Greedy* auf Rang 22. Keith Harings

aus Stahl geschnittenes Selbstporträt, einer der Selfie-Spots auf dem Vorplatz des Museums, blieb mit nur 207 Stimmen weit abgeschlagen (Rang 47). Erwartet hatte man das so nicht, wie man bei der Präsentation jüngst eingestanden hat. Der angesichts solcher Big Stars unerwartete Sieger: Paul Klees *Geschwister*, zwei in inniger Umarmung verschmolzene Figuren, 1930 in Aquarell und Öl auf Leinwand verewigt. Kein Bild, das visuell um Aufmerksamkeit kreischt, aber als Sinnbild der Geschwisterliebe emotional berührt.
Das im Sommer 1996 für rund 3,5 Millionen Euro von Heidi Horten bei Sotheby's ersteigerte

Werk verwies mit 949 Stimmen auch Yves Kleins allererstes Schwammrelief von 1958 (2000 bei Christie's für fast acht Millionen Euro erworben) auf Platz zwei (919 Votes). In der neuen Sammlungsformation (Klimt-Warhol) hängt der Publikumsliebbling jetzt zwischen René Magrittes *Reich der Lichter* (1961; Platz drei mit 884 Votes) sowie einem Henri Matisse (*Junge Frau am Fenster*, 1921/22). Letzteres wählte nebst zusätzlichen Werken Direktorin Agnes Husslein aus, die auch über die finalen Arrangements entschied.

Das zugehörige Display gestaltete der Wiener Künstler Markus Schinwald: Er pinselte Rahmen und Möblagen an die Wände, die als Zitate eines bürgerlichen Interieurs den privaten Ursprung der Kollektion symbolisieren. Obwohl dosiert eingesetzt, wirkt das stellenweise eher bieder als repräsentativ: Der Klee hängt über einem Flügel, Gustav Klimts *Kirche in Unterach am Attersee* (Platz vier, 879 Votes) über einer Récamiere und Edvard Munchs Selbstporträt (Platz 31, 367 Votes) über einer schlichten Kommode.

Informationen zu der hier nun für zumindest ein Jahr versammelten Kunst sucht man an den Wänden übrigens vergeblich. Nur konsequent, denn wer würde seinen Bildern daheim schon Beschriftungen beistellen. Ein Handout und eine „Smartify Audiotour“ schaffen Abhilfe für Wissensdurstige.

Neuer Sammlungsfokus

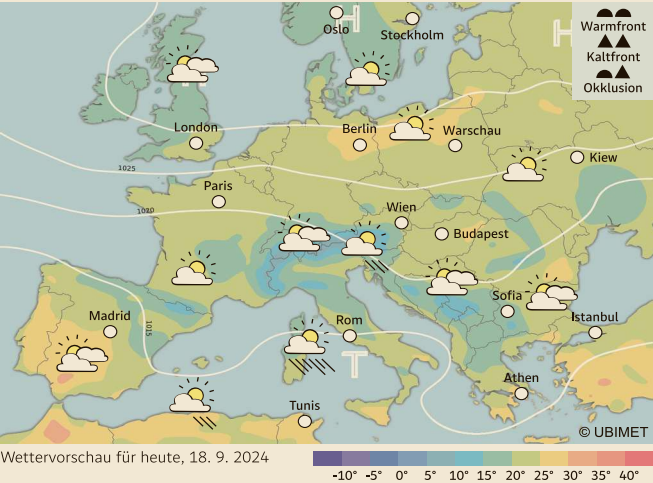
Zu den Novitäten gehört zudem ein neuer Fokus im Hinblick auf Neuerwerbungen: Die ursprünglich rein international angelegte Kollektion soll gezielt um österreichische Positionen erweitert werden. Beispielhaft vollstreckt mit dem kürzlichen Ankauf von Franz Wests neunteiliger Biennale-Serie (1990) bei Galerist Emanuel Layr, der für die soeben angelaufene kleine Fokus-Schau im Kabinett zusätzlich zu zwei Werken im Horten-Bestand weitere Leihgaben zur Verfügung stellte: eine Sitzgruppe sowie zwei von insgesamt elf Passsstücken, die West 1990 unter Kommissär Hans Hollein in Venedig zeigte.

Mit den neun Collagen, die damals im Anschluss an die Biennale in Krefeld ausgestellt waren, kommentierte West den Dialog zwischen seinen als Passsstücke geläufigen tragbaren Skulpturen und den Betrachterinnen ironisch. Wie viel die Horten Collection für das Set bezahlte, war nicht in Erfahrung zu bringen: Zumindest 350.000 Euro werden es marktkonform schon gewesen sein.

Ob auch eines der beiden gezeigten Passstücke in die Sammlung kommt? Es wäre eine rare Option. Denn tatsächlich befindet sich keines der Biennale-Passstücke in Museumsbesitz, sondern es sind alle in Privatbesitz verstreut. Nähme man Auktionsergebnisse als Maßstab, wären wohl um die 200.000 Euro zu berappen, pro Stück selbstverständlich.

WETTER

Berichte über Klimaveränderungen auf [derStandard.at/Panorama](#)



WETTERWERTE		Gemessen am 17. 9. 2024, 14 Uhr MESZ					Rel. Luftfeuchte		Temp. 14 Uhr		Tagesmin.*		Höchstwert**		Tiefstwert**	
Wien	heiter	66%	17°	8°	30° ('61)	4° ('79)	66%	16°	8°	32° ('61)	2° ('57)	66%	16°	8°	32° ('61)	2° ('57)
Innsbruck	heiter	75%	13°	9°	28° ('87)	-2° ('71)	75%	13°	9°	28° ('87)	-2° ('71)	75%	13°	9°	28° ('87)	-2° ('71)
Klagenfurt	bedeckt															

* Tiefste Temperatur der Nacht auf den 17. 9.

** Höchster bzw. tiefster gemessener Wert, Jahreszahl in Klammer

Zeitweise sonnig

Unter Einfluss eines Hochs über Südkandinavien scheint an der Alpennordseite und im östlichen Flachland häufig die Sonne, Restwolken und Nebelfelder lösen sich meist am Vormittag auf. Von Unterkärnten bis an den Alpenostrand stauen sich dagegen immer wieder kompakte Wolken mit etwas Regen oder vereinzelten Schauern. Der Wind weht mäßig, im westlichen Donauraum auch lebhaft aus Ost bis Nordost. Mit 16 bis 23 Grad wird es fast schon wieder spätsommerlich.

	Mi	Do	Fr	Sa	So
Wien	12° 22°	12° 21°	12° 21°	11° 22°	11° 23°
Bregenz	8° 20°	9° 21°	10° 22°	10° 22°	11° 22°
Eisenstadt	12° 22°	11° 20°	10° 22°	11° 23°	10° 23°
Graz	9° 19°	11° 20°	10° 21°	10° 22°	9° 22°
Innsbruck	6° 21°	7° 21°	7° 22°	8° 23°	9° 24°
Klagenfurt	6° 21°	9° 19°	10° 21°	9° 21°	8° 21°
Linz	10° 22°	10° 21°	10° 22°	10° 23°	11° 23°
Salzburg	7° 21°	8° 21°	8° 22°	9° 23°	10° 24°
St. Pölten	11° 22°	10° 21°	10° 21°	10° 22°	11° 23°

INTERNATIONAL

Werte für den 18. 9. 2024		Min. / Max.	
Berlin	heiter	13	26
Brüssel	st. bewölkt	13	24
Buenos Aires	heiter	14	25
Genf	heiter	9	20
Jerusalem	heiter	17	27
Johannesburg	heiter	12	25
London	heiter	12	24
Los Angeles	heiter	15	23
Madrid	heiter	15	28
Moskau	heiter	11	25
Neu Delhi	Regenschauer	25	30
New York	leichter Regen	19	24
Paris	heiter	14	25
Peking	heiter	20	28
Rom	l. Regensch.	12	23

SONNE

am 18. 9. 2024 (MESZ), Wien	
Aufgang	06:36
Untergang	19:00

MONDPHASEN

18. 9.	2. 10.
24. 9.	10. 10.

in Kooperation mit **UBIMET**

EURODREAMS

ZIEHUNG VOM
MONTAG, 16. 9. 2024

1218212831321

0 x 6+TZ à € 30 Jahre
20.000,00
im Monat

0 x 6 à € 5 Jahre
2.000,00
im Monat

93 x 5 à € 148,20
4.803 x 4 à € 46,10
72.762 x 3 à € 5,60
425.581 x 2 à € 2,50

Alle Angaben ohne Gewähr.

Ein Spiel der **österreichische LOTTERIEN**



Fotos: Imago/FCS/Schaad, APA/Eggerberger

Mit frommen Wünschen und Enthusiasmus blicken die Fans von Red Bull Salzburg und Sturm Graz der Champions League entgegen.

Was die neue Champions League bringt

Am Dienstag erfolgte der Anpfiff zur Königsklasse des Fußballs – im neuen Modus, mit so vielen Teams wie noch nie und erstmals zwei österreichischen Vereinen.

FRAGE & ANTWORT: Moritz Ettlinger

Richtige Balance, mehr Ausgeglichenheit, solide Einnahmen, Steigerung der Attraktivität des Wettbewerbs – Uefa-Präsident Aleksander Ceferin erwartet sich viel von der neuen Champions League, die am Mittwoch auch für Salzburg und am Donnerstag für Sturm Graz beginnt. Mit ihr reagiert der europäische Fußballverband auf die Pläne für eine Super League, die einige Vereine rund um Real Madrid, Juventus Turin und den FC Barcelona ins Leben rufen wollten.

Frage: Was ändert sich konkret mit dem neuen Modus?

Antwort: Das Teilnehmerfeld wurde von 32 auf 36 Teams erweitert, die Gruppenphase durch eine Ligaphase ersetzt. Statt bislang 125 Partien wird es insgesamt 189 geben.

Frage: Wie läuft die neue Liga ab?

Antwort: Es stehen für jeden Klub zunächst acht Partien gegen genau so viele Vereine auf dem Programm, es gibt also keine Hin- und Rückspiele mehr. Jeder Verein hat vier Heim- sowie vier Auswärtsspiele.

Frage: Welche Teams aus Österreich sind mit dabei?

Antwort: Sturm Graz und der FC Salzburg. Zum ersten Mal überhaupt sind zwei österreichische Vertreter im Hauptbewerb der Champions League am Start. Sturm hat sich als Meister direkt für die Ligaphase der Champions League qualifiziert, Salzburg musste den Umweg über die Qualifikation nehmen.

Dort setzten sich die Bullen gegen Twente Enschede (2:1, 3:3) und im Play-off gegen Dynamo Kyiv (0:2, 1:1) durch. Während die Salzburger bereits zum sechsten Mal in Folge dabei sind, ist es für die Grazer die erste Teilnahme seit 23 Jahren.

Frage: Gegen wen spielen Sturm Graz und Salzburg?

Antwort: Salzburg beginnt in der Königsklasse gleich am Mittwoch (18.45 Uhr, Canal+) auswärts gegen Sparta Prag, Sturm folgt am Donnerstag (21 Uhr, Sky) ebenfalls auswärts gegen Stade Brest (Frankreich). Die weiteren Gegner der Grazer sind Brügge (heim), Sporting Lissabon (h), Borussia Dortmund (auswärts), Girona (h), Lille (a), Atalanta (a) und Leipzig (h). Die Salzburger begeben nach Prag auch Brest (h), Dinamo Zagreb (h), Feyenoord Rotterdam (a), Bayer Leverkusen (a), Paris St.-Germain (h), Real Madrid (a) und Atletico Madrid (h).

Frage: Wer erreicht die K.-o.-Phase?

Antwort: Mit den Ergebnissen aus den acht Spieltagen wird eine Gesamttabelle aller 36 Teams erstellt. Die besten acht Teams der Liga ziehen direkt ins Achtelfinale ein. Die Mannschaften auf den Plätzen neun bis 16 treffen in Play-offs auf die Teams der Plätze 17 bis 24. Für die Teams ab Platz 25 ist die Europa-Pokal-Saison beendet – es gibt also

keinen „Abstieg“ mehr in die Europa League. Am letzten Ligaspieltag am 29. Jänner 2025 werden alle 18 Partien gleichzeitig ausgetragen.

Frage: Wie geht es ab dem Achtelfinale weiter?

Antwort: Wie bisher im K.-o.-Modus mit Hin- und Rückspielen. Die acht Mannschaften, die sich in den Play-offs (11./12. und 18./19. Februar 2025) durchsetzen, werden am 21. Februar 2025 dann den acht direkt qualifizierten und gesetzten Klubs zugelost. Der Tabellenerste der Ligaphase kann frühestens im Endspiel auf den Zweiten treffen.

Frage: Wo findet das Finale statt?

Antwort: München wird am 31. Mai 2025 zum fünften Mal nach 1979,

1993, 1997 und 2012 Austragungsort sein. Der FC Bayern hofft nach 2012 auf ein zweites „Finale dahoam“. Damals verlor der deutsche Rekordmeister nach einem 1:1 gegen Chelsea im Elfmeterschießen.

Frage: Wer sind die Favoriten?

Antwort: Wie eigentlich jedes Jahr steht Manchester City mit Starttrainer Josep Guardiola ganz oben auf der Liste der Favoriten. Immer zu rechnen ist in der Champions League mit Titelverteidiger und Rekordsieger Real Madrid (16 Titel). Chancen werden außerdem dem FC Arsenal, Bayern und Liverpool zugeordnet, der FC Barcelona startete mit Neo-Trainer Hansi Flick makellos in die aktuelle Spielzeit und könnte ebenfalls ein Wörtchen um den Titel mitreden.

Frage: Für welche Teams ist die Champions League Neuland?

Antwort: FC Girona, Stade Brest, der FC Bologna und Aston Villa treten erstmals in der Champions League an. Bologna und Villa haben allerdings schon im alten Landesmeisterwettbewerb (bis 1992) gespielt.

Frage: Wie lukrativ ist das Format?

Antwort: Mehr Spiele, mehr Geld. Statt rund zwei Milliarden schüttet die Uefa nun 2,47 Milliarden Euro pro Saison an die Klubs aus. Das Antrittsgeld für jeden Klub steigt auf 18,62 Millionen Euro (bisher 15,64), hinzu kommen Prämien in der Liga-

phase pro Sieg von 2,1 Millionen und sogenannte Platzprämien von 275.000 für den Letzten bis zu knapp zehn Millionen für den Ersten der Ligaphase. Allein über Uefa-Prämien sind so im Maximalfall mehr als 112 Millionen Euro (bisher 85 Millionen) möglich. Hinzu kommen Ticketeinnahmen und die Einnahmen aus dem Marktpool.

Frage: Wo sind die Spiele zu sehen?

Antwort: Zum ersten Mal gibt es in Österreich keine Spiele im Free-TV zu sehen. Der Österreich-Ableger des Streamingdienstes Canal+ zeigt immer mittwochs ein Spiel exklusiv, am ersten Spieltag ist das Prag gegen Salzburg. Alle anderen Partien – 17 von 18 pro Runde – sind bei Sky zu sehen.

Frage: Was ist sonst noch neu?

Antwort: Die Uefa hat den österreichischen Klubs erstmals seit 26 Jahren erlaubt, Stehplätze im Europacup anzubieten. Möglich wurde das durch jahrelangen Druck von Fans, vor allem der Fanorganisation Football Supporters Europe. Auch in Belgien, den Niederlanden, Portugal und Schottland sind ab heuer Stehplätze möglich. In England, Frankreich und Deutschland dürfen Fans schon seit zwei Jahren international stehen. Außerdem hat die Uefa einen niedrigeren Maximalpreis für Gästetickets festgesetzt: Auswärtsfans zahlen ab sofort höchstens 60 statt 70 Euro für ein Ticket.



Real-Trainer Ancelotti weiß, wie es geht – zumindest im alten Modus.

Foto: Imago/Räppold/Koch

KURZ GEMELDET

Blatter und Platini müssen im März 2025 vor Gericht

Basel – Der Berufungsprozess gegen die früheren Fußball-Spitzenfunktionäre Joseph Blatter und Michel Platini wegen Betrugsverdachts findet im März 2025 in Muttenz bei Basel statt. Blatter (88), Ex-Präsident des Weltverbands Fifa, und Platini (69), Ex-Chef der Europäischen Fußball-Union (Uefa), waren 2022 im Zweifel vom Vorwurf des Betrugs freigesprochen worden. Aus Sicht der Anklage hatte Blatter dem Franzosen 2011 unrechtmäßig gut zwei Millionen Euro zugeschanzt. (APA)

Rapid sammelt für die Opfer des Hochwassers

Wien – Fußball-Bundesligist SK Rapid lanciert auf www.rapidshop.at eine Hilfsaktion für die Opfer der Hochwasserkatastrophe. Unter dem Motto „Gemeinsam. Helfen. Spenden“ wird hier und auch beim Wiener Derby gegen die Austria am Sonntag für die Initiative Österreich hilft Österreich – Hochwasserkatastrophe gesammelt. Mitglieder von Freiwilligen Feuerwehren in Niederösterreich haben im Rapid-Heimspiel gegen den LASK (28. September) freien Eintritt. (APA)

Austria lädt Helfer zum GAK-Spiel ein

Wien – Fußball-Bundesligist Austria Wien lädt Helferinnen und Helfer von Feuerwehren und Rettungsdiensten zum Heimspiel gegen den GAK am 5. Oktober ein. „Feuerwehren und Rettungsdienste packen seit Tagen an, arbeiten unermüdlich und sorgen für Hilfe, wo sie am dringendsten gebraucht wird“, heißt es in einer Pressemitteilung. „Abgesagte Spiele waren mehr als nebensächlich, viele Personen haben ihr Hab und Gut verloren.“ Anmeldung unter fak.at/danke. (APA, red)

Tour de France in Sorge wegen ihres Termins 2028

Paris – Die Tour de France muss aufgrund der Olympischen Spiele wohl erneut neue Wege beschreiten. Wegen eines Terminkonflikts mit den Sommerspielen in Los Angeles könnte das wichtigste Radrennen der Welt 2028 erst im August ausgetragen werden. Die Spiele in Kalifornien finden vom 14. bis 30. Juli statt und kollidieren damit mit dem klassischen Juli-Termin der Tour. Rennleiter Christian Prudhomme: „Ob die Tour vor oder nach den Spielen steigt? Keine Ahnung!“ (APA, red)

Neben Rossi wollen Kasper und Reinbacher in die NHL

Detroit – Drei Österreicher starten die Intensivvorbereitung auf die am 4. Oktober beginnende Saison der National Hockey League (NHL). Während der bald 23-jährige Marco Rossi in seine zweite volle Saison für Minnesota Wild geht, wollen sich Marco Kasper (20) und David Reinbacher (19) in den Camps der Detroit Red Wings bzw. Montreal Canadiens für die stärkste Eishockeyliga der Welt qualifizieren. Kasper bestritt im Frühjahr 2023 schon ein NHL-Spiel für Detroit. (APA, red)

LAUF-APP

Hintergründe zur Einstellung von Runtastic – dem ehemaligen Erfolgs-Start-up aus Österreich

FINANZEN & MÄRKTE Seite 14

Die besten Jobs stellen sich vor.

jobs.derStandard.at



Entbürokratisieren, was heißt das?

Während es der ÖVP vor allem darum geht, potenzielle Wähler finanziell besserzustellen, wollen die Neos die Macht der Wirtschaftskammer zurückdrängen und mehr Wettbewerb ermöglichen.

András Szigetvari



Wer ein Blumengeschäft eröffnen will, braucht eine Meisterprüfung, Taxler trotz Navis detaillierte Ortskenntnisse: Ersticken heimische Unternehmen in zu viel Bürokratie?

Das Arbeitsinspektorat war da. Das Finanzamt ist vorbeigekommen. Das Marktamt hat sich die Räumlichkeiten sogar schon zweimal angesehen. Dann ist auch noch ein Vertreter des Gesundheitsdiensts der Stadt Wien erschienen, gemeinsam mit Vertretern mehrerer anderer Magistratsabteilungen. Neben der Beschaffenheit der Räumlichkeiten und der Notausgänge haben sie nachgemessen, wie laut die Klimaanlage ist, und moniert, dass die Hinweistafeln mit den Allergenen in Lebensmitteln anders aufgehängt gehörten.

So geht es in Wien jemandem, der ein Kaffeehaus eröffnen will. Genau das habe sie erlebt, erzählt Johanna, die vor drei Monaten ihr Lokal unweit eines großen Wiener Bahnhofs aufgesperrt hat und die lieber nicht mit ihrem echten Namen in der Zeitung stehen will.

Die gebürtige Deutsche kann den Grund für jede einzelne Kontrolle nachvollziehen. Gerade acht Sitzplätze und drei Angestellte habe sie in ihrem Café, angesichts dessen „war ich schon überrascht, wie viel Aufwand da betrieben wird“.

Künftig soll es weniger werden, ein bisschen zumindest. Das versprechen im Wahlkampf gleich drei Parteien: ÖVP, Neos und FPÖ wollen gegen den „Bürokratiedschungel“ kämpfen. Außer Schlagworten findet sich in den Programmen und Wahlkampfreden nicht viele konkrete Ansagen zu dem Thema. Deshalb hat DER STANDARD nachgefragt, was mit Bürokratieabbau genau gemeint ist. ÖVP und Neos liefern detaillierte Antworten.

Konkret werden die Ideen der ÖVP interessanterweise in der Steuerpolitik. So will die Volkspartei die Belegerteilungspflicht für Anschaffungen im Wert von bis zu 30 Euro abschaffen. „90 Prozent der Kassabons landen im Müll“, sagt der ÖVP-Abgeordnete und Wirtschafts-

bund-Chef Kurt Egger. „Wenn wir die Belegerteilung vereinfachen, können wir Unternehmen, Kunden und die Umwelt entlasten – eine Win-win-Situation für alle.“

Der Vorschlag ist wohl vor allem als Goodie für Gastronomen und Touristiker gedacht, wirft aber auch Fragen auf. Die Belegerteilungspflicht soll nämlich Steuerhinterziehung minimieren. Genau das werde durch ein Ende der Pflicht erschwert, argumentieren Kritiker.

In Österreich gilt für Betriebe und Selbstständige die Registrierkassenpflicht. Damit werden verbuchte Umsätze gespeichert und spätere Manipulationen ausgeschlossen. An der Registrierkassenpflicht will die ÖVP nichts ändern, die auch festschreiben will, dass Kunden jederzeit weiter einen Beleg verlangen dürfen. Das Risiko bestehe darin, dass Umsätze ohne Belege künftig einfacher an der Kasse vorbei gemacht werden können, sagt der Wiener Steuerberater Gottfried Schellmann. Kunden können am Kassabon erkennen, dass der Umsatz verbucht wurde. Die Finanzpolizei kann im Rahmen eines Spontanbesuchs wie bei Kaffeehausbetreiberin Johanna mit dem Bon sehen, dass Umsätze auch verbucht werden. Das würde wegfallen.

Einfachere Steuererklärung

Ein anderer Vorschlag der ÖVP sieht vor, vereinfachte Steuererklärungen für eine größere Zahl von Top-Verdienern zu ermöglichen. Selbstständige können aktuell bis zu einem Umsatz von 220.000 Euro ihre Ausgaben pauschal steuerlich geltend machen. Sie ersparen sich damit die Vorlage einzelner Belege. Für bestimmte Berufe (Vortragende, Schriftsteller, Geschäftsführer) können sechs Prozent als Ausgaben als Pauschale abgezogen werden, sonst bis zu zwölf Prozent des Umsatzes. Diese Abzüge nutzt nur, wer nicht

Rechnungen vorlegen kann, die in Summe mehr ausmachen als der Pauschalbetrag.

Die ÖVP will die Grenze für Pauschalierungen auf 700.000 Euro anheben und die Höhe der Abzüge für Dienstleister stark erhöhen: auf 20 und 45 Prozent. Viele gut verdienende Selbstständige würde das freuen, Steuerberater Schellmann spricht von einem „Steuergeschenk“. Dazu kommt noch eine Erleichterung bei Betriebsveräußerungen: Bisher konnten Einnahmen aus dem Verkauf von 7300 Euro steuerfrei bleiben – die Grenze soll auf 15.000 erhöht werden.

Kammern entmachten

Während die ÖVP vor allem die Steuerpolitik umbauen will, zielen die Neos in eine andere Richtung. Sie wollen die Dominanz der Kammern in bestimmten Wirtschaftsbelangen aufbrechen. Als zentralen Punkt heißt es auf Nachfrage bei den Pinken, dass es „höchste Zeit“ sei, die „verstaubte Gewerbeordnung“ zu entrümpeln und die Zahl regulierter Gewerbe stark zu reduzieren.

Das Gewerberecht in Österreich schreibt für dutzende Gewerbe hohe Zugangshürden fest, über die die Wirtschaftskammern wachen. Bei vielen Berufen wird das niemand hinterfragen, weil es auch um Sicherheit geht. Aber in Österreich kann niemand einfach so ein Blumengeschäft aufmachen, dafür braucht es eine Lehre mit Meisterprüfung oder den Besuch einer höheren Schule. Wer einen Friseurladen öffnen will, muss ebenso die Meisterprüfung absolvieren oder mindestens sechs Jahre als Betriebsleiter oder selbstständig gearbeitet haben. Mit Lehrabschluss reichen zwei Jahre Erfahrung.

Wer Taxi fahren will, muss – auch in Zeiten von Navis – bei der Taxiprüfung vor der zuständigen In-

nung seine Ortskenntnisse belegen. Fragt sich: Wozu? Wem ein Blumenstrauß nicht gefällt, kauft das nächste Mal woanders. Daneben kommen noch von ÖVP und Neos einige andere Ideen. Neos wollen Unternehmensgründungen beschleunigen. Laut Zahlen der Weltbank, die allerdings noch aus dem Jahr 2019 stammen, dauert es in Österreich im Schnitt 21 Tage, ein Unternehmen zu gründen – in vielen anderen europäischen Ländern geht das schneller.

Neos wollen auch die Ladenöffnungszeiten ausdehnen und dafür

sorgen, dass Anträge auf Rot-Weiß-Rot-Karten schneller bearbeitet werden. Die ÖVP will Sunset-Klauseln einführen: Jede neue Regel soll nach einer Zeit automatisch außer Kraft treten.

Und die FPÖ? Sie bleibt auch auf Nachfrage bei der eher allgemeinen Ankündigung, entlasten zu wollen. Im Wahlprogramm will auch sie das Gewerberecht aufweichen. Problem seien zu viele Berichtspflichten von Unternehmen, etwa was Nachhaltigkeit betrifft. Diese jedoch gehen auf das EU-Recht zurück.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

Absolute Experten für den Ankauf seltener Waren

Wiener Tafelsilber oder ein Porzellan-Service von der Großmutter, ein schöner Familienschmuck oder ein liebevoll gehütetes Gemälde – mit all diesen Erbstücken ist man bei ronny-hartmann.at richtig: „Viele unserer Kunden wissen oft gar nicht, welche Schätze sich in ihrem Haus verbergen“, sagt Ronny Hartmann, Inhaber des Handelshauses Hartmann. „Sie denken zum Beispiel bei einem alten Pelzmantel: ‚Der ist doch gar nicht hochwertig, dafür bekomme ich nicht viel.‘ Doch oft schlummert ein ungeahnter Wert in diesen Waren.“

Um diesen zu bestimmen, stehen im Handelshaus Hartmann ein gutes Team und breites Equipment zur Verfügung. „Wir arbeiten seriös. Jeder kann mit uns telefonisch einen Termin vereinbaren, dann kommen wir zum schnellstmöglichen Zeitpunkt – unabhängig vom Standort“, so Hartmann. „Wir schätzen die



Foto: privat

Der Spezialist für unentdeckte Schätze: Ronny Hartmann.

Ware fair, und der Kunde kann sich frei entscheiden, ob er verkaufen will.“

INFORMATIONEN

Tel.: 0650/584 92 33
www.ronny-hartmann.at

Doch kein Grüngas-Gesetz vor der Wahl

Die Regierung, allen voran die Grünen, rangen bis zuletzt um die Zustimmung der SPÖ zum Erneuerbares-Gas-Gesetz, mit dem Erdgas durch Grüngas ersetzt werden soll. Dienstagabend scheiterten die Verhandlungen.

Luise Ungerboeck

Huschpfusch“ nannten Industrievertreter den in Abstimmung befindlichen Entwurf für ein Erneuerbare-Gase-Gesetz (EGG), mit dem der Anteil nichtfossiler Gase in die Höhe geschraubt und russisches Erdgas schrittweise ersetzt werden soll. „Das ist kein gutes Gesetz, denn dann müssen wir dreimal zahlen“, stellte Voestalpine-Generaldirektor Herbert Eibensteiner in einer Pressekonferenz am Dienstag klar, die unter dem Titel „industriepolitischer Notruf“ eilig einberufen wurde.

Die Folge wären höhere Gaspreise, die wiederum höhere Strompreise zur Folge haben. Das treibe die Inflation und letztlich die Löhne und Gehälter insbesondere in der energieintensiven Industrie künstlich in die Höhe. „Das ist nicht hinzunehmen, das werden alle spüren“, warnten der Voest-Chef und der Chef der Heinzl Group, Kurz Maier, in seiner Funktion als Präsident der Vereinigung der Papierindustrie in der gemeinsamen Pressekonferenz.

Für die Wettbewerbsfähigkeit wären deutlich höhere Energiepreise ein schwerer Schlag. Künftige Standortentscheidungen würden in diesem Licht zu beurteilen sein, warnte Eibensteiner. Ein Energiekostenausgleich wie in anderen europäischen Ländern sei im Gegenzug nicht geplant, der sei ja ausgelaufen. Wobei überhaupt fraglich ist, ob so eine konkrete Energiekostenkompensation mit EU-Beihilfenrecht überhaupt vereinbar wäre.

Saftige Strafen

Als besonderen Giftzahn betrachtet die Industrie die saftigen Strafen, also Aufschläge, die bei Nichterfüllung der steigenden Biogas-Quoten seitens der Energieversorger fällig würden. Von 125 Euro Aufschlag pro Megawattstunde ist die Rede, die von den Versorgern wohl auf die Endkunden und damit die industriellen Großabnehmer weitergereicht werden. Zum Vergleich: Derzeit koste Erdgas rund 30 Euro, mit steigendem Anteil an sogenannten Biogas werde es deutlich teurer.



Foto: Getty Images / Stockphoto

Wird Energie teurer, steigen auch die Papierpreise. Biogas könnte der neue Preistreiber sein.

Zur Weißglut bringt die Papierhersteller, dass die bei ihren Prozessen anfallenden Gase gemäß EGG wohl gereinigt, verdichtet und in das Erdgasnetz eingespeist werden müssen, aber nicht gegengerechnet werden. Das verursache zusätzliche Kosten, rechnet Maier vor, auf denen man sitzen bleibe. Es sei mit einem Preisauftrieb von geschätzt 30 Prozent zu rechnen. Die Papierindustrie erzeuge selbst mehr Biogas, als ganz Österreich verbraucht, aber das werde nicht gegengerechnet, echauft Maier. „Wir müssten unser eigenes Gas zurück-

kaufen – zu mindestens 30 Prozent höheren Kosten. Das ist absurd“, sagt Maier.

Allerdings sind Strafzahlungen im engeren Sinn im Gesetz gar nicht vorgesehen. Wohl aber ein Ausgleichsbetrag, der für Investitionen in neue Biogasanlagen fließen soll – dies als Unterstützung für den Ausstieg aus fossilem Gas und den Markthochlauf beim Biogas. Indirekt tragen die Kosten dafür allerdings sehr wohl die Gaskunden.

Dass der Industrie und generell Abnehmern von Gas Pflichten auferlegt werden, etwa die Einspeisung

von Gas in die Netze, findet sich so im Gesetz auch nicht. Sie können selbsterzeugtes erneuerbares Gas so verwenden, wie sie wollen, wird im Energie- und Klimaschutzministerium betont.

Die für Versorger verpflichtende Quote ziele darauf ab, dass „an Endverbraucher im Bundesgebiet verkaufte fossile Gasmengen durch national produzierte erneuerbare Gase“ substituiert werden. Anrechenbar auf die Quote sei selbsterzeugtes erneuerbares Gas, wenn zwei Bedingungen erfüllt seien: Der Versorger müsse über ein Grünzer-

tifikat verfügen und Gas an Endkunden abgeben. Das treffe auf die Papierindustrie nicht zu.

Montagabend wurde klar, dass das EGG nicht mehr vor der Nationalratswahl beschlossen wird. Da es sich um eine Verfassungsmaterie handelt, hätte die türkis-grüne Koalition die Zustimmung von SPÖ oder FPÖ benötigt. Die es nicht gibt. Mit der SPÖ war verhandelt worden, diese habe aber neue Forderungen auf den Tisch gelegt, behaupteten die Klubobleute der Regierungsparteien. Die Bedingungen seien in der zur Verfügung stehenden Zeit nicht mehr einarbeitbar gewesen, argumentierten August Wöginger und Sigrid Maurer. Von der SPÖ lag vorerst keine Stellungnahme vor.

Energieministeriumspaket

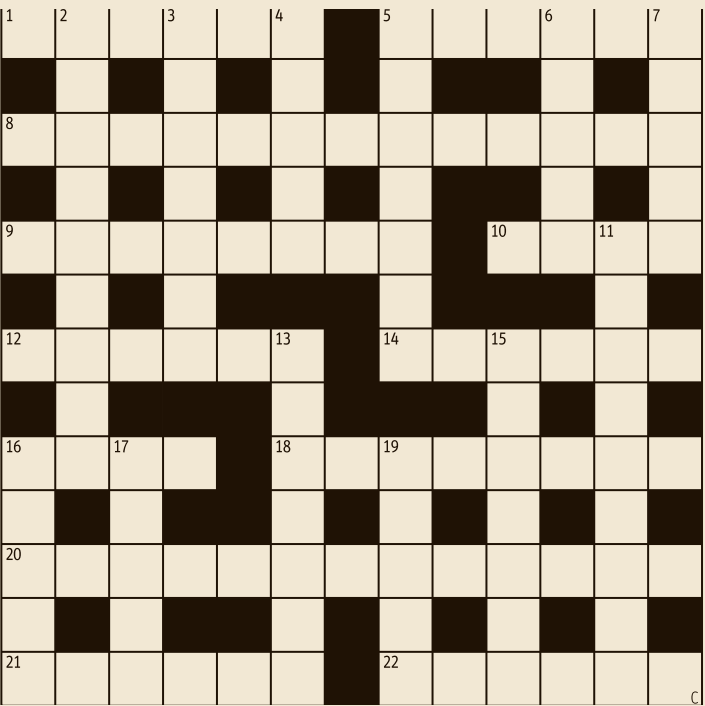
Das vom Energieministerium vorige Woche präsentierte Paket zum Erneuerbaren-Ausbau auch nicht. Darin werden etwa Unterstützung beim Netzausbau und beschleunigte Verfahren in Aussicht gestellt. Auch eröffne das EGG selbst Möglichkeiten zur Unterstützung bei Mehrkosten sowohl für Haushalte als auch im Rahmen der beihilferechtlichen Möglichkeiten, wie betont wird.

Die Industrie rechnet davon unbeeindruckt bis 2030 mit einer finanziellen Gesamtbelastung von 2,5 bis 2,8 Milliarden Euro, die überwiegend von Unternehmen geschultert werden müssten. Ein Industriekunde mit einem Jahresverbrauch von zwei Terawattstunden müsste demnach bis 2030 mehr als 60 Millionen Euro mehr zahlen. Allein bei der Voestalpine würde Energie (Strom und Gas) um eine halbe Milliarde Euro mehr kosten bis 2030, weitere 500 Millionen Euro seien für Kostensteigerungen im Gefolge zu veranschlagen. In den Jahren danach beliefen sich die Mehrkosten noch immer auf 150 Millionen Euro pro Jahr.

Zustimmung zum EGG kommt erwartungsgemäß vom Kompost- und Biogas-Verband Österreich. Das erklärt wohl, warum seitens der ÖVP kaum Widerstand gegen die Neuordnung geäußert wird, denn da geht es um die Landwirtschaft.

STANDAR RÄTSEL

Nr. 10793 © phoenixen; www.phoenixen.at



Waagrecht: 1 Kleine Anmerkung: Wegen ihrer Scheinfußis heißt die Gestalttherapie ständig ändern 5 Laut Boulevard-Medien ist der Diamant im Attergau und im Zillertal echt nicht gefragt 8 Wenn wir gleich am Morgen einkaufen, kommen wir bald zum zünftigen Zeltfest (1–2 Wörter) 9 Bringt dich der Ballermann dort auf die Palma, lies doch Federico García! (1–2 Wörter) 10 Es erdöht die Stimmung, wenn bei ihrer Begleichenfeier Gläubiger:innen aus Glasgow verbindlich danken 12 Kennt niemand die Geschichten des Herrn von Brecht? 14 Mit dem Marinadenset scheffe ich den Haushalt in Le Havre 16 Unter dem Namen betrat Ali als Cassius erstmals englische Tonerde? 18 Mir kraut davor, dass er mich in Kürze einschläfert 20 Ich Schätze, bei dem Händler gibts nichts Neues 21 Reaktion im Restaurant: Dass statt dem Fisch den Tisch man beizte, / war, was uns erzürnt und – 22 So ein Zuvorkommender ist uns lieber

Senkrecht: 2 Woher der Wallfahrtwind weht, fragen wir dort mit gesteiertem Interesse 3 Es könnte uns die Botschaft befallen, dass das Schicksal schließlich schnell zuschlägt 4 Worauf ich aus Tristesse hinab stier, spielt beim Rückwärts(1)gang eine Abrolle (Mz) 5 Fühlt er sich

SUDOKU

Nr. 5921a normal (mittel)

1	8			5	4		9	
		2		8	1	5		
9	4							1
	5		1					4
				6				
7				2		1		
5							2	3
		8	4	2		9		
	9		7	1			8	6

Spielregeln: Das Rastergitter ist so auszufüllen, dass die Zahlen von 1 bis 9 nur je einmal in jeder Reihe, in jeder Spalte und in jedem umrahmten Kästchen (beziehungsweise in jeder Diagonale beim X-Sudoku) vorkommen. Die Auflösung erscheint im nächsten STANDARD.

© Puzzle by websudoku.com

Nr. 5921b X-Sudoku (schwierig)

				3		5		
			8			4		2
2			4	5	6	9		
	1					8		
	2						4	
		6					3	
		4	5	9	3			8
1		2			8			
		8		2				

Auflösung Sudoku Nr. 5920a

1	5	7	3	2	6	4	9	8
6	2	8	7	9	4	5	1	3
3	9	4	1	8	5	7	2	6
8	4	6	9	5	3	1	7	2
7	3	5	6	1	2	8	4	9
9	1	2	4	7	8	6	3	5
2	6	9	8	4	1	3	5	7
4	7	3	5	6	9	2	8	1
5	8	1	2	3	7	9	6	4

Auflösung Sudoku Nr. 5920b

8	1	2	7	6	9	3	4	5
6	7	1	4	5	3	9	8	2
4	9	5	2	8	1	7	3	6
5	2	3	8	9	7	6	1	4
9	3	4	5	1	6	2	7	8
1	6	7	3	4	2	8	5	9
7	8	6	1	2	4	5	9	3
2	4	8	9	3	5	1	6	7
3	5	9	6	7	8	4	2	1

so maes, matscht er sich moorgen die Packung 6 Big in New York, ist er mit pears nicht zu vergleichen? 7 In den USA nicht repräsentativ, was bei uns auf der Unileitung steht 11 Solche Violinist:innen müssen beim Virtuosterkonzert viele Zu-Gaben spielen 13 Während ich an der Bar kaue, rückt er mir auf die Rüppelle 15 Ist er nicht als Literat im Gstreinsatz, tritt er moderat in Oberhauserscheinung 16 Head es Sinn, die Meetingsleitung bei Tisch aufzuHussen? 17 Glaubhaft: Dass es dort prälativ ordentlich zugeht, hat oberste Prior-ität 19 Airportskundige berichten, dass man auch dort in der Heath-row beim Check-in stansteds Gatwickel kriegt

Rätselauflösung Nr. 10792 vom 17.09.2024

W: 1 ASSISI 4 STAMPS 9 WHOHIN 10 LAEHMEN 11 LOLLU 12 ISOBARE 13 VERSCHWOREN 18 EISZEIT 20 MANON 21 BROCKEN 22 PRAHA 23 NOLENS 24 HEFTIG
S: 1 ANWALT 2 SCHELLE 3 SINTI 5 TREMOLO 6 MAMBA 7 SANDEL 8 GLEICHSTAND
14 STECKEN **15** EINFALT **16** LEOBEN **17** ANHANG **19** SEOUL **20** MOPSE

Winzer bangen um ihren Ertrag

Im Kamptal und im Kremstal sind nach dem Starkregen viele Weingärten überschwemmt, weiter oben hat der Wind einiges zerstört. Wie stark die Schäden sind, ist noch unklar.

Jakob Pflügl



In niedrigeren Lagen sind Weingärten überschwemmt, Schäden gibt es auch auf den Weinbergen. In Langenlois wappnete sich ein Winzer vor der Flut mit Sandsäcken (unten).

Fotos: F. J. Wutzl, J. Mantler, P. Bodlak



Als vergangene Woche die Regenfront übers Waldviertel hereinbrach, waren die meisten Kamptaler Winzerinnen und Winzer gerade bei der Lese. „Mittlerweile sind ein paar unserer Weingärten in Hadersdorf überflutet“, erzählt Marlene Steinbatz vom gleichnamigen Winzerhof. „Wir können jetzt nur abwarten, bis das Wasser wieder zurückgeht.“ Ob die Ernte dann noch zu retten sei, sei derzeit völlig unklar.

Auch Josef Mantler aus Brunn im Felde befürchtet aufgrund des starken Regens Schäden, selbst in Lagen, die nicht direkt überflutet sind. „Durch den trockenen Sommer sind die Traubenschalen wenig flexibel und platzen leichter auf“, sagt er. „Das wäre dann sowohl ein quantitativer als auch ein qualitativer Schaden.“

Eigentlich müsse man die reifen Trauben jetzt rasch lesen, bevor sie platzen. Das sei bei der aktuellen Witterung aber nicht möglich. „Die Hänge sind durchnässt, man kommt leicht ins Rutschen. Wenn man die weichen Böden befährt, führt das außerdem zu Verdichtungen und zu einem langfristigen Schaden im Bodenaufbau“, befürchtet Mantler.

Wie groß der Schaden in der Landwirtschaft und im Weinbau insgesamt ausfällt, wird sich erst in den nächsten Tagen zeigen, erklärt Christina Spangl von der Landwirtschaftskammer Niederösterreich. Wann die Lese fortgesetzt werden könne, könne man derzeit noch nicht sagen. Zum einen müsse man warten, bis die Trauben abgetrocknet seien, zum anderen dauere es, bis der Boden wieder befahrbar sei.

Hohe Kosten für Versicherung

Laut Hagelversicherung wird man einen Überblick über die Schäden wohl erst Mitte der Woche haben, wenn der Regen aufhört und es wieder wärmer wird. „Für die betroffenen Landwirte ist das natürlich ein schwerer wirtschaftlicher Schaden, aber im Vergleich zu den Schäden an Häusern oder Infrastruktur wird er sich eher in Grenzen halten“, glaubt Pressesprecher Mario Winkler.

Grundsätzlich übernehme die Hagelversicherung Überschwemmungsschäden an landwirtschaftlichen Kulturen, nicht jedoch an Gerät oder Gebäuden, erklärt Winkler. Laut dem Winzer Mantler werden zwar eigene Versicherungen für Hochwasserschäden angeboten, „die Prämien sind allerdings so astronomisch hoch, dass es wirtschaftlich keinen Sinn macht“.

Bei Franz-Josef Wutzl aus Gobelsburg bei Langenlois hat nicht nur das Wasser, sondern auch der Sturm Schäden angerichtet und die Reben im weichen Boden umgedrückt. Am Dienstag will sich der Winzer ansehen, ob die Zeilen für den Traktor befahrbar sind. „Unsere Leser kommen dann am Mittwoch wieder“, sagt Wutzl. „Da sollte die Situation hoffentlich schon etwas entspannter sein.“

Am Freitag wird österreichweit im Zeichen des Hochwassers gestreikt

Fridays for Future sieht im Jahrhunderthochwasser einen Wendepunkt für die Klimapolitik – die Bewegung ruft zu Demos auf

Benedikt Narodoslawsky

Vor fünf Jahren dominierte Fridays for Future mit Massendemonstrationen die mediale Berichterstattung und machte die Wahl 2019 zur historisch ersten Klimawahl in Österreich. Auch vor dieser Nationalratswahl wollen die Aktivistinnen für Klimaschutz auf die Straßen gehen. Während des Hitzesommers trommelten sie für den globalen Klimastreik, der am Freitag, dem 20. September, unter anderem in Graz, Klagenfurt, Linz, Salzburg und Wien stattfinden wird. Das öffentliche Interesse daran blieb aber überschaubar. Die Bewegung wirkte kraftlos, das Klima spielte im Wahlkampf eine untergeordnete Rolle.

Nun hat sich die politische Großwetterlage schlagartig geändert – und das liegt an der tatsächlichen Wetterlage der vergangenen Tage.

Die Regenmassen haben weite Teile Österreichs überschwemmt, Niederösterreich wurde zum Katastrophengebiet erklärt, Menschen verloren in den Fluten ihr Leben. Am Dienstagvormittag lud Fridays for Future zur Pressekonferenz in die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschülerschaft. Um auf den bevorstehenden Klimastreik am Freitag aufmerksam zu machen, holten die Klimaaktivisten auch Bernhard Steindl von der Freiwilligen Feuerwehr St. Pölten aufs Podium.

T-Shirt statt Uniform

Die vergangenen Tage arbeitete Steindl mit seinen Kameraden unermüdlich dafür, seinen Ort vor dem Schlimmsten zu bewahren. Er spricht von der Traisen, die in seinem Wohnort 190-mal so viel Wasser wie üblich geführt habe. Statt der Uniform trägt Steindl nun ein T-Shirt

mit dem Slogan „There is no Planet B“. Er klingt wütend: „Ich selbst habe erlebt, wie Existenzen sprichwörtlich den Bach hinuntergehen.“

Der Hochwassereinsatz war heuer nicht der erste für die Einsatzkräfte in Niederösterreich, Steindl erzählt von Waldbränden, den Fluten, der Hitzebelastung. „Wir nähern uns der Grenze dessen, was wir als Gesellschaft an Katastrophen verkraften. Das gilt auch für die Einsatzorganisationen“, sagt Steindl. „Alle Politiker:innen, die aktiv Klimaschutz oder Renaturierungsmaßnahmen blockieren oder torpedieren, sind an einer weiteren Eskalation beteiligt oder nehmen diese bewusst in Kauf.“

Dass sich Politiker, die Klimaaktivisten kriminalisieren, nun während der Unwetterkatastrophe als Retter inszenieren, finde er zynisch. „Auf wessen Schultern lastet das Ausmaß der Katastrophe? Nicht auf denen der

Politikerinnen und Entscheidungsträger, sondern auf denen der Feuerwehren, Rettungskräfte und schließlich auch auf denen der Bevölkerung“, sagt Steindl.

Auch 2024 eine Klimawahl?

Thematisierte Fridays for Future im August vor allem die Folgen des Hitzesommers, so wird der kommende Streik am Freitag im Zeichen des Hochwassers stehen. „Die Klimakrise ist hier, sie ist unübersehbar. Wir wissen und wir sehen, wie verletzlich wir sind, wie der seit Jahrzehnten aufgebaute Wohlstand von Privatpersonen gerade die Straße runtergespült wird“, sagt Emma Reynolds, Sprecherin von Fridays for Future. Wie schon 2019 will die Bewegung die Wahl zur Klimawahl machen. In der aktuellen Unwetterkatastrophe sieht Reynolds einen historischen Markstein. „Das ist der Wen-

depunkt in der Klimapolitik“, sagt sie. „Die Frage ist, welcher Kanzler hat das Zeug, politisch zu liefern?“

Getragen wird der Klimastreik wie schon in den Jahren zuvor von einer Allianz aus mehreren Organisationen aus der Zivilgesellschaft, die in ihrem Protest unterschiedliche Schwerpunkte setzen. Während Fridays for Future den Ausbau des öffentlichen Verkehrs verlangt, fordert Brigitte Reisenberger von der Umweltorganisation Global 2000 „den Wandel hin zu einer zukunftsfähigen, nachhaltigen Landwirtschaft“. Die globalisierungskritische NGO Attac Österreich mahnt wiederum einen Wandel im Energiesystem ein. „Die Energiewende darf nicht nur angestrebt, sondern muss sozial und ökologisch gerecht umgesetzt werden“, sagt Hanna Braun von Attac. „Der Einfluss der fossilen Konzerne muss ein Ende haben.“

Vom Vorbild zum Auslaufmodell

Die Schließung der Runtastic-Standorte in Österreich wirft Fragen auf: Was hatte Adidas mit dem ersten Star der heimischen Gründerszene eigentlich vor? Und woran scheiterte das Vorhaben letzten Endes?

Andreas Danzer

Adidas will nicht mehr. Dass der deutsche Sportartikelkonzern in seiner österreichischen Tochter Runtastic schon länger nicht mehr sonderlich viel Zukunft sah, wurde während der vergangenen Jahre immer deutlicher. Doch seit Montag ist es offiziell: Adidas sperrt die Standorte des App-Entwicklers in Pasching, Salzburg und Wien bis Mitte 2025 schrittweise zu. Rund 170 Angestellte sind betroffen. DER STANDARD berichtete. Man konzentrierte sich nur noch auf die Runtastic-Überbleibsel-App „Adidas Running“.

Im Jahr 2009 wurde Runtastic von vier Studienfreunden in Oberösterreich gegründet, sechs Jahre später übernahm Adidas das Unternehmen für 220 Millionen Euro. Die App wurde somit die erste große österreichische Start-up-Erfolgsgeschichte und Geschäftsführer Florian Gschwandtner zu einem Aushängeschild für die junge Digitalbranche.

Für viele drängt sich nun die Frage auf: Was wollte Adidas mit Runtastic? Die STANDARD-Anfrage zu den Hintergründen ließ Adidas unbeantwortet. Florian Gschwandtner und Alfred Luger, zwei Mitglieder des Gründungsteams, waren für Stellungnahmen ebenfalls nicht zu erreichen. Sie haben mit Runtastic aber auch schon lange nichts mehr zu tun. Adidas hatte alle Anteile der Gründer und der Risikokapitalgeber übernommen, und 2018 verließ auch Gschwandtner den Betrieb.

Wertvolle Daten

Gewisse Beweggründe liegen jedoch recht nahe. Runtastic gehörte zum Zeitpunkt der Übernahme zu den führenden Sport-Apps am Markt, sprich: Man saß hier auf einem digitalen Schatz – den Bewegungs- und Verhaltensdaten der Userinnen und User. Vermutlich hat-



Foto: Getty Images / iStockphoto

Schnell zu vielen Daten von Läuferinnen und Läufern kommen: Das war vermutlich einer der Beweggründe, warum Adidas Runtastic übernommen hat. Ein anderer waren wohl die vorhandenen IT-Fachkräfte.

te Adidas großes Interesse daran, Zugang zu diesen Daten zu bekommen, um sie in weiterer Folge mit den eigenen Kundenbindungsprogrammen zu verknüpfen. Ob Adidas vorhatte, die Marke Runtastic langfristig zu erhalten, ist schwer abzuschätzen, aber eine Integration einer starken Brand in einen Konzern fällt beiden Seiten oft schwer.

„Je nach Stärke der Marke des übernommenen Unternehmens erfolgt die Integration früher oder später nach der Übernahme. Eine der größten Herausforderungen bei der Integration von Start-ups ist die kulturelle Anpassung“, sagt Start-up-Experte Florian Haas vom Unternehmensberater EY zum STANDARD. Scheiterte eine Integration nach der Übernahme, liege das meistens an kulturellen Konflikten.

Schnelles, junges Team

Nicht weniger begehrt als Daten sind heutzutage gute IT-Teams. Über ein solches verfügte Runtastic zweifellos. Konzerne sind in der Regel nicht für agiles Handeln und große Flexibilität bekannt. Sich ein junges, eingespieltes Team eines Start-ups zuzukaufen kann vor allem dann helfen, wenn etablierte Unternehmen in einem neuen Feld noch nicht

Fuß gefasst haben. „Die Chancen sind dann groß, wenn man die Vorteile beider Organisationsformen kombiniert: die Schnelligkeit und Innovativität von Start-ups und die Ressourcenstärke und Marktzugänge von Großunternehmen“, erklärt Nikolaus Franke, Leiter des Instituts für Entrepreneurship an der WU Wien. Das könne aber auch ins Gegenteil umschlagen, dann habe man die Trägheit von Großunternehmen und die Ressourcenstärke von Start-ups – das führe natürlich zu Problemen.

Nach der Übernahme wuchs Runtastic für zwei bis drei Jahre noch recht ordentlich, dann ging es allmählich bergab. Erst wurde das Logo der Linzer von den Apps gestrichen, dann wurde der Markenwert um 16 Millionen Euro herabgestuft. Im Frühjahr 2023 wurden 70 von 250 Stellen abgebaut, und zuletzt blieb nicht mal mehr der Name Runtastic im Firmennamen. „Im Fall von Runtastic waren Wettbewerber schneller und haben sich besser entwickelt“, sagt WU-Professor Franke.

Konkrete Erhebungen, was mit Start-ups passiert, nachdem sie in einen Konzern integriert worden sind, gibt es nicht. Üblicherweise werden die Teams übernommen

und arbeiten weiter wie bisher. Ob Gründerinnen und Gründer selbst mitkommen, lässt sich nicht verallgemeinern, da kommt es stets auf den Einzelfall an.

Adidas hat viele Probleme

Adidas wurde jedoch nicht nur bei der Lauf-App von Konkurrenten wie Garmin und Strava abgehängt, sondern strauchelt an vielen Fronten. Falsche Entscheidungen während der Corona-Pandemie, schwankende Märkte etwa in China oder Probleme mit fragwürdigen Markenbotschaftern wie dem Rapper Kanye West, der sich mehrmals antisemitisch geäußert hatte, bescherten Adidas Schwierigkeiten.

Der Konzern trennte sich von Yeezy, der von West entwickelten Schuhlinie, und das allein hat vergangenes Jahr 500 Millionen Euro an Umsatz gekostet. Kurz vor der Fußball-EM in Deutschland kündigte der DFB nach über 70 Jahren die Partnerschaft mit Adidas und wechselte zu Nike. Zusätzlich geriet Adidas in einen Patentstreit mit Nike und verärgerte Runtastic-Nutzer durch Datenübertragungen – der Streit endete in einem Vergleich. In dieser Gemengelage blieb auch für Runtastic kein Platz.

Warum es mit Tupperware zu Ende geht

Onlineshopping schwächte den Plastikgeschirrhersteller

Joseph Gepp

Wenn ein Markenname einmal im allgemeinen Sprachgebrauch angekommen ist, dann, könnte man meinen, hat es das dahinterstehende Unternehmen endgültig geschafft. Mikrowellen- und gefrierfachaughliches sowie verschließbares Plastikgeschirr aller Art wird im deutschsprachigen Raum gern als „Tupper-Geschirr“ bezeichnet. Dennoch, ausgerechnet der dahinterstehende Konzern Tupperware mit Sitz in der US-Stadt Orlando, Florida, dessen Name stellvertretend für eine ganze Haushaltswarenkategorie verwendet wird, steht heute laut Agenturberichten kurz vor der Insolvenz.

700 Millionen US-Dollar betragen laut Bloomberg die Schulden. Nun könnte es noch diese Woche Gläubigerschutz beantragen, berichtet Bloomberg unter Berufung auf mit der Angelegenheit vertraute Personen. Der mögliche Insolvenzantrag folgt auf langwierige Verhandlungen zwischen Tupperware und seinen Kreditgebern, die gescheitert sind.

Krise seit vielen Jahren

Bereits vergangenes Jahr drohte Tupperware die Pleite; doch mittels einer Einigung mit den Geldgebern konnte der Konzern noch einmal die Kurve kratzen. Zuvor war es bereits 2019 zu einer tiefen Krise gekommen. Die Aktie, die vor einem Jahrzehnt noch um rund 90 US-Dollar gehandelt wurde, rundelt seit 2022 im Bereich von einem bis sieben Dollar herum. Ein letzter kurzer Höhenflug infolge der Corona-Pandemie hat sich als nicht nachhaltig erwiesen.

Tupperware wurde 1946 vom US-Amerikaner Earl Silas Tupper gegründet. Earl Tupper war es auch, der das geradezu legendäre Vertriebsmodell einführte, das Tupperware zum Welterfolg machen sollte: den Verkauf über sogenannte Tupperware-Partys, an denen Beraterinnen und Gastgeber beteiligt waren.

Der Abstieg erfolgte, als sich Onlineshopping verbreitete; hohe Preise taten das ihre. Im Schlussquartal 2022 etwa sank der Umsatz im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 20 Prozent – auf 314 Millionen Dollar.

INVESTMENTFONDS / FONDSGEBUNDENE PRODUKTE

Dienstag, den 17.09.2024

Fondsname	ISIN	Whrng.	NAV
Ausg. Rückn.			

Nachhaltigkeits-Fonds (ESG)

3BC 3 Banken-Generali Investment-Gesellschaft m.b.H.

3BK U.Ant.Nachh A	AT0000A22Y38	EU	104,17
3BK U.Ant.Nachh T	AT0000A22Y46	EU	107,29
3BK Dividenden-Akt	AT0000A20U08	EU	16,22
3BK Energiewe 20302	AT02ENERGEO	EU	95,19
3BK Energiewe 2030	AT03ENERGEO	EU	94,01
3BK MSU-Akt	AT0000A23Y09	EU	19,86
3BK Nachhaltig	AT0000070156	EU	12,18
3BK Nachhaltig	AT0000070156	EU	28,48
3BKZinsnachh.Zi30	AT02ZINNAH30	EU	98,44
3BKZinsnachh.Zi30	AT02ZINNAH30	EU	104,05
3BKZinsnachh.Gl A	AT0000A23Y09	EU	102,69
3BKZinsnachh.Gl T	AT0000A23Y17	EU	102,62
GenWertESF75	AT0000A23Y02	EU	116,03
OBK Prem. nachh.	AT0000A23000	EU	118,05
OBK VM nachh A	AT0000A23020	EU	114,23
OBK VM nachh T	AT0000A23109	EU	114,70

ERSTE Asset Management

Lesen Sie unseren Experten-Blog <http://blog.de.erste-am.com>

IMPACT/ARTIKEL 9 OFFENLEGUNGSVO			
ERSTE FAIR INVEST	AT0000A20U02	EU	102,51
ERSTE GREEN INVEST	AT0000A20Y42	EU	127,55
ERSTE U.Ant.Nachh A	AT0000A18Y48	EU	97,01
ERSTE RESP MICROIFT	AT0000A20G26	EU	123,24
ERSTE WWF STOCK BW	AT0000070567	EU	202,44

RESPONSIBLE/ARTIKEL 8 OFFENLEGUNGSVO			
CORE Equities ERO1	AT0000A20X06	EU	174,26
ERSTE ETHIK AKT GL	AT0000A18Y48	EU	187,59
ERSTE GREEN INV MI	AT0000A21WC3	EU	104,36
ERSTE RESP BD EM C	AT0000A13E57	EU	107,98

ERSTE RESP BD EU C	AT0000A0PH44	EU	123,14
ERSTE RESP BOND	AT0000A08608	EU	161,01
ERSTE RESP ST DIV	AT0000A10A79	EU	130,67
ERSTE RESP ST EURO	AT0000A06593	EU	219,41
ERSTE RESP STOCK G	AT0000A06799	EU	471,76

Schoellerbank Invest AG			
ESG Dynamisch A	AT0000A36G52	EU	114,57
ESG Dynamisch T	AT0000A36G50	EU	114,57
ESG Dynamisch VII	AT0000A36G78	EU	114,57
Enk.Versorge T	AT0000282477	EU	15,89
SB Ethik Aktien A	AT0000913942	EU	246,96
SB Ethik Aktien T	AT0000920378	EU	324,91
Vorsorgeplan (T)	AT0000920402	EU	112,51
Vorsorgefonds A	AT0000920424	EU	52,96

Österreichische Publikumsfonds

3 Banken-Generali Investment

3BG Gov ShortTerm A	AT0000A33966	EU	1054,30
3BG Gov ShortTerm T	AT0000A33974	EU	1058,04
3BG Short-Term A	AT0000A0E0U1	EU	11181
3BK Aktien-Sekel	AT0000784830	EU	29,67
3BK Aktien-Sekel	AT0000637883	EU	9,46
3BK Aktien-Sekel	AT0000744594	EU	16,53
3BK Bond-Mix 2026	AT0000A20F17	EU	97,74
3BK Div. Champions	AT0000600689	EU	12,69
3BK Em.Mk.Bnd-Mix	AT0000753173	EU	19,85
3BK Emerging-Mix	AT0000818489	EU	30,46
3BK Euro Bond-Mix	AT0000856233	EU	6,55
3BK Euro Bond-Mix	AT0000679444	EU	10,51
3BK Inflationssch.	AT0000A01540	EU	14,57
3BK KMu-Fonds	AT0000A04036	EU	13,11
3BK Österreich-F.	AT0000A04044	EU	32,75
3BK Portfolio-Mix	AT0000654595	EU	9,03
3BK Portfolio-Mix	AT0000817838	EU	5,03
3BK Rendite-Plus	AT0000A33949	EU	113,30
3BK Sachwerte-Akt	AT0000A06824	EU	22,47
3BK Sachwerte-F.	AT0000A0E0N1	EU	17,86
3BK Staatsanl.-F.	AT0000615364	EU	103,30
3BK UniWertInvest2023	AT0000A0E0N1	EU	97,66
3BK UniWertAkt	AT0000A23K00	EU	11,28
3BK UniWertAkt	AT0000A04036	EU	11,25
3BK UniWertAkt-F.	AT0000A04044	EU	16,02
3BK US O. Champ.	AT0000712591	US	39,46
3BK Value-Aktien	AT0000A0U0E6	EU	22,85
3BK WertBilanzred	AT0000784883	EU	17,54
3BK WertDefensiv	AT0000863551	EU	113,38
3BK WertGrowth	AT0000784889	EU	23,78
3BK Zinschance2027	AT02ZCHANCE24	EU	108,82
3BK Zinschance2028	AT02ZCHANCE22	EU	100,47
3BKZinschance2028	AT02ZCHANCE22	EU	99,48
3BKZinschance2028	AT02ZCHANCE22	EU	11,23

3BKGlobalIQ Champ	AT0000A33H90	EU	11,55
3BKWachstumsaktien	AT0000A33H90	EU	9,82
Best of 3BK	AT0000A14819	EU	14,43
BKS Anlagen, dyn.	AT0000A25707	EU	130,24
BKS Anlagen, dyn.	AT0000A25715	EU	138,80
BKS Anlagen, kon.	AT0000A25700	EU	115,59
BKS Anlagen, kon.	AT0000A25706	EU	121,44
BKS Strat. Akt.-DF	AT0000A25627	EU	1590,63
BKS Strat. Akt.-DF	AT0000A25702	EU	1072,28
BKS Strat. nachh.	AT0000A25610	EU	1215,09
Census	AT000038TRU1	EU	126,71
CONVERT FAIR & SUS	AT0000A24210	EU	91,74
CONVERT GLConv.P.	AT0000A14448	EU	91,12
CONVERT GLConv.P.	AT0000A14455	EU	113,21
CONVERT GLConv.P.	AT0000A1PE35	EU	99,75
FOCUS DIVIDEND A	AT0000A1AY48	EU	151,65
Generali EuS-St.	AT0000810536	EU	19,92
Generali EuS-St.	AT0000810528	EU	9,29
GenWert50V.anlage	AT0000A21827	EU	115,89
GenWert50V.aufbau	AT0000A14370	EU	125,62
GenWert50V.Schr.	AT0000A33L50	EU	110,59
OBK Prem. defensiv	AT0000A11M03	EU	1313,73
OBK Prem. defensiv	AT0000A11Y01	EU	1173,75
OBK Prem. dynam.	AT0000A11Y06	EU	1460,56
OBK Vermögensgr	AT0000A06N07	EU	153,73
OBK Vermögensgr	AT0000A1ENY3	EU	120,61
Primus	AT0000A054R3	EU	124,64

ERSTE IMMOBILIEN S	Kapitalanlagegesellschaft
www.ersteimmobilien.at, Am Belvedere 1, 1100 Wien	

Erste Immofonds A	AT0000A08567	EU	114,43
Erste Immofonds T	AT0000A08545	EU	145,81
Erste Resp. Immo A	AT0000A11U78	EU	103,89
Erste Resp. Immo T	AT0000A11U06	EU	111,71

ERSTE Asset Management			
Lesen Sie unseren Experten-Blog http://blog.de.erste-am.com			

YOU INV GREEN act	AT0000A11F96	EU	131,98
YOU INV GREEN bal	AT0000A11F89	EU	123,96
YOU INV GREEN prog	AT0000A11F90	EU	129,29
YOU INV GREEN solid	AT0000A11F80	EU	117,52
ERSTE SELECT BOND	AT0000606600	EU	161,63
ERSTE BD EURO CORP	AT0000724224	EU	171,92
ERSTE BD EURO MUNDO	AT0000812995	EU	14,05
ERSTE BD COMBIRENT	AT0000812912	EU	29,06
ERSTE BD DANUBIA	AT0000812946	EU	116,32

ERSTE STOCK GL	AT0000812870	EU	193,69
ERSTE BD EM MKTS	AT0000809165	EU	162,81
YOU INV GREEN P30	AT0000A05H93	EU	189,12
ERSTE RESP EURO PL	AT0000812879	EU	83,86
SELECT INVEST	AT0000828637	EU	112,79
ERSTE STOCK EU EM	AT0000812938	EU	206,46
ERSTE STOCK GL EM	AT0000809870	EU	72,28

Real Invest - Immobilien KAG			
RI Austria A	AT0000634357	EU	12,14
RI Austria T	AT0000634365	EU	17,30
RI Austria VII	AT0000A05R02	EU	19,30
RI Europe A	AT0000A001N3	EU	64,40
RI Europe T	AT0000A001P8	EU	72,40
RI Europe VII	AT0000A044N9	EU	72,90

Schoellerbank Invest AG			
All Asia	AT0000071436	EU	18,81
All Japan T	AT0000071965	EU	11,04
All Trends	AT0000074651	EU	17,13
All World	AT0000080170	EU	26,33
Andelhefonds (T)	AT0000820394	EU	118,50
Andelhefonds A	AT0000913926	EU	62,26
Diversified Inc A	AT0000A34362	EU	102,51
Diversified Inc T	AT0000A34360	EU	102,51
Enk.Vers.(T/RV)	AT0000809447	EU	15,89
Euro Alternat A	AT000068961	EU	73,98
Euro Alternat T	AT0000682086	EU	144,90
GB Pension FrndT	AT0000820650	EU	23,81
GB Pension Frnds	AT0000814991	EU	100,08
Global Bal Plus A	AT0000A23531	EU	105,70
Global Bal Plus T	AT0000A23519	EU	119,94
Global Balanced A	AT0000A18M02	EU	112,83
Global Balanced T	AT0000A18M00	EU	132,14
Global Dynamic T	AT0000A09096	EU	193,42
Global Health Care	AT0000721501	EU	27,02
Global Resour A	AT0000A04G74	EU	104,33
Global Resurces A	AT0000A04G03	EU	115,39
Kurzinvest (T)	AT0000820469	EU	94,28
Kurzinvest A	AT0000A94806	EU	67,25
Realize Plus A	AT0000672258	EU	88,09
Realize Plus T	AT0000672256	EU	141,31
SB Aktien Europe T	AT0000721444	EU	17,65
Sch. Akt.Divide T	AT0000A2C200	EU	17,12
Sch. Akt.Divide T	AT0000A1KTN0	EU	123,17
Schoel. Gl. Inc. A	AT0000A18M02	EU	147,48
Schoel. Gl. Inc. T	AT0000A1XAW4	EU	100,35
US Rentenfonds A	AT0000841184	US	57,78
US Rentenfonds T	AT0000820436	US	101,90
Zinsstruktur PlusA	AT0000497409	EU	86,63
Zinsstruktur PlusT	AT0000497417	EU	114,08

Sparkasse Oberösterreich KAG

Aktiva SBI (A)	AT00000729173	EU	97,12
Aktiva SBI (T)	AT00000729181	EU	129,85
AustroMundRent A	AT0000801253	EU	64,77
AustroMundRent T	AT0000801246	EU	117,08
AustroRent (T)	AT0000859806	EU	112,83
AustroRent A	AT0000859814	EU	65,36
BarReserve (A)	AT0000952486	EU	95,75
BarReserve A	AT0000952484	EU	62,17
BarReserve A	AT0000811443	EU	108,52
BusinessBond (A)	AT0000723176	EU	78,10
BusinessBond (T)	AT0000723168	EU	130,02
ClassicBond (A)	AT0000497672	EU	99,28
ClassicBond (T)	AT0000497680	EU	128,21
Equity SBI	AT0000811427	EU	175,57</

Streit um Milliarden für Chipfabrik

Mit zehn Milliarden Euro wollte die deutsche Ampelregierung eine neue Chipfabrik in Magdeburg bezuschussen. Doch nun schiebt Intel das Projekt auf die lange Bank.

Alexander Hahn

Es hat sich schon wochenlang abgezeichnet, seit Montagabend ist es fix: Aus dem von der deutschen Ampelregierung hochsubventionierten Prestigeprojekt eines neuen Werks des US-Chiperzeugers Intel wird nichts. Vorerst zumindest, wie Konzernchef Pat Gelsinger mitteilte, denn das strauchelnde Unternehmen muss sparen und verschiebt den Bau der Fabrik in Magdeburg um mindestens zwei Jahre. Ursprünglich war der Spatenstich noch für dieses Jahr angepeilt worden, der Zeitplan wackelte jedoch schon vor der offiziellen Verschiebung.

Damit rückt das Projekt einer „Megafab“ von Intel in Magdeburg, das die Ampelregierung mit insgesamt 9,9 Milliarden Euro fördern wollte, in weite Ferne – und somit auch die rund zusätzlichen 3000 Arbeitsplätze, inklusive lokaler Zulieferer deutlich mehr.

Ziel: Weniger Importe

Eigentlich war es Ziel der Regierung, Deutschland weniger abhängig von Chip-Importen aus Fernost zu machen, nachdem während der Corona-Pandemie diese ins Stocken geraten waren und damit auch die Produktion zahlreicher Güter wie Autos, in denen diese verbaut werden. Aber was passiert nun mit den dafür vorgesehenen Subventionsmilliarden, wovon laut Regierungskreisen etwa vier Milliarden Euro bereits im nächsten Jahr hätten fließen sollen?

Kurzum: Nicht nur der angeschlagene Chipkonzern Intel muss sparen, sondern auch die Ampelregierung hat mit einem Loch im



Foto: Reuters / Robert Galbraith

Ob in Magdeburg jemals ein Intel-Logo auf der geplanten Chipfabrik zu sehen sein wird, bleibt weiterhin offen.

Haushaltsentwurf für 2025 von rund zwölf Milliarden Euro zu kämpfen, von dem sie nicht weiß, wie es geschlossen werden soll. Für FDP-Finanzminister Christian Lindner kommen daher die frei gewordenen Subventionsgelder gerade recht, um die Budgetnöte zu lindern. „Alle nicht für Intel benötigten Mittel müssen zur Reduzierung offener Finanzfragen im Bundeshaushalt reserviert werden“, erklärte er umgehend. „Alles andere wäre keine verantwortungsbewusste Politik.“ Genau das will der grüne Wirtschaftsminister Robert Ha-

beck, der sich einst gemeinsam mit SPD-Kanzler Olaf Scholz für den Bau der Fabrik starkgemacht hatte, freilich verhindern. Vielmehr will er das Geld im Klimafonds KTF halten, mit dem die Grünen viele Projekte für den nachhaltigen Umbau der Wirtschaft finanzieren wollen.

„Wir werden jetzt gemeinsam beraten, wie wir mit nicht genutzten Mitteln sinnvoll und sorgsam umgehen und sie zum Wohle des Landes einsetzen“, erklärte Habeck. Dieser Leseart zufolge handelt es sich bei den Intel-Subventionen um Kapital des Klimafonds, das nicht für die Sa-

nierung des allgemeinen Staatshaushalts eingesetzt werden dürfte. Kanzler Scholz betonte unterdessen, dass das Projekt nur aufgeschoben, nicht aufgehoben sei. Deutschland halte am Ausbau der Chipfertigung fest, sagte er unter Verweis auf die jüngst erfolgte Grundsteinlegung für ein Werk für den taiwanesischen Chip-Riesen TSMC in Dresden.

„Kurzatmige“ Politik

Generelle Kritik an der deutschen Subventionspolitik äußerte man beim Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW): „Intels Teillückzug zeigt, wie problematisch eine Industriepolitik ist, die kurzatmig auf bestimmte Trends springt“, sagte Ökonom Friedrich Heinemann. Die Begeisterung für Chipfabriken sei in der Zeit des akuten Chipmangels uferlos gewesen, zwei Jahre später sei der Trend Geschichte, auch historisch hohe Subventionsangebote fänden keine Abnehmer mehr. „Die Steuerzahler können jetzt nur dankbar sein, dass es noch keinen Spatenstich für eine Investitionsruine gegeben hat“, ergänzte Heinemann.

Dem Industriestandort sei mehr gedient, wenn sich der Standort Deutschland für alle Unternehmen inklusive kleiner und mittelständischer verbessere. „Daher sollten die eingesparten Intel-Milliarden nicht für neue industriepolitische Fantasien ausgegeben werden“, sagte Heinemann. Das spreche dafür, das Geld in den allgemeinen Haushalt zu geben – aber nicht, um Löcher zu stopfen, sondern um dort eine echte Wachstumspolitik zu finanzieren.

KURZ GEMELDET

E-Autos überholen Benziner in Norwegen

Oslo – In Norwegen hat die Zahl der zugelassenen E-Autos erstmals die der Verbrenner mit Benzinmotor überstiegen. Von den 2,8 Millionen Fahrzeugen im Land sind 754.303 reine Elektrofahrzeuge, während 753.905 mit Benzin betrieben werden. Das teilte der norwegische Informationsrat für den Straßenverkehr (OFV) heute mit. An der Spitze liegt laut den Zahlen mit knapp einer Million Fahrzeugen weiterhin der Dieselantrieb, allerdings sinkt der Anteil rapide. (APA)

Microsoft kündigt an, mehr Aktien zurückzukaufen

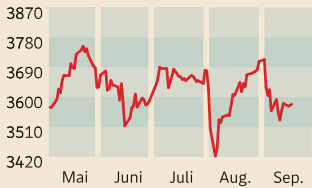
Redmond – Der US-Technologiegigant Microsoft kündigt ein neues Aktienrückkaufprogramm im Wert von bis zu 60 Milliarden Dollar an. Bereits im Juli hatte der Konzern angekündigt, im laufenden Geschäftsjahr verstärkt in Künstliche Intelligenz zu investieren. Im Quartal bis Ende Juni stiegen die Investitionen um 77,6 Prozent, vor allem wegen der Ausgaben für KI. Große Technologieunternehmen wie Microsoft und Google stehen unter Druck, die Rentabilität ihrer milliardenschweren KI-Investitionen nachzuweisen. (Reuters)

Chinesen steigen bei Leoni und Steyr Automotive ein

Steyr – Der chinesische Konzern Luxshare Precision Industry steigt beim Autzulieferer Leoni des Unternehmers Stefan Pierer ein. Das teilte Leoni am Dienstag mit. Auch Steyr Automotive von Siegfried Wolf holt Chinesen als strategische Partner an Bord. Die Verträge wurden am Dienstag unterschrieben, die kartellrechtlichen Genehmigungen stehen noch aus. (APA)

ATX +0,15%

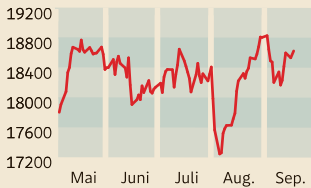
KURS 17.9.2024: 3.600,36
Vorwoche +1,34% 29.12.23 +4,81%



GEWINNER	VERLIERER
AT&S +5,59%	Lenzing -2,95%
Immofinanz -14,85%	CA Immo. Anl. -2,53%

DAX +0,50%

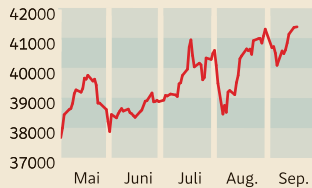
KURS 17.9.2024: 18.726,08
Vorwoche +2,52% 29.12.23 +11,8%



GEWINNER	VERLIERER
Zalando +7,33%	Siem.Energy -4,26%
Rheinmetall -6,75%	MTU Aero -2,42%

DOW JONES +0,06%

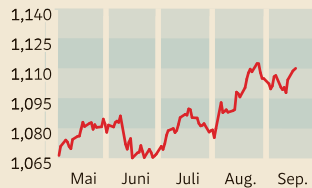
KURS 17.9.2024: 41.645,88
Vorwoche +2,23% 29.12.23 +10,5%



GEWINNER	VERLIERER
Intel +3,06%	Dow Inc. -1,85%
Walmart -2,10%	Verizon -2,04%

EURO/\$ +0,12%

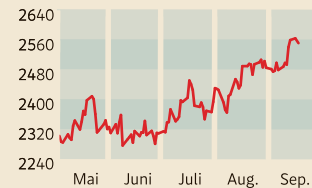
KURS 17.9.2024: 1,1139
Vorwoche +0,87% 29.12.23 +0,81%



DER STANDARD steht hoch im Kurs.
Jetzt 3 Wochen gratis testen: abo.derStandard.at

GOLD \$/OZ -0,46%

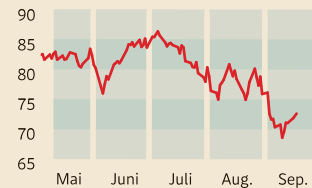
KURS 17.9.2024: 2.570,74
Vorwoche +2,15% 29.12.23 +24,7%



EDELMETALLE	17.9.	Veränd.	Vort.
Palladium (\$/oz.)	1120,25	+3,80	
Platin (\$/oz.)	984,08	-0,14	
Silber (\$/oz.)	30,71	-0,09	

ROHÖL +1,04%

KURS 17.9.2024: 73,76
Vorwoche +5,81% 29.12.23 -4,31%



ROHWAREN	17.9.	Veränd.	Vort.
Aluminium (\$/t)	2512,97	+0,30	
Blei (\$/t)	1978,47	-1,29	
Kupfer (\$/t)	9237,63	-0,29	

ATX												
KGW 2024	Div.-Rend. in %	Marktkapital (Mio.)	Titel	Kurs 17.9.	Veränderung in Prozent zu			Umsatz	52 Wochen			
					Vortag	Vorwoche	29.12.23	Stück	Tief		Hoch	
11,5	4,0	6.464	Andritz	62,15	+ 1,55	■	+ 5,07	+ 10,20	77.420	41,12	●	62,20
n.e.	2,1	755	AT&S Austria	19,44	+ 5,59	■	+ 8,18	- 26,08	37.210	15,02	●	30,30
8,3	3,1	5.463	BAWAG Group	69,50	■	- 1,14	+ 1,24	+ 44,85	115.802	39,50	●	71,10
261,8	3,1	2.788	CA Immo. Anl.	26,18	■	- 2,53	- 3,75	- 19,32	700.865	25,38	●	33,58
13,1	0,7	1.574	DO & CO	143,60	■	- 2,18	- 0,69	+ 6,85	4.648	98,90	●	169,60
7,4	5,7	20.048	Erste Group Bank	47,63	■	- 0,23	+ 0,32	+ 29,68	473.520	31,53	●	50,28
12,7	3,7	5.585	EVN	31,05	■	- 1,11	- 2,05	+ 9,14	52.455	22,70	●	32,00
62,9	-	3.141	Immofinanz	22,65	■	- 14,85	- 10,47	+ 7,60	2.451.108	17,86	●	32,65
22,5	12,1	1.215	Lenzing	31,45	+ 2,95	■	+ 3,11	- 11,53	14.251	24,60	●	40,20
14,0	1,7	1.800	Mayr-Melnhof	90,00	+ 0,22	■	+ 0,11	- 28,91	10.240	89,00	●	129,60
4,9	13,8	11.945	OMV	36,50	+ 0,44	■	- 0,44	- 8,22	471.103	36,18	●	48,14
15,0	5,9	2.054	Österreichische Post	30,40	+ 0,66	■	+ 2,01	- 7,03	14.571	29,00	●	33,40
3,4	7,1	5.763	Raiffeisen Bank Intl	17,52	+ 2,46	■	+ 4,66	- 6,16	347.613	12,73	●	20,50
8,6	6,8	472	Schoeller-Bleckm.	29,50	■	- 0,67	- 2,16	- 33,26	27.965	29,00	●	57,60
9,4	4,2	5.701	Telekom Austria	8,58	■	- 0,12	- 1,61	+ 12,16	30.570	6,37	●	9,32
6,8	7,6	2.311	Uniqia Insurance Group	7,48	■	- 0,13	- 1,32	+ 0,27	116.906	7,26	●	8,38
14,7	5,6	12.699	Verbund	74,60	+ 1,57	■	- 1,84	- 11,24	101.854	62,30	●	89,40
6,1	4,6	3.878	Vienna Insurance	30,30	■	- 0,16	- 1,14	+ 14,34	24.082	24,25	●	32,20
6,7	3,3	3.778	Voestalpine	21,16	+ 2,32	■	+ 4,13	- 25,91	285.326	20,10	●	29,08
15,5	3,0	3.332	Wienerberger	29,82	+ 2,05	■	+ 3,47	- 1,32	250.606	22,08	●	35,84

ATX-PRIME

OHNE ATX-TITEL	Kurs 17.9.	Veränd. Vort.	52 Wochen Hoch	Tief
Addiko Bank	16,05	+0,94	21,60	12,25
Agrana	11,50	-0,86	15,90	11,50
AMAG	23,80	+0,00	31,00	23,30
Austriacard	5,88	+0,00	6,75	5,52
EuroTeleSites	4,70	+4,44	5,51	3,06
FACC	6,50	-0,46	8,49	5,50
Flughafen Wien	54,80	+0,74	55,00	45,00
Frequents	26,10	-1,88	33,30	23,90
Kapsch Trafficom	7,98	-0,25	10,00	7,80
Palfinger	22,00	+0,23	25,55	19,92
Piercer Mob.	27,10	+0,00	70,60	25,50
Polytec	3,05	+0,00	4,05	3,00
Porr	14,26	+3,33	14,70	10,96
RHI Magn.	38,20	+0,79	44,80	28,50
Rosenbauer Int.	36,30	-1,89	43,30	27,00
S Immo	22,20	-0,45	23,00	11,22
Semperit	11,66	-0,34	18,24	10,00
Strabag	39,60	-2,22	44,90	35,90
UBM Dev.	20,90	-0,95	23,20	18,00
Warimpex	0,65	+0,00	0,98	0,61
Zumtobel	5,62	-2,09	6,55	5,32

ZINSEN & WÄHRUNGEN

ZINSSÄTZE ÖSTERREICHS				
Nationalbank	in Prozent			
Umlaufgewichtete Durchschnittsrendite für Bundesanleihen (seit 6.9.2024)	2,684			
Tendersatz (seit 12.6.2024)	4,25			
Einlagefazilität (seit 12.6.2024)	3,75			
Spitzenfazilität (seit 12.6.2024)	4,50			
Basiszinssatz (seit 20.9.2023)	3,88			
Referenzzinssatz (seit 20.9.2023)	5,00			
INTERNATIONALE ZINSSÄTZE				
Mittelwert	1 Mon.	3 Mon.	6 Mon.	12 Mon.
Euribor	3,414	3,480	3,268	2,948
in Prozent				
ESTR (vom 16.9.2024)	3,6620			
SARON (vom 17.9.2024)	1,2091			
SONIA (vom 13.9.2024)	4,9500			
SOFR (vom 16.9.2024)	5,3800			
TONAR (vom 12.9.2024)	0,2290			
SWAPSÄTZE (ISDA)				
	1 Jahr	3 Jahre	5 Jahre	10 Jahre
Euro	2,854	2,342	2,304	2,383
BITCOIN				
	17.9.	16.9.		
1 Bitcoin in USD	61010,75	57999,20		

INTERNATIONALE LEITZINSSEN				
Brasilien, Base Rate (seit 8.5.2024)	in Prozent			
Euro, Hauptrefi. (seit 18.9.2024)	10,50			
Großbritannien, Repo Satz (seit 1.8.2024)	5,00			
Indien, Base Rate (seit 8.2.2023)	6,50			
Polen, Diskontsatz (seit 4.10.2023)	1,28			
Schweiz, Leitzins (seit 16.9.2024)	5,80			
Tschechien, Diskontsatz (seit 1.8.2024)	5,75			
Ungarn, Base Rate (seit 23.7.2024)	6,30			
USA, Fed Funds Rate (seit 27.7.2024)	5,50			

EIN EURO KOSTET				
17.9.	Ankauf	Mittelwert	Verkauf	
Australischer Dollar	1,6461	1,6462	1,6460	
Britische Pfund	0,8448	0,8448	0,8448	
Bulgarische Lewa	1,9483	1,9558	1,963	
Chines. Renminbi	7,8898	7,8998	7,909	
Dänisches Kronen	7,4606	7,4616	7,4609	
Indische Rupie	93,0670	93,1470	93,2270	
Japanische Yen	157,7920	157,8010	157,8010	
Kanadische Dollar	1,5115	1,5115	1,5115	
Norwegische Kronen	11,7886	11,7909	11,793	
Polnische Zloty	4,2729	4,2738	4,274	
Rumänische Lei	4,9719	4,9724	4,976	
Schwed. Kronen	11,3282	11,3310	11,333	
Schweizer Franken	0,9411	0,9411	0,941	
Tschech. Kronen	25,0953	25,0995	25,103	
Ungarische Forint	394,2970	394,6000	394,903	
USA	1,1118	1,1118	1,111	

BÖRSEN-INTERNATIONAL

Titel	Kurs	Veränd.	52 Wochen		BNP Paribas	64,45	+1,83	73,08	52,82	Intesa Sanpaolo	3,77	+0,70	3,84	2,31	Sanofi S.A.	102,90	-0,41	106,14	80,60	Amgen	232,57	-0,80	346,85	249,70	Salesforce Inc.	257,59	+0,26	318,72	193,68																									
	17.9.	Vort.	%	Hoch	Tief	BP PLC	410,45	+1,06	562,20	395,75	Kering	229,65	+1,82	472,70	224,95	SAP	200,65	+0,25	203,65	120,26	Apple Inc.	316,30	-0,01	237,19	164,08	Travelers Comp.	241,81	-0,19	232,48	157,33																								
						Brit. Am. Tobacco	2.900,00	-2,36	2994,0	2233,0	Schneider Electr.	66,35	+1,41	239,00	134,38	Shell	23,30	+1,41	239,00	134,38	Boeing	156,48	+0,59	267,54	154,02	UnitedHealth	580,45	-1,48	607,94	436,38																								
						Danone	64,70	-0,92	66,34	50,59	LMVH	607,70	+0,68	886,40	602,40	Mercedes-Benz	57,17	+1,11	77,45	54,89	Caterpillar	332,89	+1,42	382,01	223,76	Verizon	44,08	-2,04	45,05	30,34																								
						Deutsche Börse	NA205,70	-1,20	210,00	152,60	Siemens NA	166,36	+2,12	188,88	119,48	St. Gobain	80,78	+2,70	82,76	48,87	Chevron Corp.	143,42	+0,94	171,70	135,37	VISA Inc.	292,84	+0,61	293,07	227,78																								
						Deutsche Post NA	39,81	+0,48	47,03	35,82	Tellatronics	13,64	+0,38	27,35	13,36	TotalEnergies	61,40	+0,29	70,11	57,45	Cisco Systems	50,88	-0,30	56,05	44,50	Walmart Inc.	78,27	-2,10	81,02	49,85																								
						Diageo	2.525,50	+2,41	3268,5	2275,0	National Grid	1.056,00	+0,86	1061,5	826,60	Unilever	25,34	+1,08	28,78	20,88	Coca-Cola	72,01	-1,13	73,53	51,55																													
						Dt. Telekom NA	26,68	-0,85	27,02	19,52	Nestlé NA	86,46	-0,35	108,08	85,70	UBS Group N	37,46	+0,97	39,33	21,36	Disney Co.	92,82	+1,05	123,74	78,73																													
						Enel	7,18	+0,73	7,22	5,47	Nokia	10,55	+1,69	11,79	9,69	Unicredit	4,93	+0,26	5034,0	3680,5	Dow Inc.	51,60	+1,85	60,69	47,26																													
						Eni	14,22	+0,75	15,83	13,48	Nordea Bank AB	10,39	-0,59	10,72	8,30	Unilever plc.	110,60	+0,91	120,62	97,44	Goldman Sachs	484,98	-0,04	517,26	289,36																													
						EssilorLuxottica	205,50	-1,25	219,00	159,68	Novartis NA	98,03	-2,03	103,32	614,30	Vinci	92,32	+1,36	129,60	87,72	Home Depot	384,69	+0,70	396,87	284,36																													
						Ferrari	419,00	+0,53	450,30	268,20	Novo-Nordisk B	126,60	+0,24	175,30	119,95	Volkswagen VZ	158,45	+0,51	159,10	112,10	Honeywell	204,96	+1,14	220,79	174,88																													
						Glencore	379,30	+0,42	505,60	360,70	Pernod Ricard	32,71	+1,43	36,63	23,76	Wolters Kluwer	513,00	+0,20	515,20	407,60	IBM	214,55	-1,20	218,84	135,87																													
						GSK PLC	1.609,50	-1,38	1820,0	1376,0	Prosus	4.610,00	+0,55	6006,0	4034,0	Zurich Insur. Grp	133,11	-1,12	135,28	71,35	Intel	21,55	+0,36	51,28	18,51																													
						Hermes Internat.	1.926,00	+1,58	2436,0	1641,0	Reckitt Benckiser	3.648,00	+0,22	3693,0	2728,0						Johnson&Johnson	166,99	+0,00	168,85	143,13																													
						HSBC Hold.	661,80	+1,08	724,40	572,90	Relx	610,00	+0,55	6006,0	4034,0						JPMorgan Chase	208,75	+0,43	225,48	135,19																													
						Iberdrola	13,72	+1,44	13,80	9,44	Richtomont	119,85	+0,84	151,10	102,95						McDonald's	293,76	-0,99	302,39	243,53																													
						Inditex	51,04	+1,31	51,36	32,32	Rio Tinto	4.789,50	+0,32	5910,0	4059,0						Merck & Co.	118,16	+1,17	134,63	99,14																													
						Infinion NA	29,99	+3,22	39,35	27,07	Roche Hold. GS	266,20	+0,80	288,20	212,90						Microsoft	435,44	+0,95	468,35	309,45																													
						ING Groep	16,46	+0,98	17,24	11,43	Safran	202,50	-0,39	218,90	142,32						Nike	80,36	+0,70	123,39	70,45																													
																					Procter & Gamble	175,81	-0,88	177,94	141,45																													

SWITCHLIST

Karl Gedlicka

20.15 **BIOPIC**
Don't Worry, weglaufen geht nicht (*Don't Worry, He Won't Get Far on Foot*, USA 2018, Gus Van Sant) John Callahan (Joaquin Phoenix) führt ein exzessives Leben – bis er betrunken einen Autounfall verursacht und fortan im Rollstuhl sitzt. Während einer Entziehungskur beginnt er zu zeichnen, seine respektlosen Karikaturen sorgen für Begeisterung wie Entrüstung. Gus Van Sants (*Good Will Hunting*) anarchisches Biopic basiert auf der gleichnamigen Autobiografie Callahans. Eine Doku über den Hauptdarsteller, *Joaquin Phoenix – Schauspieler der Extreme*, ist im Anschluss zu sehen. **Bis 22.05, Arte**

20.15 **REPORTAGE**
Dok 1: Wo ist mein Packerl? Ist es Systemversagen oder Faulheit, wenn ein Packerl sofort im Abholshop landet? Lisa Gadenstätter geht der Frage nach, wie es hinter den Kulissen mit der Zustellung von Packerln aussieht, wer die Menschen sind, die Pakete liefern, und wie ihr oft sehr anstrengender Arbeitsalltag aussieht. **Bis 21.05, ORF 1**

21.05 **MAGAZIN**
Wahl 24 – Ansichtssache Anlässlich der Nationalratswahl eine weitere Konfrontation nicht von Politikern, sondern von Wählenden aus unterschiedlichen Lebenswelten und Milieus. Dieses Mal treffen eine SPÖ-Wählerin und ein Neos-Wähler aufeinander. **Bis 21.55, ORF 1**

21.55 **MUSIKDOKU**
Bruce Springsteen, der amerikanische Freund Bruce Springsteen wird demnächst 75, und die neue französische Doku spürt mit einem Puzzle von Interview- und Konzertauf-

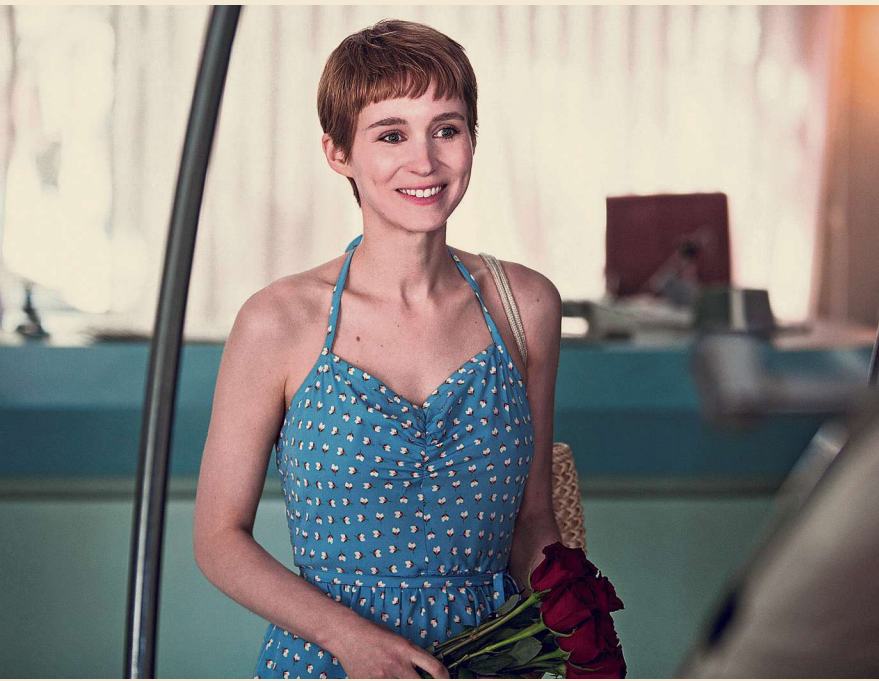


Foto: Amazon Content Serv. / Scott Patrick Green

Rooney Mara als Physiotherapeutin Annu in Gus Van Sants Biopic „Don't Worry, weglaufen geht nicht“: Arte, 20.15 Uhr.

schnitten dem gerne Boss genannten Musiker aus New Jersey nach, der einst als die Zukunft des Rock 'n' Roll ausgerufen wurde. **Bis 22.55, ORF 1**

22.30 **MAGAZIN**
Weltjournal: Die Trump-Anklage – Verschwörung gegen die Vereinigten Staaten Am 6. Jänner 2021 stürmte ein Mob Trump-Anhänger das Kapitol in Washington. Mit Donald Trump ist erstmals in der US-Geschichte ein ehemaliger Präsident und aktueller Präsidentschaftskandidat vor einem Bundesgericht angeklagt. Ab **23.30** beleuchtet die Doku **Nicht jede Stimme zählt** den Angriff auf das US-Wahlrecht. **Bis 0.20, ORF 2**

RADIO-TIPPS

17.00 **MAGAZIN**
Vienna REC: Alternativen zu Fellner, Dichand und Co. Mit Lea Susemichel (*An.Schläge*), Jenny Legenstein (*Augustin*), Michael Zangerl (*skug*), Loren Ballhorn (*Jacobin*), Sonja Luksik (*Tagebuch*) und Ulli Weish (Radio Orange 94.0). **Bis 18.40, Radio Orange 94.0**

19.05 **MAGAZIN**
Dimensionen: Jakarta – Eine versinkende Stadt zieht um (2) Bevor Jakarta im Meer untergeht, soll Indonesiens Hauptstadt umziehen. **Bis 19.30, Ö1**

ORF 1

18.45 **16:9 Q1 Ein Hinweis ist falsch**

19.30 **Zeit im Bild**

19.56 **Sport aktuell**

20.02 **ZIB Magazin**

20.15 **Wo ist mein Packerl?**

21.05 **16:9 Ansichtssache** meine Wahl, deine Wahl: SPÖ-Wählerin trifft auf NEOS-Wähler. Mit Gerlinde Ananijev, Sebastian Kraft

21.55 **16:9 Bruce Springsteen – Der amerikanische Freund** Dokumentation

22.55 **ZIB Flash**

23.05 **Autopsie Spezial: Die letzten Stunden** von Robin Williams

23.50 **ZIB Flash**

23.55 **S.W.A.T.** Actionserie. Mission in Tokio

0.40 **MacGyver** Actionserie. Quarantäne

ORF 2

18.59 **16:9 Bundesland heute Service Magazin**

19.00 **16:9 Bundesland heute Magazin**

19.30 **Zeit im Bild**

19.56 **16:9 Sport aktuell**

20.05 **Seitenblicke** Magazin

20.15 **16:9 Die Bergretter** Abenteuerserie. Unter Verdacht

21.50 **Tierisch prominent** César Sampson und seine Yorkshire-Terrier Balloo & Benny

22.00 **ZIB 2**

22.30 **Die Trump-Anklage – Verschwörung gegen die Vereinigten Staaten** Doku

23.30 **16:9 Nicht jede Stimme zählt – Angriff aufs US-Wahlrecht** Dokumentation

0.20 **Marshall** Biografie (CHN/HK/USA 2017)

ORF III

9.05 **Politik Live** Nationalratssitzung

19.40 **Kultur heute**

20.15 **Rund um die Seckauer Alpen** Dokumentation

21.05 **Rund um das Alpbachtal** Doku

21.55 **Durchs Gadertal bei Alta Badia** Doku

22.45 **Treffpunkt Medizin** Glaube u. Gesundheit

23.35 **Treffpunkt Medizin**

0.20 **Rund um die Seckauer Alpen** Doku

1.10 **Rund um das Alpbachtal** Doku

Servus

19.20 **FD Nachrichten**

19.35 **Quizmaster** Mod.: Andreas Moravec

20.10 **16:9 FD Wetter**

20.15 **16:9 FD Fahndung Österreich** Mord bei der Albertina – Wien / Großbrand in einer Tischlerei – Oberösterreich / Kunstdiebstahl im Ernst Fuchs Museum – Wien

22.15 **16:9 FD Wahl 24**

23.15 **16:9 FD ★ München** Drama (USA/CDN/ F 2005) Mit Eric Bana, Daniel Craig

2.05 **16:9 FD Fahndung Österreich** Mord bei der Albertina – Wien

3 sat

20.00 **FD Tagesschau**

20.15 **16:9 FD Die Welt der Amish – Tradition und Versuchung**

21.00 **Glaube und Geld – Die Mission der Mormonen**

21.45 **Sansibar – Afrikas wilde Schönheit**

22.00 **FD ZIB 2**

ORF 1

Dok 1: Wo ist mein Packerl?

Heute 20:15

arte

18.35 **16:9 FD Wildes Spanien – Durch die Linse zweier Brüder** Doku

19.20 **Arte Journal**

19.40 **Fachkräfte aus aller Welt: Neue Chancen für den Arbeitsmarkt**

20.15 **★ Don't Worry, weglaufen geht nicht** Drama (F/USA 2018)

22.05 **16:9 FD Joaquin Phoenix – Schauspieler der Extreme**

23.00 **16:9 FD Das Herz ist ein einsamer Jäger – Die Schriftstellerin Carson McCullers**

23.55 **16:9 FD ★ Das erste Jahr** Komödie (F 2018)

1.25 **Ein Tag in...** (1/2)

RTL

18.45 **FD RTL Aktuell**

19.03 **Das Wetter**

19.05 **Alles was zählt** Soap

19.40 **16:9 GZSZ** Soap

20.15 **Deutschland sucht den Superstar**

22.15 **FD RTL Direkt**

22.35 **16:9 FD stern TV**

0.00 **FD Nachtjournal**

Austria

19.05 **16:9 FD Galileo**

20.15 **16:9 FD TV total**

21.25 **16:9 FD Bratwurst & Baklava – Die Show**

22.30 **16:9 FD comedystreet**

23.00 **16:9 FD comedystreet**

23.30 **16:9 FD jerks.**

0.35 **16:9 FD Bratwurst & Baklava – Die Show**

OKTO

7.00 **Democracy Now!**

20.05 **Ex-Yu in Wien** Magazin

21.05 **eingSCHENkt**

21.35 **Jam the Rock** Magazin

22.10 **Democracy Now!**

23.10 **Afrika TV** Magazin

23.35 **Mein Weg** Gespräch

0.05 **In 9 Tagen um*** Österreich

Ö1

20.00 **FD Tagesschau**

20.15 **16:9 FD Wäldern** Das verschwundene Mädchen. TV-Kriminalfilm (D 2024)

21.45 **16:9 FD Plusminus**

22.15 **FD Tagesthemen**

22.50 **16:9 FD Maischberger**

0.05 **FD Tagesschau**

2DF

19.25 **Hab ich Recht? Drei Richter für alle Fälle**

20.15 **16:9 FD Die große „Terra X“-Show**

21.45 **16:9 FD heute journal**

22.15 **Illegale Deals mit dem „Idiotentest“?**

23.00 **sportstudio UEFA Champions League**

FM4

19.00 **16:9 FD Die Spree-waldklinik** Dramaserie

19.50 **Sat.1 Österreich Akt.** Heinzl und die VIPs

20.05 **Heinzl und die VIPs**

20.15 **16:9 FD Das große Backen Show**

22.55 **TopTen! Der Geschmack-Countdown**

23.55 **Das große Backen**

RADIO

Zur vollen Stunde Nachrichten von DERSTANDARD

6.10 Guten Morgen mit Ö1 **7.00** Morgenjournal

7.33 Guten Morgen mit Ö1 **7.53** Leporello **8.00** Journal um acht **8.20** Pasticcio **9.05** Radiokolleg **10.05** Ausgewählt **11.05** Radiogeschichten **11.30** Vorgestellt **12.00** Mittagsjournal **13.00** Punkt eins **14.05** Das Ö1 Konzert. Chormusik bei den BBC Proms. Vokalkompositionen von John Rutter, Benjamin Britten, John Tavener, Hubert Parry, Charles Villiers Stanford, Edward Elgar u.v.a. **15.30** Moment **16.05** Im Fokus – Religion und Ethik **17.00** Journal um fünf **17.09** Kulturjournal **17.30** Spielräume **18.00** Abendjournal **18.25** Journal-Panorama **19.05** Dimensionen. Jakarta: Eine versinkende Stadt zieht um (2) **19.30** Alte Musik – neu interpretiert. Abschlussabend Klan-raum Waidhofen 2024. Werke von Telemann, Machaut, Hotteterre, Caresana und Dolci **21.00** Passagen **21.55** Schon gehört? **22.00** Nachtjournal **22.08** Radiokolleg **23.03** Sound Art: Lyrik heute. Gedichtzyklus „Fundgruben“ von Elke Lahnitz **0.05** Science Arena **1.03** Ö1 Nachtmusik **3.03** Ö1 Nachtmusik

5.00 Morgengrauen **6.00** Morning Show **10.00** You're at Home, Baby! **13.00** FM4 Hot **14.00** Sounds Like FM4 **17.00** OKFM4 **19.00** Happy Hour. Die FM4 Primetime-Comedy mit Standup Bühne und den besten Comedians aus Social Media und Real Life **20.00** Homepage. Mit Musik, Interviews, Rezensionen und Reportagen **22.00** House of Pain **0.00** Game Podcast **1.00** Sleepless **3.00** Sound Selection Fresh

Was alles in Ihrem STANDARD Abo steckt.

ABO VORTEIL

Wien Modern – Und jetzt alle zusammen

Musik bringt Menschen zusammen. Wie macht sie das? Wie fühlt sich das an? Und warum reden wir nicht viel öfter darüber?

Von 30. Oktober bis 30. November lädt die 37. Ausgabe des Festivals Wien Modern zu inspirierenden Begegnungen von Künstler:innen und Hörer:innen neuer Musik aller Formen und Farben. Rund 120 Veranstaltungen in 14 Bezirken laden zum gemeinsamen Hören, Sehen und Erleben ein.

Normalpreis: EUR 120,- mit Abovorteil: EUR 96,-*

Wien Modern 37
30. Oktober – 30. November

Ticket- & Service-Center des Wiener Konzerthauses und +43/(0)1/24 20 02

WIEN MODERN

www.wienmodern.at

*Gilt nur für bereits bestehende Abos. Bitte weisen Sie beim Ticketkauf Ihre Abovorteilskarte vor.



Foto: Chris Lukaup

DERSTANDARD



Foto: Regine Hendrich

PAY-TV-STREAMINGDIENST

Canal+ mischt die österreichische Streaminglandschaft auf und zeigt Champions-League-Spiele.

KOMMUNIKATION Seite 18

ZEITGENÖSSISCHE MUSIK

Musiktheatertage Wien suchen Nähe zu aktuellen Themen.

Seite 18

„Filme müssen Weltbild nicht bestätigen“

Slash, das Festival des fantastischen Films, findet von 19. bis 29. September in Wien statt. Leiter Markus Keuschnigg im Gespräch über Fiktion und grausliche Dinge in der echten Welt.

INTERVIEW: Jakob Thaller

Wenn Blut spritzt und sich glitschige Eingeweide über die Leinwand verteilen, dann ist wieder Slash-Filmfestival in Wien. Heuer zum 15. Mal – im Filmcasino, dem Metro-Kinokulturhaus und dem Gartenbaukino. Zur Eröffnung am Donnerstag läuft der in Cannes mit dem Preis für das beste Drehbuch ausgezeichnete Body-Horrorfilm *The Substance*. Mit Kultfilmen wie *The Blair Witch Project* oder dem Schwarzenegger Kracher *Commando* (Regisseur Mark L. Lester ist anwesend) und vielen aktuellen Festivalfavoriten geht es dann in allen Variationen des Genrekinos weiter. Leiter Markus Keuschnigg im Folgenden über die Faszination des Verstörenden.

STANDARD: Die Welt ist voller Kriege und Krisen. Warum will man auch im Kino grausliche Dinge sehen?

Keuschnigg: Ich glaube, man braucht solche Filme in diesen Zeiten ganz besonders. Genrekino erlaubt eine gewisse Form des Eskapismus. Gleichzeitig – da stimme ich Guillermo del Toro zu – ist das Genre eine Chiffre, die wie eine Lupe funktioniert, gewisse Dinge fokussiert, aber auch entfremdet. Man kann oft klarer über Dinge reden, wenn man sie nicht genau so benennt, wie sie in unserer Welt geschehen. In einer Welt, die von Angst durchsetzt ist, ist es schon ganz gut, wenn man sich in solche Versuchsanordnungen reintraut.

STANDARD: Sie beschränken sich nicht auf Horrorfilme, sondern zeigen „fantastischen Film“: Science-Fiction, Fantasy, Zeichentrick, im Vorjahr war sogar der Familienfilm „Free Willy“ zu sehen. Was macht einen Slash-Film aus?

Keuschnigg: Wir suchen verhaltensauffällige Filme. Wir suchen nach Filmen, die einen Charakter haben, nach etwas riechen, nach etwas schmecken und einen auch beleidigen und herausfordern. Ich suche nicht nach guten Filmen. Ich suche nach besonderen Filmen, die uns im Programmteam etwas erzählen. Das ist keine Best-of-Liste von Filmen, die uns im Team am besten gefallen.



Foto: Slash-Filmfestival

Im Horror-Comedy-Musical „Chainsaws Were Singing“ aus Estland werden zwei Verliebte buchstäblich getrennt. Zu sehen am Freitag (28. 9.) um 23 Uhr im Filmcasino.

Das sind Filme, von denen wir finden, dass sie ein breiteres Publikum verdient haben und zu dieser Idee passen, die wir mit dem Slash insgesamt verfolgen.

STANDARD: Als Preis wird beim Slash-Filmfestival „Die goldene Urne“ vergeben. Ist Slash das weltweit einzige Filmfestival, das von einem Bestattungsunternehmen gesponsert wird?

Keuschnigg: Mir wäre noch nichts dergleichen untergekommen. Für uns ist es ein Glücksfall, dass wir diesen Sponsor gefunden haben. Die letzten Jahre haben wir bereits mit diesem zusammengearbeitet und hatten bei der Eröffnung Särge zum Probieren. Bis 2019 gab es einen dotierten Wettbewerb, aber nach Corona war es durch die generell schwierige wirtschaftlichen Situation nicht mehr möglich, einen Spender zu finden. Deswegen haben wir mit der Bestattung gesprochen – für uns eine ideale Lösung.

STANDARD: Die Retrospektive *Fake Truths* zeigt Found-Footage-Filme, in denen mit vermeintlich gefundenem

Material gearbeitet wird. Das Verschwimmen von Wirklichkeit und Fiktion ist in Zeiten Künstlicher Intelligenz ein Thema.

Keuschnigg: Ich wollte ein Genre zeigen, in dem diese Auflösung der Realität schon immer ein wesentlicher Bestandteil war. Dass man mit gefundenem Material etwas Neues macht, war bereits Teil des Avantgarde-Kinos der 1960er. Das Genrekino hat sich diese Erzählform aber angeeignet, der Anlass für die Retrospektive ist das 25. Jubiläum von *The Blair Witch Project*. In den 2010er-Jahren waren dann schon viele Menschen von diesen Wackelkamerafilmen genervt. Mir wurde dabei aber nie langweilig.

STANDARD: In den letzten Jahren ist Genrekino immer mehr in den Mainstream gerückt.

Keuschnigg: Diese Bewegung fällt genau in den Zeitraum, seit es uns gibt. Mittlerweile wird Genrekino breiter wahrgenommen, Filme wie *Get Out* und Regisseure wie Guillermo del Toro gewinnen Oscars. Als wir 2009 begonnen haben, musste man nur „Horror“ sagen, und die

Sponsoren sind schreiend davongelaufen, so was war damals nicht förderungswürdig. Genrekino ist Kommerz, und Kommerz ist keine Kunst, hieß es. Was wir zeigen, hat sich nicht großartig verändert, aber im Genrebereich gibt es insgesamt mehr Vielfalt.

STANDARD: Ihr diesjähriger Eröffnungsfilm „The Substance“ mit Demi Moore wurde in Cannes mit dem Drehbuchpreis ausgezeichnet. Setzen Sie vermehrt auf publikumswirksame Filme, wenn man als Festival wächst?

Keuschnigg: Wir sind ein geförder-tes Festival, aber der Ticketerlös war von Anfang an ein wichtiger Pfeiler unserer Finanzierung. Natürlich wollen wir nicht nur ganz schräge Filme zeigen. Trotzdem unternehmen wir wahnsinnige Dinge, wo wir im Vorhinein wissen, da kommen nicht viele Menschen. Wir zeigen heuer etwa die neunstündige Webserie *The Marble Hornets*, die jeder auf Youtube sehen kann. Filme, die ein größeres Publikum anziehen, ermöglichen uns, dass wir wieder Wahnsinn treiben können.

STANDARD: Gibt es Filme, die Sie nicht zeigen würden?

Keuschnigg: Ich sage, dass ich für jeden woken Film einen reaktionären Film im Programm haben möchte. Bis auf eine grundsätzlich humanistische Überzeugung, die hoffentlich so viele Menschen wie möglich teilen, sind wir nicht hier, um Ideen oder Ideologien zu propagieren. Weder die eine noch die andere. Ein Film wie *Class of 1984*, in dem ein Lehrer aufmüpfige Jugendliche erschießt, darf im Programm gleichrangig neben dem queeren Hyperpop-Musical *Queens of Drama* stehen. Ich will mein Weltbild nicht von Filmen bestätigt bekommen.

STANDARD: Geht ein umstrittener Film wie „Cannibal Holocaust“, in dem echte Tiertötungen zu sehen sind, zu weit?

Keuschnigg: Vieles möchten wir kontextualisieren, das wird moderativ geschehen. Ich gehe schon von der Mündigkeit des Einzelnen aus, wenn man sich in einen Film mit dem Titel *Cannibal Holocaust* setzt. Selbst wenn die indigene Bevölkerung darin primitiv romantisiert wird, ist die Erzählung selbst eine Kritik daran, wie die sogenannte zivilisierte Welt mit der wilden Welt umgeht. Bei einem Festival unseres Zuschnitts wüsste ich gar nicht, wo man mit Warnhinweisen anfangen und aufhören soll.

STANDARD: Warum soll man sich absichtlich verstören lassen?

Keuschnigg: Wir sind 2010 mit dem Slogan „Kino muss wieder gefährlich werden“ angetreten. Ich finde nach wie vor, dass besonders spitz zugeschnittene Filme ihren Platz haben. Solche Filme kann man genießen, selbst wenn in der Welt gerade Bedrohliches vor sich geht. Verstörung kann eine Produktivkraft sein, davon bin ich überzeugt.

MARKUS KEUSCHNIGG

war bis 2016 als Filmkritiker für „Die Presse“ und Radio FM4 tätig. 2010 gründete er das Slash-Filmfestival in Wien. 19.–29.9.



Foto: Slash-Filmfestival

KulturTipp

Ihre Experten für österreichische Kunst.

Jetzt Werke der Klassischen Moderne und Zeitgenössischen Kunst einbringen.

Kontaktieren Sie uns für eine kostenlose und unverbindliche Schätzung. Schicken Sie uns Fotos oder rufen Sie uns an. Einbringung bis 30. September.

Klassische Moderne | Mag. Claudia Mörth-Gasser
moerth-gasser@imkinsky.com
+43 1 532 42 00-14

Zeitgenössische Kunst | Mag. Astrid Pfeiffer
pfeiffer@imkinsky.com
+43 1 532 42 00-13

Auktionshaus im Kinsky
Freyung 4, 1010 Wien
office@imkinsky.com
T: +43/01/532 42 00



imKinsky



Werner Berg, verkauft in der Auktion um EUR 125.000,-



Martha Jungwirth, verkauft in der Auktion um EUR 105.500,-

„Ich verstehe den Unmut der Fans schon“

Thomas Trukesitz, Sportchef von Canal+, spricht über die Rechte des Pay-TV-Senders an der Champions League, seine Zeit mit ÖFB-Teamchef Ralf Rangnick und darüber, warum sich Fußballkommentatoren zurücknehmen sollten.

INTERVIEW: Oliver Mark

Mit dem französisch-österreichischen Sender Canal+ mischt ein neuer Player im Konzert der Sportrechte mit. Der Pay-TV-Streamingdienst überträgt mittwochs exklusiv ein Match der Champions League und am Donnerstag die Europa League sowie Conference League. Zum Auftakt gastiert am Mittwoch Red Bull Salzburg bei Sparta Prag. Canal+ kooperiert mit dem ORF für eine gemeinsame Highlightshow donnerstags.

STANDARD: *Vergangene Saison hat Servus TV am Mittwoch Spiele der Champions League übertragen, jetzt regiert mit Canal+ und Sky nur noch das Pay-TV. Verstehen Sie den Ärger?*
Trukesitz: Ich verstehe den Unmut der Fans schon. Ich ärgere mich auch darüber, dass ich pro Jahr 500 Euro für Sky und fast 400 Euro für Dazn zahlen muss, um alle Spiele der Deutschen Bundesliga zu sehen. Und dann schaue ich mir die Spielpaarungen der Samstagskonferenz an und denke mir, eigentlich interessiert mich keine einzige Partie wirklich. Wir haben bei Canal+ ein faires Angebot für Fußballfans.

STANDARD: *Zum halben Preis in den ersten sechs Monaten?*
Trukesitz: Wenn ich Anleihe bei unserem Bundeskanzler nehme: Ein Big-Mac-Menü bei McDonald's kostet acht Euro oder mehr, und Canal+ kostet im Monat 7,50 Euro. Da gibt es zum Sport noch ein umfangreiches Angebot an Filmen, Serien oder Dokumentationen dazu. Das



Thomas Trukesitz macht es sich bequem für die Champions League. Der Sportchef von Canal+ kommentiert Spiele aus der Königsklasse des Fußballs.

Foto: Regine Hendrich

finde ich fair. Dass der große Fußball im Pay-TV läuft, ist eine globale Entwicklung, die wir im kleinen Österreich nicht stoppen werden. Anders lässt sich der Sport, so wie er jetzt ist, wohl auch nicht finanzieren.

STANDARD: *Es gibt Politiker wie SPÖ-Chef Andreas Babler, die fordern, dass Fußball im Free TV sein muss – per Gesetz. Wie sieht der Sportchef eines Pay-TV-Senders diesen Vorstoß?*
Trukesitz: Man muss das breiter diskutieren. Bei Canal+ haben wir uns

ganz bewusst dazu entschieden, den Medienstandort Österreich zu stärken. Wir sorgen hier für Wertschöpfung, haben in Wien ein Studio gebaut. Ein sehr schönes. Wir arbeiten mit österreichischen Produktionsfirmen zusammen und schaffen Arbeitsplätze. Natürlich gibt es Menschen, die sagen, ich schaue mir das auf einem illegalen Stream an.

STANDARD: *Ralf Rangnick ist im Expertenteam. Sie waren bis nach der EM sein Pressesprecher und der des*

ÖFB. War es einfach, ihn zu rekrutieren? Oder nur eine Frage des Geldes?
Trukesitz: Nein, überhaupt nicht. Es war recht einfach, weil er Lust darauf hatte. Er ist ein Fußballverrückter und schaut sich sowieso alles an.

STANDARD: *Wie charakterisieren Sie den ÖFB-Teamchef?*
Trukesitz: Ralf ist eine faszinierende Persönlichkeit und ein richtig netter Mensch. Bevor ich ihn näher kennenlernen konnte, hatte ich ein anderes Bild von ihm, weil in der ÖF-

fentlichkeit ein anderes von ihm gezeichnet wurde. Er möchte in seinem Job immer das Optimum herausholen. Er fördert und fordert – im positiven Sinne. Es ist beeindruckend, mit wie viel positiver Energie er immer zielorientiert seinem Optimierungsgedanken folgt. Und dabei ist er noch ein herzenswarmer, sympathischer Kerl.

STANDARD: *Sie kommentieren auch Spiele. Worauf achten Sie?*
Trukesitz: Als Sportjournalist muss man sich immer dessen bewusst sein, dass man moderiert oder kommentiert, weil Fußball gespielt wird. Es wird nicht Fußball gespielt, weil ich kommentiere. Die Herangehensweise muss sein, für die Zuseher eine tolle Sportart begleiten zu dürfen.

STANDARD: *Die Moderatoren und vor allem auch die Kommentatoren polarisieren extrem.*
Trukesitz: Wenn man zart besaitet ist, darf man kein Fußballkommentator werden, das ist klar. Kommentierst du ein Wiener Derby zwischen Austria und Rapid, bist du vom Resultat abhängig. Wenn dich die Hälfte der Zuseher nach einem Spiel nicht schimpft, dann hast du gewonnen. Als Fußballkommentator ist man in einer ähnlichen Rolle wie der Schiedsrichter.

THOMAS TRUKESITZ (51) ist Sportchef von Canal+. Der Moderator und Kommentator war zuvor beim ÖFB, Sky/Premiere und dem ORF Burgenland.
➡ **Langfassung:** [derStandard.at/Etat](https://derstandard.at/Etat)

Krieg, Klima und andere Katastrophen

Die Musiktheatertage Wien widmen sich Themen der Zeit, etwa in einer Oper über eine Staudammsprengung

Christoph Irrgeher

Alles verkauft sich besser mit dem Wörtchen „neu“ – nur nicht eine Oper. *Carmen*, *Bohème*, *Tosca*? Sind seit Urgroßvaters Zeiten Kassenknüller. Aber eine Oper aus heutiger Feder? Genießt beim Abopublikum, so scheint's, ähnlich schlechte Sympathiewerte wie ein lauwarmes Schluck Bier – und wird von den großen Repertoirehäusern weitgehend gemieden. Doch was die großen Tanker scheuen, findet hierzulande in kleineren Kähnen des Kulturbetriebs beherzte Fürsprecher. Etwa beim Sirene-Operntheater: Die freie Truppe hat seit dem Jahr 2004 mehr als 50 Uraufführungen aus dem Boden abgegener Spielstätten gestampft. Und auch die Musiktheatertage Wien, seit 2015 aktiv, kommen

einem in diesem Zusammenhang in den Sinn. Wobei: Das Festival von Thomas Desi und Georg Steker verzichtet bewusst auf Opern herkömmlichen Zuschnitts, also auf Abende mit Orchester, Arien und Brötchenbuffet. Trademark ist hier vielmehr, aus der Fülle zeitgenössischer Musikgenres und Erzählformen neue Mischungen zu gestalten. Bedeutet konkret? Dass der Festivalgast etwa in einer Performance mit wummernden Elektrobeats landen kann – recht fern von der Bühnenästhetik eines Mozart oder Puccini. Dafür suchen die Musiktheatertage betont die Nähe zu brandaktuellen Themen, wie nun auch die heurige Ausgabe ab Mittwoch beweist. *Gaia 24 – Opera del Mondo*, ein Gastspiel der ukrainischen Company Opera Aperta (18. 9.), rückt am Eröffnungsabend neben dem russi-

schen Angriffskrieg entfesselte Naturgewalten ins Zentrum. Historischer Ausgangspunkt: die Sprengung des ukrainischen Kachowka-Staudamms im Vorjahr, mutmaßlich durch die russische Armee. Der Abend im Odeon-Theater will, so heißt es, „das Aufbegehren der Natur gegen die zerstörerische Kraft des Menschen“ verhandeln, nebst Live-Electronics und -Videos kommen dafür auch folkloristische Tänze zum Einsatz.

Sokrates im Plastikmüll

Die geschundene Natur taucht auch in einer Uraufführung aus der Hand von Festivalleiter Desi auf: *Das Atmen der Ozeane* (ab 20. 9. dreimal im Reaktor) versucht mit den Mitteln von Musik, Pantomime und Film eine Verbindung zwischen Plastikmüll, Meeren und Sokrates (!)

herzustellen, wobei das Publikum zur Mitwirkung aufgefordert ist, „vorzugsweise barfuß“. Ebenfalls umweltinteressiert: *The Urban Tale Of A Hippo* (28. 9.). Die litauische Musikperformance will den großen Saal des WUK in einen „multisensorischen Raum“ verwandeln. Die mutmaßlich heiterste Produktion? *Der Simmering* von Alexander Chernyshkov und Philipp Lossau, denn hier schlägt der Fehlerteufel tückisch zu: Ein inspirationshungriger Komponist landet nicht plangemäß am Semmering, sondern in Simmering und dort im wohl unbekanntesten Historienbau der Stadt, nämlich im Schloss Neugebäude. Ebendort sind auch die Aufführungen (ab 25. 9.) angesetzt; Publikumstreffpunkt ist allerdings – sicher ist sicher! – der U-Bahnhof Simmering. 18.–28. 9.

KURZ GEMELDET

Anklage gegen Rapper Sean „Diddy“ Combs

New York – Gegen den mit dem Vorwurf des Menschenhandels und der sexuellen Gewalt konfrontierten US-Rappers Sean „Diddy“ Combs wurde nach seiner Festnahme nun am Dienstag eine Anklageschrift veröffentlicht, wie u. a. die *New York Times* berichtet. Demnach wird der 54-Jährige beschuldigt, ein „kriminelles Unternehmen“ zu betreiben, das „Frauen bedrohe und missbrauche“. Sein Anwalt sprach von einer „ungerechten“ strafrechtlichen Verfolgung seines Mandanten. (APA)

G7-Treffen der Minister für Kultur in Neapel

Neapel – Themen beim G7-Treffen der Kulturminister und -innen vom 19.–21. 9. in Neapel sind der Wiederaufbau in der Ukraine, die Auswirkungen der Künstlichen Intelligenz (KI), der Klimawandel und die nachhaltige Entwicklung in Afrika. (APA)

KulturTipp

Highlights der ersten Woche im steirischen herbst: Ari Benjamin Meyers, La Fleur, Franz von Strolchen

19. 9.–22. 9.: Die 57. Ausgabe steht unter dem Titel **Horror Patriae**. Das heurige Festival für zeitgenössische Kunst will mit seinem vielschichtigen Programm das dünne Papier des Vaterlandes mit poetischem Witz und disruptivem Diskurs durchleuchten. In mehr als 400 Veranstaltungen hinterfragt der steirische herbst '24 allgegenwärtige Narrative, wie das der autochthonen Nation oder die scheinbare Notwendigkeit der „Wurzeln“. Er will das Künstliche im Authentischen und den hierarchischen Willen in den „grass roots“ zum Vorschein bringen und den Boden, auf dem Nationalismus und andere Ismen wachsen, analysieren. Gleich am Eröffnungswochenende untersucht das transnationale Ensemble **La Fleur** mit ihrer Performance **The Phantom of the Operetta** den gesellschaftspolitischen Kontext der späten Wiener Operette und ihren

zeitgenössischen Nachhall anhand von Emmerich Kálmán. Kálmán, ein ungarischer Jude, war der erfolgreichste Komponist Wiens, bevor er vor den Nazis in die USA flüchtete. Ausgehend von seinem Leben und Werk singen, tanzen und analysieren die Darsteller:innen – begleitet von einem Streichquintett – die Operette aus einer postkolonialen Perspektive. **Am Freitag, 20. 9. und Samstag 21. 9., jeweils um 19:00 Uhr,** erkundet der New Yorker Künstler **Ari Benjamin Meyers** in **Nation of Sleep** das metaphorische Potenzial des Schlafs in unsicheren, schlaflosen Zeiten und ermöglicht eine atmosphärische Begegnung zwischen den Generationen, die um Träume, Albträume, Zukunftssängste und Ohnmachtsgefühle kreist. Die Performance-Installation – für die Tom McCarthy einen Monolog geschrieben hat – lädt das

Publikum zum kollektiven Nachdenken über die Herausforderungen unserer Zeit ein und eröffnet den Raum für einen symbolischen Weckruf, indem Kinder in einer Rollenumkehr Erwachsene in den Schlaf singen, und das in einer Tennishalle. Mit einem zwölfköpfigen Gamelan-Orchester und einem Performer aus Jakarta zeichnet **Franz von Strolchen** die Reise des Grazer SC Straßenbahn – einer der größten steirischen Fußballvereine der Zwischenkriegszeit – durch Niederländisch-Indien (heute Indonesien) im Jahr 1934 als tragikomische Geschichte des österreichischen Imperialismus nach. Die Performance **EMPIRE: Rooting for the Anti-Hero** findet an insgesamt fünf Abenden statt, beginnend mit dem **22. 9.**

www.steirischerherbst.at



Foto: La Fleur, The Phantom of the Operetta (2024), Performance.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

Ein Sieg, der kein Sieg ist

Kamala Harris mag sich in der Debatte mit Donald Trump gut geschlagen haben. Entschieden wird die Präsidentschaftswahl aber nicht im TV-Studio. Die Mobilisierung in den Swing-States ist nach wie vor entscheidend.

Mitchell G. Ash

Die Einordnungen der sogenannten Debatte zwischen Kamala Harris und Donald Trump sehen unisono eine Siegerin: Harris hat „gewonnen“. Auch für den STANDARD war es ein „Punktesieg“ (Titelseite, 12. 9. 2024), in einem Gastkommentar war sogar von Donald Trump als „Wrestler“ die Rede. Gerade diese Wortwahl ist entlarvend. Eine Debatte im eigentlichen Wortsinn, in der Argumente über Sachfragen ausgetauscht werden und die Zuschauerinnen und Zuschauer daraus mit etwas Glück ihre bisherigen Kenntnisse vertiefen können, sind diese Fernsehduelle seit ihrem Anfang im Jahre 1960 niemals gewesen. Vielmehr hat es sich schon immer um eine Art mediales Spitzensportevent gehandelt.

Im Falle der Debatten in den USA scheint tatsächlich das Modell der dort bekannten Fernsehshow *World Wide Wrestling* wirksam zu sein: Wer den Gegner / die Gegnerin dominiert, hat „gewonnen“. Trump wusste das immer schon. Gegen Hillary Clinton wandte er das Modell sogar physisch an, indem er sich an sie immer wieder annäherte, um sie beim Reden zu verunsichern. Diesmal haben ihm die Spielregeln so etwas verboten, aber er versuchte tatsächlich einmal, Harris mit ihren eigenen Waffen zu treffen: Als sie gegen die Regeln verstieß und etwas kommentierte, während er redete, sagte er, „ich rede jetzt“ – genauso, wie sie das bei anderen Anlässen immer wieder getan hat –, und fügte hinzu: „Kommt das Ihnen bekannt vor?“ Es hat ihm aber nicht geholfen.

Es war die Strategie des Harris-Teams, Trump zu provozieren, und er ließ sich immer wieder irritieren. Das ging sofort los, als Harris sich Trump namentlich vorstellen wollte, auf ihn zuzuging und ihm die Hand ausstreckte. Das war eine bewusste Umkehrung der physischen Annäherungstaktik Trumps gegen Clinton, angereichert damit, dass Trump nunmehr den Namen von Harris, den er stets bewusst – aus Respektlosigkeit – falsch ausspricht, richtig ausgesprochen hören musste.

Einstudierte Stehsätze

Aber die im Allgemeinen sehr souveräne Leistung von Harris war inhaltlich und zum Teil auch als Performance nicht ganz unproblematisch. Die erste durchaus ernstzunehmende Frage der Moderation

danach, ob sie der Meinung sei, dass es den US-Amerikanerinnen und -Amerikanern besser gehe als vor vier Jahren, beantwortete sie nicht. Stattdessen gab sie, wohl wie geplant, eine Reihe einstudierter Stehsätze aus ihrer Standardwahlkampf- rede von sich. Das wirkte hölzern, und sie war auch sichtlich nervös. Das änderte sich zwar im Debattenverlauf. Doch selbst dann, als sie in Fahrt kam und streckenweise sogar Spaß am Angriff zu haben schien, fehlte es ihr punktuell an Schärfe und Schlagfertigkeit. Gegen die wilde Behauptung Trumps, unter Präsident Joe Biden werde die Wirtschaft der USA zerstört und die Inflation in die Höhe getrieben, wäre es angebracht gewesen, nüchtern und präzise das tatsächlich hohe Wachstum, die niedrigen Arbeitslosenzahlen und die derzeit ebenfalls niedrige Inflationsrate in den USA anzuführen. Sie hätte sogar ruhig behaupten können, dass die Inflation nun endlich besiegt worden sei.

Dass dies alles gefehlt hat, scheint System gewesen zu sein. Anscheinend meint ihr Wahlkampfteam, dass viele Wählerinnen und Wähler diesen Zahlen keinen Glauben schenken und das Wachstum und die Stärke der US-Wirtschaft nicht spüren. Leider ist diese Einschätzung nicht falsch. Großen Teilen der Bevölkerung erscheint die dystopische Erzählung Trumps von einer Zerstörung der USA stimmig,

„Großen Teilen der Bevölkerung erscheint die dystopische Erzählung Trumps von einer Zerstörung der USA stimmig.“

denn das Wachstum ist bekanntlich eher denjenigen zugutegekommen, die schon wohlhabend sind; es ist auch regional ungleich verteilt. Außerdem kommt der schroffe Ton Trumps bei vielen männlichen Wählern als Zeichen der Stärke an.

Sieg Trumps

Daher besteht nach wie vor die Gefahr, dass Harris zwar in wählerstarken Bundesstaaten wie Kalifornien und New York große Mehrheiten gewinnen, aber im berühmten Electoral College trotzdem verlieren könnte. Darauf läuft die Stellungnahme des ehemaligen Arbeitsministers Robert Reich hinaus. Er zielt dabei den bekannten Umfrageexperten Nate Silver, der gerade wegen des zugunsten der ländlichen Bundesstaaten gebauten Wahlmännersystems der USA einen Sieg Trumps mit einer Wahrscheinlichkeit von 60 Prozent vorhersagt. So weit geht allerdings ansonsten niemand; auch die von Silver gegrün-

dete Firma 538 (die er nicht mehr leitet) schätzt die Chancen von Harris positiver ein.

In jedem Fall ist es klar, dass der Sieg von Harris in dieser Debatte für einen Sieg im November nicht ausreichen wird. Vielmehr kommt es ganz auf die sieben bis neun Swing-States an, und in den dortigen Umfragen liegen die Unterschiede zwischen Trump und Harris ausnahmslos innerhalb der Schwankungsbreite.

Debatte hin oder her, es handelt sich also nach wie vor um eine Mobilisierungswahl in diesen Bundesstaaten – die Partei, die die meisten Wählerinnen und Wähler dort zur Urne holt, wird siegen. Das wird auch für die Wahlen zum Kongress und zum Senat der Fall sein. Und ohne Mehrheiten in beiden Häusern wird ein Sieg von Harris bestenfalls von symbolischer Bedeutung sein.

MITCHELL G. ASH ist emeritierter Professor für Geschichte der Neuzeit an der Universität Wien.



Stellte sich namentlich bei ihrem Konkurrenten Donald Trump vor: Vizepräsidentin Kamala Harris.

HANS RAUSCHER

Den Menschen etwas zumuten



Niemand, der noch bei klarem Verstand ist, leugnet mehr, dass die extremen Wetterphänomene – glutheißer Sommer, Wassermassen und Sturm Mitte September – vom menschengemachten Klimawandel entscheidend mitverursacht werden. Alle Expertinnen, die in den letzten Tagen in den Medien aufgetreten sind, erwähnen den Einfluss des aufgeheizten Mittelmeers.

Die Frage ist, was wir daraus machen. Wir, die Bürgerinnen und Bürger, und die Entscheidungsträger – von der Politik bis zur Wirtschaft. Öster-

reich ist wieder einmal an einem Wendepunkt angelangt und muss jetzt etwas tun, was wir meist sehr ungern tun, nämlich einen neuen Weg einschlagen.

Das haben wir in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder gemacht (machen müssen). Wir haben uns in grauen Nachkriegsjahren zum Beispiel entschlossen, zum Westen gehören zu wollen. Das war nicht so selbstverständlich, wie es heute scheint. Das war (und ist) angesichts der autoritären Vergangenheit und der persönlichen Grundstruktur vieler Landsleute keine Selbstverständlichkeit gewesen. Ist es immer noch nicht, weil die autoritäre Versuchung etwa einem Viertel bis Drittel (wieder) ganz akzeptabel erscheint.

Dann haben sich die strukturell konservativen Österreicher entschlossen, einer SPÖ und ihrem Vertreter Bruno Kreisky zuerst eine relative und dann drei absolute Mehrheiten zu geben. Sie wollten gesellschaftliche Modernisierung, denn dafür stand Kreiskys Sozialdemokratie. Wieder einige Jahrzehnte später ließen sich die anfangs eher skeptischen Österreicher von zwei weitblickenden und entschlossenen Führungspersonlichkeiten, Alois Mock von der ÖVP und Franz Vranitzky von der SPÖ, überzeugen, dass Österreich trotz aller Bedenken in die EU soll. 66,6 Prozent stimmten vor 30 Jahren dafür.

Das waren Entscheidungen von größter Tragweite, umgesetzt von Entscheidungsträgern mit Visio-

nen. Leopold Figl, Julius Raab, Kreisky, Mock, Vranitzky, auch Erhard Busek mit seinem Osteuropa-Konzept und andere zeigten sich der Herausforderung gewachsen.

Wie steht es damit heute? Wir haben drei große Herausforderungen. Es muss gelingen, ein zugleich realistisches wie halbwegs humanitäres Konzept für die Zuwanderung zu entwickeln; die notwendige Modernisierung der österreichischen Wirtschaft, vor allem der Industrie, verlangt nach Aktion. Und schließlich müssen wir unser Verhalten endlich darauf einstellen, dass das Klima sich dramatisch ändert.

Wer setzt das um? Hier könnte eine Jeremiade folgen, wie kleingeistig, populistisch und entschei-

dungsscheu die Politik geworden ist; dass es an großen Persönlichkeiten fehlt usw. Das sparen wir uns. Mit einigen – allerdings großen – Ausnahmen sehen wir keine zynischen Machtmenschen und bösartigen Demagogen. Wir sehen nur solche, die sich vor diesen Demagogen und deren Wirkung auf das Volk fürchten. Die deshalb glauben, sie müssten auch irgendwie populistisch sein.

Ein Irrtum. Wer den Mut findet, angesichts der großen Herausforderungen eine klare Sprache zu sprechen und durchdachte Lösungen anzubieten, der kann der österreichischen Bevölkerung auch etwas zumuten. Sie muss nur das Gefühl haben, dass da jemand weiß, wovon er redet. hans.rauscher@derStandard.at

MERZ IST KANZLERKANDIDAT

Söder muss schweigen lernen

Birgit Baumann

Endlich ist die Katze aus dem Sack. CDU-Chef Friedrich Merz hat das Fingerhakeln und Tauziehen mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder für sich entschieden und wird als Kanzlerkandidat der Union den amtierenden deutschen Regierungschef Olaf Scholz herausfordern. Aus CDU-Sicht war das schon länger klar. Trotzdem hat Söder es lange nicht geschafft, sich aus dem Rennen zu nehmen, und das Kandidatensüppchen gerne weiter am Köcheln gehalten. Doch bei allen Differenzen einte die Kontrahenten Söder und Merz eines: Die Kandidatenkür sollte nicht wieder so katastrophal ablaufen wie im Jahr 2021, als sich Söder und der damalige CDU-Chef Armin Laschet auf offener Bühne zofften.

An der Seitenlinie beim Duell Merz vs. Söder stand auch der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU). Auf ihn hatten die wenigsten gesetzt. Er ist noch jung und wohl auch zu grün, schließlich regiert er in Düsseldorf mit den Grünen. Diese aber sind im Moment in der Union eher out, man will sich als klares Gegenangebot positionieren.

Natürlich hätte es auch ein paar Argumente für Söder gegeben. Etwa dass er beliebter ist als Merz. Auch seine Regierungserfahrung in einem großen Bundesland schlägt zu Buche. Merz hingegen hat überhaupt noch nie regiert und nicht einmal als Kleinstadtbürgermeister Erfahrungen gesammelt. Andererseits: Merz ist, seit er die CDU 2022 übernommen hat, kein Totalausfall. Es gab also keinen Grund für die größere CDU, sich händeringend und verzweifelt an Söder – den Chef der kleineren CSU – zu wenden, damit dieser als rettender Kanzlerkandidat einspringt.

Fände jetzt die Wahl statt, hätte Merz gute Chancen, Scholz als Kanzler abzulösen. In Umfragen ist die Union doppelt so stark wie die SPD. Doch bis zur Wahl in einem Jahr vergeht noch einige Zeit, es kann viel passieren. Merz muss auch erst seine Rolle zwischen Oppositionschef und Staatsmann finden, ebenso eine thematische Linie für den Wahlkampf.

Söder merkte man bei der Präsentation von Merz als Kanzlerkandidat an, dass ihm das Zurückstecken nicht leichtfällt. Er befand sich und Merz für gleichermaßen tauglich, aber der CDU-Chef habe „historisch“ das „größere Recht“ zum Zugriff. Ganz sicher kann man nicht sein, ob der Bayer seinen Job tatsächlich verinnerlicht hat. Der heißt: einfach mal den Mund halten und sich wirklich hinter Merz stellen.

DIE KÜNFTIGE EU-KOMMISSION

Eine harte Mission

Thomas Mayer

Magnus Brunner wird EU-Innenkommissar, sofern der zuständige Ausschuss des Europäischen Parlaments dem nach seiner Anhörung zustimmt. Der österreichische Finanzminister sollte also bis 2029 vor allem für die Umsetzung des im Frühjahr beschlossenen großen EU-Migrationspakets zuständig sein. Das ist eine in jeder Hinsicht harte Mission. Diese Personalie war Dienstag wohl eine der größten Überraschungen, mit der Präsidentin Ursula von der Leyen bei der Präsentation des Vorschlags für ihr neues Team in Brüssel aufwartete.

Brunner, ein promovierter Jurist, hat in seinem Leben schon vieles gemacht. Er ist hochqualifiziert, so sehr die Opposition auch schimpft und höhnt. Aber es bleibt ein Faktum: Mit Migration und Asyl hatte Brunner bisher wenig bis gar nichts zu tun, anders als die derzeitige Kommissarin Ylva Johansson, die in Schweden zuvor Innenministerin war.

Dennoch fiel auf: Bei von der Leyen hat Brunner einen hohen Vertrauensvorschuss. Sie traut ihm zu, über ausreichend Kompromissfähigkeit und Verhandlungsgeschick bei einem der schwierigsten Dossiers in Europa zu verfügen. Das kann man einem Finanzminister auch zutrauen. Er muss ein Ressort politisch führen, nicht Fachmann sein. Scheitern ist für ihn quasi verboten. Sonst würden die rechten Radikalen noch mehr jubeln.

Diese Zuteilung des Migrationsportfolio zeigt aber auch, dass die Methode, wie eine EU-Kommission ins Amt kommt, dringend reformiert werden muss. Derzeit ist es so, dass Regierungen und Parteichefs ihre Kandidaten ohne Rücksicht darauf ernennen, ob sie ins Konzept der Kommissionschefin passen oder nicht. So hat die Regierung in Wien nur Brunner nominiert, nicht auch Europaministerin Karoline Edtstadler. Welch Ironie: Die frühere Innenstaatssekretärin hätte perfekt gepasst.

Aber von der Leyen muss nach jahrzehntealten Regeln akzeptieren, was Regierungen vorgeben, kann nur Einzelne abwehren oder mit dem Jonglieren von Portfolios ein tragfähiges Team zusammenstellen. Sie brauchte mehr Spielraum. Deshalb wäre eine EU-Strukturreform dringend, auch in anderen Institutionen. Die Zahl der Kommissare sollte reduziert, der nationale Egoismus bei Kommissarsposten eingeschränkt werden.



Alles klar, Herr Kommissar?

Gebt den Flüssen mehr Platz

Renaturierung und mehr Raum für unsere Flüsse können künftige Katastrophen abmildern

Philip Pramer

Sie treffen uns inzwischen in einer traurigen Regelmäßigkeit: Bilder von gewaltigen Fluten, die alles mit sich reißen, was ihnen im Weg steht. Von verzweifelte Menschen, die alles verloren haben und deren Häuser das Wasser unbewohnbar gemacht hat.

Zwar lässt sich kein einzelnes Wetterereignis allein dem Klimawandel zuordnen. Doch Fakt ist, dass die gestiegenen Durchschnittstemperaturen die Frequenz von Extremwetterereignissen wie Hochwassern erhöht haben. Einerseits da aufgrund höheren Temperaturen mehr Wasser verdunstet, andererseits kann warme Luft mehr Wasserdampf aufnehmen. Wenn der Regen dann auf trockenen Boden trifft, kann das Wasser nicht versickern – das verursacht Überschwemmungen, wie wir sie gerade in großen Teilen Österreichs erleben. Doch die Antwort liegt nicht in immer höheren Dämmen oder breiteren Betonrinnen. Sie liegt in einem fundamentalen Umdenken im Umgang mit unseren Flüssen und Bächen.

Dass Österreich in Sachen Gewässerrenaturierung Aufholbedarf hat, ist unter Fachleuten unbestritten. Zwar gab es in den vergangenen Jahren durchaus Leuchtturmprojekte wie etwa am Wiener Liesingbach oder im Nationalpark Donau-Auen. Doch gemessen am Gesamtnetz unserer Fließgewässer sind das bestenfalls erste zaghafte Schritte. Weite Strecken der heimischen Bäche und Flüsse befinden sich nach wie vor im betonharten Korsett scharfkantiger Uferbefestigungen und Schutzdämme.

Das Ergebnis: Wasser fließt schneller ab, hat weniger Möglichkeiten, sich auszubreiten und trifft flussabwärts gelegene Gebiete mit voller Wucht. Naturnahe Retentionsräume, die Wasser speichern und langsam wieder abgeben, könnten künftige Hochwasser entschärfen.

Freilich lässt sich nicht überall alles renaturieren und Retentionsraum schaffen, Renaturierung ist kein Allheilmittel. Neben ihr und baulichen Maßnahmen braucht es auch ein smartes Risikomanagement – etwa eine weitsichtige Raumplanung, damit es nicht noch mehr Gewerbegebiete und Siedlungen an Flüssen und Bächen gibt.

Solche Maßnahmen lösen zwar nicht das Grundproblem des immer extremer

werdenden Wetters. Nur globaler, konsequenter Klimaschutz würde verhindern, dass der Starkregen noch wütender und unkontrollierbarer wird. Doch die Psychologie der Klimakrise ist komplex und oft entmutigend: Unendlich viele kleine Emissionen an Treibhausgasen ergeben jenes riesige Problem, vor dem wir jetzt stehen. Jede Tonne CO₂, die wir hier einsparen, ist wichtig – aber sie wird nicht den Ausschlag geben, die nächste Flut zu mindern. Die Klimakrise ist ein Trittbrettfahrer-Problem. Dem stehen Anpassungsmaßnahmen im Kampf gegen die Klimakrise gegenüber. Sie wir-

ken direkt dort, wo sie gesetzt werden – hier in Österreich. Umso unverständlicher ist es, dass sich immer noch Stimmen aus der Politik gegen die Renaturierung wehren und versuchen, (Land-) Wirtschaft und Naturschutz gegeneinander ausspielen.

Denn eine halbwegs intakte Natur ermöglicht das nachhaltige Wirtschaften erst: durch Insekten, die Äcker bestäuben. Durch sauberes Wasser, das jeder Industriebetrieb braucht. Und durch etwas mehr Sicherheit, beim nächsten Mal nicht das gesamte Hab und Gut zu verlieren, wenn die Fluten kommen.

KOPF DES TAGES

Auf einem überraschenden Posten



Finanzminister Magnus Brunner (ÖVP), nominiert als Migrationskommissar.

Foto: APA / Helmut Fohringer

Völlig unerwartet nominierte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am Dienstag Noch-Finanzminister Magnus Brunner (ÖVP) als EU-Kommissar für Migration und Inneres. Sie attestierte dem Vorarlberger aus der 8000-Einwohner-Gemeinde Höchst dabei exzellente Kompetenzen. Zwar hatte Brunner im Vorfeld der Nominierung kein Wunschressort angegeben, erwartete aber wohl eher wirtschaftliches, Finanzielles.

Dass es anders kommt als anfangs gedacht, zieht sich dabei ein Stück weit durch Brunners Karriere. Einst stieg der Mann, der aus einer Buchhändlerfamilie stammt, quasi per Zufall in die Politik ein. Nach seiner Promotion absolvierte der gelernte Jurist ein Praktikum in Brüssel, wo er zufällig in einer Kaffeebar den damaligen Vorarlberger Landeshauptmann Herbert Sausgruber kennenlernte. Daraufhin holte Sausgruber Brunner als Büroleiter und Pressesprecher in den Landtag nach Bregenz.

Später wechselte Brunner, der beruflich stets zwischen Wien und Bregenz pendelt, in die Energiewirtschaft, bevor er 2020 zum Staatssekretär ins Klimaministerium berufen wurde. 2021 dann folgte Brunner, der der breiten Öffent-

lichkeit zu diesem Zeitpunkt immer noch kaum ein Begriff war, Gernot Blümel als Finanzminister nach. Mit dem Karriereaufstieg legte der leidenschaftliche Tennisspieler zugleich auch sein Amt als Präsident im Tennisverband zurück.

Dabei kann Brunner aber nicht nur als Tennisspieler überzeugen, sondern auch sprachlich. Er verfügt nämlich über ausgezeichnete Englischkenntnisse – ein Erbe aus seiner Zeit am King's College in London. Dort absolvierte Brunner nicht nur ein postgraduelles Studium, sondern entwickelte auch ein Faible für Shakespeare. Die Passage „Sein oder Nichtsein“, das ist hier die Frage“ aus

Hamlet zitiert er jedenfalls gerne zum Vergnügen anderer – ob er auch mit weniger bekannten Passagen zu unterhalten weiß, ist hingegen nicht überliefert. Genauso wie vieles andere aus Brunners Privatleben, der sich diesbezüglich gerne bedeckt hält.

Die Umsetzung des EU-Migrationspakets oder die Stärkung der EU-Außengrenzen werden seine Aufgaben sein. Ausgerechnet ein Politiker aus Österreich, dessen Regierung oft scharfe Kritik an der Asylpolitik Brüssels äußerte, soll es jetzt besser machen.

Mavie Michelitsch

DER STANDARD

Zeitungsdruckerei Ges.m.b.H. & Co. KG, 1232 Wien, Richard-Strauss-Straße 16; Telefon: 01 53170, Fax-DW: Redaktion: 131, Anzeigen: 485, Abo: 330; E-Mail-Adressen: vorname.zuname@derstandard.at, leserbriefe@derstandard.at, aboservice@derstandard.at, anzeige@derstandard.at; Internet: https://abo.derstandard.at; Abo-Preise Inland (in Klammern für Studierende/Schüler) jährlich: € 799,90 (493,90), monatlich: € 72,90 (44,90), für einzelne Wochentage – pro Tag und Jahr: € 189,90 (118,80); Abo-Service: 0800 501 508; Alle Rechte, auch die Übernahme von Beiträgen nach § 44 Abs 1 Urheberrechtsgesetz: © STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H., Art-Copyright: VBK, Wien; Reichweite: MA 2023: 6,6%, 505.000 Leser:innen; ÖAK-geprüfte Auflage; Offenlegung gem. § 25 MedienG und ausführliches Impressum siehe: https://about.derstandard.at/impressum Dem Ehrenkodex der österreichischen Presse verpflichtet.



Produziert nach den Richtlinien des Österreichischen Umweltzeichens, Mediaprint Zeitungs- & Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H. & Co KG, UW 1063

dst.at/cartoons

ERREGER

2012

wurde die Asiatische Tigermücke erstmals in Österreich gesichtet.
Seite 25

BELASTUNGSPROBE

Extremwetterereignisse nehmen an Intensität und Häufigkeit zu.
Einsatzkräfte kommen dadurch immer öfter an ihre Grenzen.

Seite 22



Klima der Angst

Der Klimawandel belastet viele Menschen auch emotional. Die Reaktionen auf zunehmend intensiver und extremer werdende Umweltbedingungen reichen von Angst über Trauer bis zur Leugnung. Es gibt aber auch einige Möglichkeiten, um die eigene Psyche zu entlasten.

Paul M. Horntrich

Der heißeste Sommer der Messgeschichte ging soeben zu Ende, es folgten Rekordregengemengen mit weitverbreiteten Überflutungen. Hitze wie auch der enorme Temperatursturz, begleitet von Dauerregen und Schneefall, zeigen, wie fordernd der Klimawandel physiologisch sein kann. Doch auch psychologisch ist die Klimaveränderung belastend. In der Wissenschaft werden Bewältigungsverfahren, mit denen Menschen auf Belastungen reagieren, Coping genannt. Welche Coping-Mechanismen Menschen angesichts der Klimakrise entwickeln, ist längst ein eigener Forschungsbereich. An der Universität Wien beschäftigt sich die Psychologin Jana Köhler damit.

„Nicht alle Menschen reagieren gleich auf den Klimawandel“, sagt Köhler. So hätten radikale Klimawandelleugner keine psychologischen Anpassungsprobleme, weil sie die Veränderungen um sich herum einfach ausblenden würden. Die Forschung interpretiert Klimawandelleugnung als psychologische Reaktion, um unangenehme Emotionen abzuwehren, auf den befürchteten Verlust eigener Privilegien zu reagieren und ein positives Selbstbild aufrechtzuerhalten. Die Gruppe der radikalen Leugner liege laut Studien in Industrienationen aber im einstelligen Prozentbereich. Das heißt im Umkehrschluss: Für das Gros der Menschen ist der Klimawandel eine emotionale Herausforderung.

„Das Überthema in der Forschung ist die sogenannte Climate-Anxiety, die Klimaangst“, berichtet Köhler. Als Oberbegriff versteht man unter Klimaangst eine ganze Palette negativer Emotionen als Reaktion auf bereits eingetretene oder voraussichtliche Folgen der globalen Erwärmung. Besonders be-

troffen sind junge Menschen. Sie werden die Folgen des Klimawandels am stärksten zu spüren bekommen, können mangels politischer und ökonomischer Macht aber am wenigsten dagegen tun. „Laut aktuellen Studien sind rund 80 Prozent der Kinder und Jugendlichen sehr besorgt über den Klimawandel, rund 45 Prozent fühlen sich durch diese Sorgen in ihrem täglichen Funktionieren beeinträchtigt“, sagt die Expertin.

Von Wut zu Aktivismus und Leid

Eine Spielart der Klimaangst kann Wut sein, etwa weil die Politik den Klimawandel nur stiefmütterlich behandelt. Auch sie betrifft junge Menschen häufiger als ältere. Aktivismus ist für viele ein Coping-Mechanismus, um damit umzugehen. Eine nachhaltige Lösung muss das nicht unbedingt sein, so Köhler: „Trotz Aktivismus ist das Wohlbefinden von Menschen, die unter Klimawut leiden, häufig stark eingeschränkt. Außerdem können die Symptome chronisch werden.“ Wenn der Aktivismus an seine Grenzen stößt, litten diese Menschen oft besonders. Jüngstes Beispiel: die Letzte Generation Österreich, die im August ihre Tätigkeit einstellte, weil sie keine Aussicht auf Erfolg mehr sah.

Eine weitere Emotion ist die Ökotrauer als Reaktion auf den Verlust von Ökosystemen. Dabei kann es einerseits um den Verlust ganzer Landschaften gehen, wenn etwa Inseln durch steigende Meeresspiegel verschwinden. Aber auch die nostalgische Trauer, zu wissen, dass die eigenen Kinder keinen „Winter wie damals“ mehr – mit Rodeln, Skifahren und Schneeballschlacht – erleben werden. „Trauer und Hoffnungslosigkeit sind passive Emotionen. Im schlimmsten Fall können sie zu Gefühlen der Lähmung führen“, so Köhler.

Mit welchen Emotionen man auf den Klimawandel reagiert, hängt laut Forschung nicht nur an individuellen Charakteristika. Ein ausschlaggebender Faktor sei der Wohnort. „Studien zeigen deutlich, dass Menschen im Globalen Süden besonders hohe Level von Klimaangst berichten“, sagt Köhler. So befürchten Einwohner der Türkei am häufigsten, dass sie durch die Erderwärmung zu Klimaflüchtlingen werden könnten, gefolgt von Brasilien und Indien. Ein weiterer Faktor sei die politische Einstellung. „Je weiter links sich jemand verortet, desto ausgeprägter sind Gefühle der Klimaangst.“ Menschen, die rechts wählen, würden den Klimawandel eher ignorieren, herunterspielen oder leugnen.

SCHWERPUNKT

Klimawandel und Gesundheit

Extreme Hitze und Stürme, immense Regenfälle, Hagel und Dürren: Die globale Erwärmung konfrontiert Menschen weltweit mit neuen Phänomenen, die vielfach auch die Gesundheit in Mitleidenschaft ziehen.

Forschende unterschiedlicher Disziplinen arbeiten deshalb unentwegt daran, die Folgen des Klimawandels für Körper und Psyche zu ergründen und ihnen mit Wissen und konkreten Strategien entgegenzutreten.

Was empfiehlt die Expertin, um mit klimawandelbedingten Emotionen umzugehen? „Es ist immer gut, sich mit anderen auszutauschen und über seine Gefühle zu sprechen“, erzählt Köhler und ergänzt: „Ganz wichtig ist es, bewusst auch über konfliktierende Gefühlslagen zu sprechen.“ So wollten viele Menschen zwar ihren CO₂-Ausstoß verringern, aber nicht gänzlich auf Flugreisen verzichten oder ihren Fleischkonsum senken, aber ihre Ernährung nicht in toto auf Veganismus umstellen. „Es ist wichtig, diese Ambivalenzen anzusprechen, das tut uns nachgewiesenermaßen gut.“

Private und politische Schritte

Eine weitere Strategie sei es, Gleichgesinnte zu finden. Wenn Sichtweisen im Wesentlichen übereinstimmen, fühle man sich verstanden und ernst genommen, so Köhler. Ins Handeln zu kommen und selbst etwas zu tun sei ebenso eine produktive Strategie. Das Ziel, den eigenen ökologischen Fußabdruck zu reduzieren, kann aber schnell zur Überforderung führen, weil es so viele potenzielle Möglichkeiten gibt, es zu erreichen. Daher sei es zentral, sich selbst möglichst konkrete Verhaltensweisen zurechtzulegen.

„Vorsätze wie dreimal die Woche das Rad statt des Autos zu nehmen oder sein Gemüse beim Markt ums Eck zu kaufen, anstatt es liefern zu lassen, sind konkret umsetzbar und signalisieren somit Selbstwirksamkeit“, empfiehlt sie. Außerdem sei es wichtig, positive Zukunftsvisionen aufrechtzuerhalten. Hier seien vor allem die Medien und die Politik gefordert. „Ein großer Teil der Menschen zweifelt nicht den Klimawandel an, sondern ob es sich lohnt, selbst etwas dagegen zu tun. Der Vorbildcharakter der Politik ist hier zentral.“

Helfende am Limit

Starkregen und andere Extremwetterereignisse werden häufiger und intensiver, die Folgen immer schwerwiegender. Gerade von Einsatzkräften fordert das einen enormen Tribut. Das Risikomanagement muss angepasst werden.

Katharina Dolesch

Die Regenmassen, die in den vergangenen Tagen über Österreich und einigen Nachbarländern niedergingen, sorgten für dramatische Szenen. Menschen mussten mit Booten aus ihren Häusern gerettet werden, anderen wurden ihre Autos und anderes Hab und Gut einfach weggeschwemmt. Mehrere Menschen, darunter auch ein Feuerwehrmann, verloren in den Fluten ihr Leben. Und es war nicht die erste wetterbedingte Extremsituation der vergangenen Monate, die Betroffene, aber auch Einsatzkräfte physisch und psychisch an ihre Grenzen brachte. Extreme Niederschläge mit 100 Litern pro Quadratmeter und mehr in kürzester Zeit, Hagelschäden, aber auch Murenabgänge waren in diesem Sommer fast an der Tagesordnung.

Die unvorstellbare Wucht, mit der solche Naturereignisse klimawandelbedingt zuletzt gehäuft über uns hereinbrachen, ist auch für Fachleute auf dem Gebiet eine Herausforderung. „Extreme werden in Zukunft extremer“, konstatiert Thomas Glade, der die Arbeitsgruppen „Naturgefahren und deren Konsequenzen“ sowie „Gefahren- und Risikoanalyse, Monitoring“ an der Universität Wien am Institut für Geografie und Regionalforschung leitet.

Verdoppelte Einsätze

Dass der Klimawandel und die damit häufiger auftretenden Wetterextremereignisse Menschen psychisch belasten – und sogar mit Depressionen oder posttraumatischen Belastungsstörungen einhergehen können –, wurde bereits in einer Studie vor rund zehn Jahren festgestellt. „Wir sehen gerade bei den jüngeren Generationen, dass diese generell eine höhere Inzidenz von mentalen Erkrankungen wie Angststörungen oder Depressionen zeigen, weil sie in einem Umfeld groß werden, wo Pandemie, Krieg und Klimawandel ständige Angstauslöser sind“, fasst Claus Lamm von der Universität Wien zusammen.

Herausforderungen gab es auch früher schon, heute aber fehle ein positives Zukunftsnarrativ. „Viele denken mittlerweile, dass es nicht besser, sondern maximal weniger schlimm wird“, so der Neuropsychologe, der auch Mitglied des Forschungsverbunds Umwelt und Klima ist.

Eine Gruppe, die besonders von den Belastungen betroffen sind, sind Einsatzkräfte. Allein die Zahl der unwetterbedingten Einsätze der österreichischen Feuerwehren hat sich 2023 im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt. „Unsere Feuerwehrmitglieder waren bei diesen Einsätzen physisch und psychisch besonders gefordert. Nimmt man die Prognosen ernst, so werden die Herausforderungen durch solche Elementarereignisse weiter zu-

nehmen“, schrieb diesbezüglich der Feuerwehrpräsident Robert Mayer auf der Website des Bundesfeuerwehrverbandes.

Auch Lamm ist sich sicher, dass die Belastungen für Einsatzkräfte zunehmen werden: „Die Zukunft wird für Einsatzkräfte sicher zu einer höheren Belastung führen. Allein schon deshalb, weil es zu einer größeren Anzahl von Einsätzen kommen und die Tätigkeit dadurch für die zumeist freiwilligen Helferinnen und Helfer mit einem höheren Zeitaufwand verbunden sein wird.“

Risiko der Überforderung

Zusätzlich könne es abhängig vom Individuum dazu führen, dass man das Gefühl bekomme, eine Art Sisyphusarbeit zu leisten. Problematisch werde es dann, „wenn der Eindruck entsteht, ich bin der Letzte vom Letzten und räume das weg, was andere nicht verhindern haben. Für Einsatzkräfte ist es daher wichtig zu sehen, dass sie ihren Beitrag in einem größeren Ganzen leisten, wo alle an einem Strang ziehen.“

Wenn das nicht passiert, kann es zu einer permanenten Überforderung und Überlastung kommen“, betont der Neuropsychologe. Zusätzlich kann Climate-Anxiety, also die Angst, die mit dem Klimawandel verbunden ist, im Fall von Einsatzkräften dazu führen, dass diese nicht mehr handlungsfähig sind. Die häufiger werdenden Katastrophen können wiederum die Climate-Anxiety, auch Klimaangst genannt, verstärken.

Umgang mit dem Unbekannten

Durch den Klimawandel werden auch die Herausforderungen im Risikomanagement größer: „Unser Management basiert auf den Erfahrungen der Vergangenheit. Wir wissen zum Beispiel, in den letzten 50 oder 100 Jahren ist eine Überschwemmung so und so häufig aufgetreten, und mit diesem Wissen leiten wir Prognosen für die Zukunft ab.“ Wenn sich allerdings die Bedingungen ändern, stellen sich viele Fragen: Wie soll man mit etwas umgehen, das man noch nicht erfahren hat? Wie muss man sich darauf vorbereiten?

Man könne nicht entlang der Donau zehn Meter hohe Deiche bauen oder alle Hänge im alpinen Bereich mit Lawinengalerien verbauen, so Glade. „Es ist ein Abwägungsprozess, wie wir mit dem für uns bisher Unbekannten in der Zukunft umgehen. Auch bei Einsatzkräften stellt sich die Frage, wie man für etwas trainiert, das man noch gar nicht richtig kennt“, sagt er. Der Risikoforscher plädiert dafür, sich diesen Veränderungen zu stellen und keine Zeit verstreichen zu lassen, bis der Katastrophenfall eintritt: „Die Frage, ob es wieder auftritt, stellt sich nicht, denn es wird wieder auftreten – es bleibt nur die Frage, wann, in welcher Stärke und in welcher Form.“

Abwarten als schlechteste Option

Diese Erkenntnis müsse man sich zunutze machen und deshalb noch viel stärker in die Prävention gehen. „Das Schlimmste wäre, abzuwarten, bis etwas passiert, und zu hoffen, dass es uns nicht trifft“, sagt er. Um den Zukunftsherausforderungen gewachsen zu sein, spricht sich Glade für Renaturierungsmaßnahmen aus: „Die Fläche zur Renaturierung ist im Kontext von ganz Österreich gesehen sehr gering, hat aber riesige Effekte im Naturhaushalt und ist zudem kostengünstig. Wenn Großereignisse wie Starkregen auftreten, werden die Konsequenzen dadurch überschaubarer.“ Darüber hinaus brauche es mehr Ressourcen für Ausbildungen, Ausrüstungen und Monitoring, um die Auswirkungen des Klimawandels besser zu verstehen.

WISSEN

Gefahren einschätzen und sich vorbereiten

Naturgefahren sind natürliche Prozesse – etwa Erdbeben, Stürme, Dürren und Hochwasserereignisse –, die bestimmte Auswirkungen auf die Gesellschaft mit sich bringen können. **Naturrisiken** entstehen dadurch, dass Menschen diesen Prozessen gegenüber exponiert sind. Abhängig davon, wie Menschen und Gesellschaften darauf reagieren oder vorbereitet sind, können **Katastrophen** eintreten. In der Wissenschaft werden diese soziologischen Aspekte berücksichtigt. Anstelle der Bezeichnung **Naturkatastrophe** für derartige Ereignisse wird häufig der Begriff **Sozialkatastrophe** verwendet.





Illustration: Fatih Aydogdu

„Verschwendung in der Medizin überdenken“

Die Medizinanthropologin **Janina Kehr** erforscht die planetaren Auswirkungen moderner Medizin. Im Interview spricht die Wissenschaftlerin über die Schattenseiten globaler Lieferketten, den ökologischen Fußabdruck des Gesundheitssektors und mögliche Wege, diesen zu verkleinern.

INTERVIEW: Norbert Regitnig-Tillian

Die Medizin bewegt sich in einem zunehmend komplexer werdenden Spannungsfeld. Der Klimawandel schafft neue Leiden, die es teilweise aufwendig zu behandeln gilt. Gleichzeitig verbraucht der Gesundheitssektor oft kritische Ressourcen, verursacht Emissionen und hat auch negative Auswirkungen auf den Planeten. Diesen Begleiterscheinungen moderner Medizin widmet sich Janina Kehr, Professorin für Medizinanthropologie und Global Health an der Universität Wien.

STANDARD: Der Gesundheitssektor verursacht fünf Prozent der globalen CO₂-Emissionen, also mehr als der Flugverkehr. Wie kommt das?

Kehr: Da kommt es schon darauf an, welches Land man sich anschaut. In Ländern wie Mexiko sind es nur drei, in Ländern wie den USA sind es über zehn Prozent. Da gibt es einen Unterschied zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden. Hauptverantwortlich ist dabei der Ressourcenverbrauch in der Krankenhausmedizin. Auch in Ländern wie Deutschland, Frankreich und Österreich. Studien zeigen, dass das etwa an den langen Liefer- und Versorgungsketten für Geräte und Medikamente liegt, an den Anfahrtswegen für Patienten und Patientinnen und am hohen Anteil an Wegwerfprodukten, etwa Masken und Einweghandschuhen. Der globale Markt an medizinischer Einwegproduktion lag 2020 bei 273 Milliarden Dollar.

STANDARD: In Ihrer Forschung zeigen Sie auf, dass Medizin nachhaltiger sein könnte, ohne Hygiene und Patientensicherheit zu gefährden.

Kehr: Unser Gesundheitssystem ist sehr auf Sicherheit und Hygiene ausgerichtet. Dass mehr Hygiene aber auch mehr Einwegprodukte bedeutet, das ist erst seit den 1970er- und 1980er-Jahren so. Davor wurde mehr sterilisiert, und es wurden viel mehr Mehrfachprodukte verwendet. Heute müssen etwa medizinische Artikel, die mit Patienten mit multi-resistenten Keimen in Verbindung gekommen sind, vernichtet werden, egal ob sie noch steril verpackt sind oder nicht. Oder zum Bei-

spiel die Dialyse: Nierenkrankheiten werden wegen des Klimawandels zunehmen. Bei einem neuen Projekt gehen wir gemeinsam mit Ingenieuren, Nephrologen und Philosophen in Frankreich der Frage nach, wie Dialyse, eine sehr ressourcenintensive Behandlung, nachhaltiger gestaltet werden kann. Nach zehn Jahren müssen Dialysegeräte ausgetauscht werden, ob sie nun noch funktionieren oder nicht. Wem nützt das, ist das auch anders organisierbar, und welche Rolle spielt dabei Industrieabhängigkeit? Über Verschwendung in der Medizin sollten wir mehr gemeinsam nachdenken.

STANDARD: Was könnte man ändern?

Kehr: Wenn ich zur Nachhaltigkeit im Gesundheitswesen forsche, schaue ich mir an, welche Lösungen lokal vorgeschlagen werden und ob sie in einem gesellschaftlichen Rahmen annehmbar sind oder nicht. Ein Weg wäre beispielsweise, wieder mehr Mehrwegprodukte zu verwenden. Oder sich zu fragen, ob Dialysegeräte nicht auch anders, in Low-tech, beziehungsweise nachhaltiger gebaut werden können.

STANDARD: Haben Sie nicht Angst, dass Sie da von den Hygienikern in Großkrankenhäusern verteuft werden?

Kehr: Damit kämpfe ich schon, weil einem schnell vorgeworfen wird, man sei mit sol-

chen Fragestellungen auf Antimedizin aus, was ich nicht bin. Mein Vater war Kinderarzt, mein Bruder ebenfalls. Ich habe eine Nähe zur Medizin. Aber da begibt man sich diskursiv aufs Glatteis. Eine kleine Anekdote: Ich habe letztes Jahr einen Artikel zum Thema „Macht moderne Medizin unseren Planeten krank?“ geschrieben. Da musste ich schnell den Titel ändern, weil Impfgegner und andere sagten: „Ja genau, haben wir immer schon gesagt.“ Ich sage nicht, moderne Medizin ist schlecht. Ich sage nur, wir sollten uns nicht nur Fragen nach ihrer Wirkung, sondern auch nach ihren Nebenwirkungen stellen, und zwar auf individueller, kollektiver und planetarer Ebene. Das Wort „pharmakon“ bringt das gut zum Ausdruck. Es meint zugleich Gift und Heilmittel. So ist es auch bei moderner Medizin.

STANDARD: Der Arzt Paracelsus sagte, die Dosis mache das Gift. Haben wir zu viel des Guten?

Kehr: Zum Teil. Das sieht man etwa bei Antibiotika, die massenhaft verschrieben werden, teilweise auch präventiv, oder die in der Massentierhaltung eine zentrale Rolle spielen. Die Masse wird dann zum Problem. Allein in Österreich verwendeten wir 54 Tonnen Antibiotika im Jahr 2022, nur in der Humanmedizin. Und da sind die Landwirtschaft und die Tiermedizin noch gar nicht dabei. Zudem ist es wichtig, diese Zusammenhänge global zu verstehen. Heute arbeiten UN-Organisationen,

die Weltgesundheitsorganisation und die Weltorganisation für Tiergesundheit zusammen, um Strategien zur Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen zu entwickeln.

STANDARD: Viel Medikamentenproduktion passiert in Asien, das bedeutet lange Lieferketten. Wie steht es darum?

Kehr: Es gibt engagierte medizinanthropologische Forschung, die etwa der Frage nachgeht, was in den Gegenden passiert, wo viele Medikamente produziert werden, Rückstände im Wasser landen und somit Menschen schaden. Wir können die sauber verpackten Medikamente hier nutzen, um Krankheiten zu behandeln. Das ist schon auch eine moralische und politische Frage: Wer muss anderswo Schaden in Kauf nehmen, damit wir hier weiterhin gut versorgt sind? Das ist im Prinzip ähnlich wie bei Hightechgeräten, die viel Lithium brauchen, das aber oft unter inhumanen Arbeitsbedingungen gefördert wird.

STANDARD: Sie bauen mit Ihrem Kollegen Robert Böhm soeben einen Forschungsverbund an der Uni Wien zum Thema Gesundheit in Gesellschaft auf. Wird es auch um diese Fragen gehen?

Kehr: Ja. Gleichzeitig wollen wir die gesamte Bandbreite an Gesundheitsforschung an der Universität Wien sichtbar machen. Eine Vorstudie zeigte, dass sich über 150 Forschende mit Gesundheitsfragen beschäftigen. Da sind die Sozialwissenschaften, die Psychologie, die Literaturwissenschaften, aber auch die Mikrobiologie oder die Gesundheitsökonomie involviert. Die großen Fragen spielen sich im Spannungsfeld zwischen gesellschaftlichem, klimatischem und technologischem Wandel ab. Beim neuen Gesundheitshub – er ist erst einmal auf vier Jahre angelegt – arbeiten Forschende interdisziplinär an aktuellen Problemen wie Antibiotikaresistenz, gesundheitlichen Ungleichheiten und KI. Gemeinsam wollen wir einen Beitrag leisten, um diese Herausforderungen anzugehen.

JANINA KEHR (46) studierte Ethnologie und Politikwissenschaft und ist Professorin am Institut für Kultur- und Sozialanthropologie der Universität Wien.



Foto: derknopfdrucker.com

„Wer muss anderswo Schaden in Kauf nehmen, damit wir hier weiterhin gut versorgt sind?“

Janina Kehr, Universität Wien

Pumpen unter Extremen

Klimatische Veränderungen belasten das Herz-Kreislauf-System selbst bei jungen und gesunden Menschen. Hohe Temperaturen bedeuten zusätzlichen Stress für den Körper. Forschungsergebnisse zeigen, dass die Belastung auch nach Hitzewellen weiterwirkt.

Alois Pumhösel

Der Sommer 2003 war eine Tragödie. Die Hitzewelle, die Europa im Griff hatte, forderte vor allem in Frankreich und Italien hohe Opferzahlen. Gerade in Paris starben viele ältere Menschen allein in ihren Wohnungen. Das Ereignis, das damals in einer breiten Wahrnehmung noch in geringerem Maß mit einem globalen Klimawandel assoziiert wurde, geriet in Frankreich zum nationalen Trauma. Die wissenschaftliche Aufarbeitung der folgenden Jahre machte das Ereignis zu einer Referenz für das neue „Normal“ der Hitzewellen.

Europa hat inzwischen weitere Hitzewellen in ähnlicher Stärke erlebt, allerdings kaum mehr so hohe Opferzahlen – auch weil man aus den Fehlern von 2003 gelernt hat. Zu erwarten ist, dass die Schlagzahl der Extremwetterereignisse in den kommenden Jahrzehnten weiter schnell ansteigt. Die Temperaturkurven des „Jahrhundertsommers“ 2003 sind heute auf dem besten Weg, Merkmal ganz normaler Sommer zu werden. Die Frage, wie sich die Hitzewellen auf den menschlichen Organismus auswirken, ist daher aktueller denn je. Eine Studie dazu kommt etwa vom Institut für Sportwissenschaft der Universität Innsbruck, wo Physiologe Justin Lawley daran forscht, wie der menschliche Körper auf Stressfaktoren reagiert.

Industriearbeit bei Hitzewellen

Lawley hat mit Kolleginnen und Kollegen in Innsbruck und in Ljubljana in Slowenien untersucht, wie das Herz-Kreislauf-System bei Tätigkeiten, die für Industriearbeiter typisch sind, während einer Hitzewelle reagiert. „Die Temperaturen wurden so gewählt, dass sie einer typischen Arbeitsumgebung in Innenräumen entsprechen“, sagt Lawley über die in *Scientific Reports* publizierte Arbeit. „Die Hitzeexposition war aber durchaus vergleichbar mit der Hitzewelle von 2003 in Paris.“ Die Forschenden steckten Probanden neun Arbeitstage lang in eine Laborumgebung mit kontrollierten Temperaturen.

An den ersten und letzten drei Tagen wurden normale Sommertemperaturen in Mitteleuropa eingestellt: bis 26 Grad während der Arbeit und etwa 22 Grad in den Ruhepausen. An den drei mittleren Tagen wurde hingegen eine Hitzewelle simuliert. Die Umgebungstemperaturen während der Arbeit kletterten bis auf 35,8 Grad, zur Ruhezeit – auch in der Nacht – erreichten sie 27,1 Grad. Es waren täglich Tätigkeiten zu erledigen, die die Arbeitsbelastung an einem Fließband in der Leiterplattenindustrie nachbildeten. „Sie mussten sich leicht bewegen und computergestützte Simulationsaufgaben durchführen. Es ging darum, fehlerhafte Produkte zu erkennen und auszusortieren oder zu reparieren“, so Lawley. Die Forschenden sahen sich die Reaktion des Körpers auf die Hitze in Kombination mit orthostatischem Stress an – also jener Belas-

tung, die durch rasche Positionswechsel entsteht. „Wenn eine Person aufsteht, muss ihr Herz schneller schlagen, und einige Blutgefäße verengen sich, um den Blutdruck aufrechtzuerhalten“, erklärt der Physiologe.

„Diese Herausforderung für das Herz-Kreislauf-System ist bei Hitze schwieriger. Bei manchen Menschen reagiert es nicht schnell genug, sodass der Blutdruck abfällt und sie ohnmächtig werden.“ Neben Kern- und Hauttemperatur der Probanden wurden bei der Studie auch verschiedene Herzparameter und das Verhalten der Blutgefäße in der Skelettmuskulatur vermessen, um eine Herz-Kreislauf-Belastung abzuleiten. So konnte also – bei den durchwegs jungen und gesunden Probanden – gut nachvollzogen werden, wie während der Hitze das kardiovaskuläre System stärker beansprucht wurde. „Der Körper löst als Reaktion auf die Hitze mehrere Mechanismen aus. Die Blutgefäße der Haut erweitern sich, sodass hier mehr Blut fließt. Gleichzeitig beginnt man zu schwitzen. Diese beiden

Prozesse halten die Körperkerntemperatur hoffentlich auf einem normalen Niveau, führen aber zu einer erhöhten kardiovaskulären Belastung“, veranschaulicht Lawley. „Gleichzeitig hat der Körper aber nur eine begrenzte Kapazität, um auf alle möglichen Stressoren – von der Hitze über die Bewegung bis zum Stoffwechsel – zu reagieren.“

Übersterblichkeit im Nachgang

Die Studie zeigte nun, dass selbst milde Hitzewellen Körperkern- und Hauttemperaturen erhöhten und eine Zunahme des Blutflusses in der Haut zur Folge hatten. Zudem ist die körperliche Belastung nicht unbedingt gleichzeitig mit der Hitzewelle zu Ende. Lawley und Team fanden Hinweise darauf, dass der Blutfluss in der Haut in manchen Fällen auch danach erhöht blieb. Diese Effekte waren zwar „nicht monumental“, wie der Forscher einräumt. Aber sie weisen doch darauf hin, wie wichtig es ist, auch die Zeitabschnitte vor und nach einer Hitzewelle zu beachten – denn

auch da herrscht oft Sommerwetter, mit dem der Körper zurechtkommen muss. „Unsere Studie zeigt, wie wichtig es ist, Arbeitnehmer über mehrere Tage und Wochen zu schützen. Auch wenn die Hitzewelle vorbei ist, besteht vielleicht noch weiter ein Risiko“, sagt Lawley.

In der Studie wird dieses Risiko auch mit den Todeszahlen von 2003 in Frankreich veranschaulicht. Mit Verweis auf ein „mortality impact assessment“ französischer Forscher im Journal *Eurosurveillance* wird gezeigt, dass die Übersterblichkeit am letzten Tag der Hitzewelle ihren höchsten Wert erreichte – 2197 mehr Tote als unter normalen Umständen erwartbar. Nach Rückkehr zu moderateren Temperaturen ging dieser Wert Tag für Tag zurück. Es dauerte allerdings bis zu sieben Tage, bis die Sterblichkeit wieder normale Werte erreichte – ein Trend, der auch bei vielen anderen Hitzewellen zu beobachten gewesen sei. Die Hitze fordert ihren Tribut – auch wenn dieser bei gesunden Menschen nicht immer offensichtlich ist.

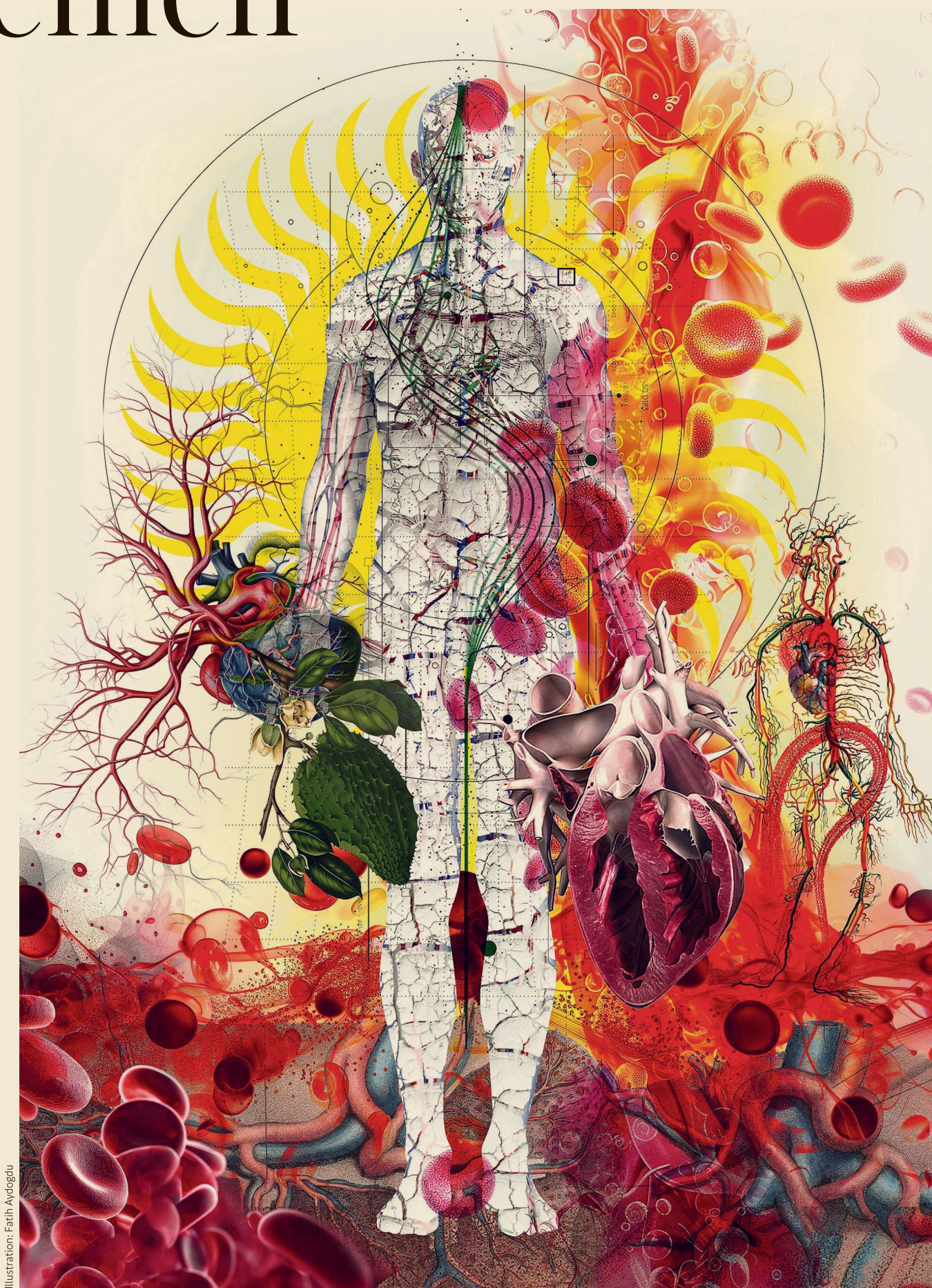


Illustration: Fatih Aydogdu

Gefahr im Verzug

Steigende Temperaturen begünstigen seit jeher die Verbreitung von Infektionskrankheiten. Heute können sich gefährliche Pathogene aber wesentlich rasanter global verbreiten. In eigenen Hochsicherheitslabors wird erforscht, wie man ihnen begegnen kann.

Mario Wasserfaller

Grundsätzlich hat das Klima immer schon den Ausbruch von Infektionskrankheiten beeinflusst“, weiß die Wissenschaftshistorikerin Daniela Angetter-Pfeiffer. Heute ist bekannt, dass sich krankheitserregende Bakterien und Virusüberträger wie Zecken und Mücken (Vektoren) unter wärmeren Bedingungen besser vermehren. Aber auch schon vor Jahrhunderten wusste man im Prinzip über den Zusammenhang Bescheid. Bereits zwischen 1535 und 1539 diskutierte man zwischen der medizinischen Fakultät in Wien und einer kaiserlichen Kommission, ob man gegen die Pest etwas tun müsse oder ob die kalte Jahreszeit nicht von allein Abhilfe schaffe.

„Die Pestbakterien fühlen sich bei 23 bis 25 Grad Celsius am wohlsten, unter zehn Grad sind sie praktisch nicht vorhanden“, sagt die wissenschaftliche Mitarbeiterin am Austrian Centre for Digital Humanities and Cultural Heritage der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Auch wenn sie es behaglich mögen, sind Krankheitserreger und ihre Vektoren keine Stubenhocker. „Schon in früheren Zeiten haben Reisen oder auch kriegerische Feldzüge viel dazu beigetragen, dass sich Krankheiten, die es vorher bei uns nicht gegeben hat, verbreitet haben“, so die Expertin.

Mobile Zecken und Mücken

Im Zweiten Russisch-Österreichischen Türkenkrieg (1787 bis 1792) steckte sich Kaiser Joseph II. mit Malaria („Wechselfieber“) an, als das Heer in einem Sumpfgebiet vor Belgrad das Lager aufgeschlagen hatte. Noch bevor die Kampfhandlungen begannen, waren tausende Soldaten erkrankt. Auch im Ersten Weltkrieg infizierten sich zahlreiche Soldaten der österreichisch-ungarischen Armee mit der

Krankheit, die über Jahrhunderte auf mehreren Gebieten der k. u. k. Monarchie endemisch war. Waren es einst Feldzüge und Expeditionen, begünstigen heute der weltweite Tourismus und der Warenverkehr die Ausbreitung neuartiger Vektoren fern ihres Ursprungs. Relativ neu in Österreich heimisch sind die Asiatische Tigermücke, die etwa das Dengue-Virus überträgt, und die aktiv jagende Zecke namens *Hyalomma marginatum* als Überträgerin des Krim-Kongo-Fiebers. Generell sind Zecken und Stechmücken über das Jahr gesehen länger aktiv als früher und auch mobiler geworden. Immer mildere Winter reichen auch nicht gerade zur Abschreckung der Blutsauger.

Rüsten für künftige Pandemien

Laut Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (Ages) sind ein hoher Prozentsatz der humanen Krankheitserreger Zoonosen, also Infektionskrankheiten, die wechselseitig zwischen Tieren und Menschen übertragen werden. Im Bericht „Klima und Gesundheit“ priorisierte die Ages im Vorjahr sechs Krankheiten mit zoonotischem Charakter, die „einerseits einen Klimabezug aufweisen und andererseits in Österreich schon vorkommen oder in Zukunft eine Bedrohung sein können“. Fünf dieser Erkrankungen können (auch) durch Vektoren verbreitet werden: Krim-Kongo-(Hämorrhagisches)-Fieber, Lyme-Borreliose, Frühsommer-Meningoenzephalitis (FSME), West-Nil-Fieber und Q-Fieber. Die sechste genannte Zoonose war die Vogelgrippe, wobei in Europa bisher noch nie eine Infektion des Menschen mit aviären Influenza-Viren nachgewiesen wurde. Naturgemäß kommen laufend neue infektiöse Bedrohungsszenarien hinzu. Erst Mitte August rief die Weltgesundheitsorganisation (WHO) we-

gen der ursprünglich Affenpocken genannten Krankheit Mpox eine „gesundheitliche Notlage internationaler Tragweite“ aus. Es gilt also, für künftige Epidemien und Pandemien gerüstet zu sein. Dafür muss man Erreger zunächst identifizieren und in sicherer Umgebung untersuchen können. Die Gefährlichkeit von Pathogenen lässt sich in biologische Risikogruppen einteilen. Wie das Krim-Kongo-Fieber gehören etwa das Ebola-, Nipah- und Lassa-Virus zur höchsten Risikogruppe 4. Für die Diagnostik und die weitere Erforschung dieser Hochrisikopathogene braucht es Labore mit der höchsten biologischen Schutzstufe (Biosafety Level) BSL 4, von denen es wegen der extrem hohen Sicherheitsstandards weltweit nur eine geringe Anzahl gibt.

„Österreich hat kein einziges BSL-4-Labor, dadurch kann man weder Diagnostika noch Impfstoffe für Hochrisikopathogene testen“, ortet Kurt Zatloukal vom Diagnostik- und Forschungszentrum für Molekulare Biomedizin an der Medizinischen Universität Graz einen Bedarf, vermehrt solche Kapazitäten aufzu-

bauen. Zatloukal leitet am Campus der Med-Uni ein BSL-3-Labor, das teilweise bereits die Anforderungen von BSL-4-Laboren erfüllt. Dieses Hochsicherheitslabor ermöglicht das Arbeiten mit Mikroorganismen, die zu schweren Erkrankungen und Epidemien führen können.

Arbeit mit Hochrisikopathogenen

Das Alleinstellungsmerkmal des Grazer BSL-3-Labors ist die dortige Expertise mit Autopsien. „Wir sind ausgerüstet, Untersuchungen an Verstorbenen zu machen“, erklärt Zatloukal. Deshalb seien bereits einige Sicherheitsstandards implementiert, die sonst nur in BSL-4-Laboren zu finden sind: Eine Schleuse mit chemischer Dusche und hochwertige persönliche Schutzausrüstung gewährleisten den derzeit höchsten in Österreich verfügbaren Sicherheitsfaktor für Labore.

Diskussionen über einen Vollausbau zum höchsten Standard seien im Gange, aber hier sei noch nichts entschieden. Ein außergewöhnlich hohes Sicherheitsniveau inklusive Cybersecurity ist schon gegeben, versichert der Wissenschaftler. Durch ein spezielles kryptografisches Verfahren mit dezentral lokalisierten Daten könne „nicht einmal ein Quantencomputer Informationen auslesen“. Unter dem Stichwort „Pandemic Preparedness“ ist die Med-Uni Graz Partnerin in mehreren einschlägigen internationalen Programmen wie ISIDORE, EVORA oder NAVIPP. Das Ziel sei es, innerhalb von 100 Tagen einer neuen Pandemie die notwendigen Diagnostika und Therapeutika zur Verfügung zu haben, sagt Zatloukal: „In diese Richtung gibt es große internationale Initiativen, und wir beschäftigen uns mit den notwendigen Schritten, die es dafür braucht. Und das fängt mit der primären Diagnostik und Erkennung an.“

4

biologische Risikogruppen zeigen an, welche Gefahr von gewissen Erregern ausgeht.



Der Becher schlägt Alarm

Ausreichend trinken, lüften und gemeinsam Gärten bestellen: Forschende erarbeiten Wege, um Seniorinnen und Senioren das Leben mit der globalen Erwärmung zu erleichtern. Sensoren spielen dabei eine große Rolle.

Raimund Lang

Hohe Temperaturen stellen eine Belastung für den menschlichen Organismus dar. Insbesondere Kleinkinder und ältere Menschen gelten als stark gefährdet. Mit dem Klimawandel gewinnt dieses Problem sukzessive an Bedeutung. Im Rahmen des Forschungsprojekts „Klingel“ (Klimaangepasst und gesund leben) arbeitet ein Konsortium unter der Leitung der Fachhochschule Vorarlberg an Technologien, die älteren Menschen das Leben mit dem Klimawandel erleichtern sollen.

Das zweieinhalbjährige Projekt verfügt über ein Budget von rund 330.000 Euro und wird von der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft FFG im Rahmen des Programms „Digitale Lösungen für Mensch und Gesellschaft“ unterstützt. „Es geht darum, dass ältere Menschen ermutigt werden sollen, möglichst klimawandelangepasst zu leben“, so Projektleiter Tobias Werner von der FH Vorarlberg. Dazu werden drei Lebensbereiche beziehungsweise damit zusammenhängende Gesundheitsaspekte aufgegriffen und mithilfe von Sensorik erfasst.

Intelligenter Trinkbecher

Der erste Bereich ist die Hydration, also die ausreichende Flüssigkeitsversorgung des Körpers. Hierfür werden die Bewohner einer Senioren-WG in Götzis mit intelligenten Trinkbechern ausgestattet, die automatisch erfassen, wenn ihre Besitzer daraus trinken. „Bei der Hydration geht es insbesondere darum, Nieren- und Kreislaufbeschwerden vorzubeugen“, so Werner. Die technische Umsetzung erfolgt über Wiegezellen, die das Gewicht der Flüssigkeit im Becher messen.

So lässt sich die getrunzene Menge mitprotokollieren. Über das Handynetz überträgt der Becher dann die Daten automatisch an das Pflegepersonal beziehungsweise die Betreuenden der WG. Diese behalten so stets den Überblick über das Trinkverhalten der Bewohnerinnen und Bewohner. Die Becher haben einen integrierten Akku mit einer Laufzeit von etwa einer Woche. Der Teil, der die Elektronik enthält, lässt sich abnehmen. Der andere Teil, aus dem getrunken wird, ist spülmaschinentauglich.

Der zweite Projektteil nimmt sich des Raumklimas an. Kern des Systems ist ein in der Wohnung angebrachter Sensor, der Temperatur, Luftfeuchtigkeit und den CO₂-Gehalt in der Luft misst. Zusätzlich werden Wetter-



daten von öffentlichen Wetterdatenbanken abgerufen. Aus diesen Informationen erstellt das System Empfehlungen, die es in Form von Kurznachrichten an die Telefone der Bewohner sendet. Sobald beispielsweise die Außentemperatur zu hoch ist, lautet die Empfehlung, die Fenster zu schließen und für Beschattung zu sorgen.

Aufforderung zum Lüften

Sinkt die Außentemperatur am Abend, erfolgt eine weitere Benachrichtigung, dass man nun wieder lüften kann. Auch der CO₂-Wert wird im Auge behalten: Steigt dieser über eine kritische Grenze, wird zum sofortigen Lüften geraten. Die gemessenen Daten werden an einen externen Server gesendet, auf dem die Auswertung sowie die Erstellung der Nachrichten erfolgt. Nach Ablauf des Forschungsprojekts im Herbst 2025 soll das System vom Lustenauer Projektpartner Butterweck betrieben und vermarktet werden, vorerst in der Bodenseeregion.

Der dritte Projektteil hat nur indirekt mit dem Klimawandel zu tun. Er zielt darauf ab, Menschen zur gemeinsamen, nachbarschaftlichen Pflege öffentlicher Gärten zu motivieren. Da Grünflächen Kohlendioxid binden und zudem lokal die Temperatur reduzieren, leisten sie grundsätzlich immer einen Beitrag gegen den Klimawandel. In „Klingel“ kommen Sensoren zum Einsatz, die Temperatur und Feuchtigkeit der Erde messen. Aus diesen Daten werden, ähnlich wie beim Raumklima, Empfehlungen abgeleitet, insbesondere, wann es Zeit ist, die Pflanzen zu bewässern. Damit ist auch ein sozialer Aspekt verbunden, betont Werner: „Es hat den Nebeneffekt, dass die Menschen hinausgehen und einander treffen“, erklärt er.

Optimal gekleidet und eingecremt

Derzeit werden die drei Technologien in der Praxis getestet. Im Zuge dessen soll einerseits die Akzeptanz seitens der Zielgruppe eruiert werden. Die Projektpartner wollen aber auch die optimale Benachrichtigungshäufigkeit herausfinden und ob zusätzliche Empfehlungen sinnvoll sind. So wäre es zum Beispiel denkbar, den Nutzern Ratschläge für optimal angepasste Kleidung zu schicken oder sie an sonnigen Tagen daran zu erinnern, Sonnencreme aufzutragen. Im Juni 2025 wird an der Fachhochschule Vorarlberg zudem eine Tagung stattfinden, in deren Rahmen das Projekt eine zentrale Rolle spielen wird.

Hitze und Hochwasser: Das Jahr der Wetterextreme

Der Sommer 2024 war in Europa der heißeste der Messgeschichte, nun folgten vielerorts beispiellose Niederschläge

Der junge Herbst 2024 brachte katastrophalen Starkregen und Schneefälle bis in tiefere Lagen mit sich. Das Extremwetter sorgte in Teilen Österreichs innerhalb von wenigen Tagen für bis zu fünfmal mehr Niederschlag als in einem durchschnittlichen gesamten September. Die dramatischen Folgen dieser extremen Wetterlage sind noch lange nicht ausgestanden.

Der vielerorts beispiellose Niederschlag und Hochwasser reihen sich in ein Jahr ein, dass schon zuvor von Extremen geprägt war: Der Sommer brachte Hitzerekorde, vie-

lerts Trockenheit, in manchen Regionen aber auch Starkregenereignisse, die für Murenabgänge und Überschwemmungen sorgten.

Wie kürzlich der europäische Klimadienst Copernicus mitteilte, war der Sommer 2024 global und auch in Europa der heißeste der Messgeschichte. Weltweit war der vergangene August gemeinsam mit jenem des Vorjahres der bislang heißeste mit einer durchschnittlichen Lufttemperatur von 16,82 Grad Celsius.

Dieser Wert liegt um 0,71 Grad höher als der Durchschnitt der Jahre 1991 bis 2020. Im Vergleich zur vorindustriellen Zeit war es in den

vergangenen zwölf Monaten durchschnittlich um 1,64 Grad wärmer.

Das war auch in Österreich zu spüren. Allein im vergangenen August zählte Geosphere Austria zweibis dreimal so viele Hitzetage, an denen mehr als 30 Grad erreicht wurden, wie in einem durchschnittlichen August.

Zahlreiche Tropennächte

Der gesamte Sommer 2024 brachte in den Landeshauptstädten etwa doppelt so viele Hitzetage wie ein durchschnittlicher Sommer im Zeitraum 1991 bis 2020 und rund dreibis viermal so viele Hitzetage wie im

Durchschnitt der Klimaperiode 1961 bis 1990.

Auch die Anzahl der Tropennächte – Nächte, in denen die Temperatur nicht unter 20 Grad fällt – war an den Wetterstationen einiger Landeshauptstädte überdurchschnittlich hoch: Im ersten Wiener Gemeindebezirk wurden rekordmäßige 44 Tropennächte registriert, in Eisenstadt 25, in Linz 15 und jeweils 11 an der Universität Graz sowie in St. Pölten.

In Österreich gibt es eine kontinuierliche Messreihe seit 1767, an der sich längst die Klimaerwärmung ablesen lässt. Die 20 heißesten Som-

mer fielen vorwiegend auf Jahre in der jüngeren Vergangenheit: 2024, 2003, 2019, 2015, 2022, 2017, 2018, 2023, 1992, 1811, 1994, 2012, 2021, 2013, 1807, 2002, 1834, 2020, 2016 und 2010.

Auch die Meerestemperaturen erreichten 2024 alarmierende Höchstwerte, das Mittelmeer ist nach wie vor ungewöhnlich warm. Das sorgt auch für eine Zunahme an Extremwetterereignissen: Je wärmer das Meer ist, desto mehr Feuchtigkeit können die Luftmassen darüber aufnehmen. Damit steigt auch das Risiko für starke Niederschläge und Hochwasser. (dare)

Renaturieren gegen Hochwasser

Wenn Österreich wieder mehr Platz für Naturraum um seine Gewässer schafft, bremst das die Fluten, sagen Expertinnen und Experten. Sogenannte Retentionsflächen können schwere Schäden reduzieren. Hoffnungen setzen Wissenschaftler in das von der ÖVP bekämpfte EU-Renaturierungsgesetz.

Lukas Kapeller

Regen, Regen, Regen und noch mehr Regen: Die Unwetter haben weite Teile des Landes und vor allem Niederösterreich schwer getroffen. Mehrere Menschen, darunter ein Feuerwehrmann, sind gestorben. Die wirtschaftlichen Schäden wagen Branchenvertreter und Versicherungen noch nicht zu schätzen.

In der niederösterreichischen Landeshauptstadt St. Pölten zum Beispiel fielen von Donnerstag bis Sonntag mehr als 300 Liter Regen pro Quadratmeter. „Solche Wetterereignisse hat es früher schon gegeben, aber die Intensität der Niederschläge ist etwas Neues“, sagt Margreth Keiler, Naturgefahrenforscherin an der Uni Innsbruck, dem STANDARD.

In den Naturwissenschaften beschäftigt man sich daher intensiv damit, wie man Flutkatastrophen wenn schon nicht verhindern, so zumindest in ihrer Wirkung verringern kann. Sinnvoll sei eine Kombination aus technischen und natürlichen Maßnahmen, sagt Thomas Hein, Leiter des Instituts für Hydrobiologie und Gewässermanagement an der Universität für Bodenkultur in Wien.

Ein bewährter technischer Schutz ist ein Damm; einen natürlichen Schutz bietet die sogenannte Retention. Das bedeutet, es werden Rückhalteflächen um Flussläufe geschaffen, in denen sich Wasser ansammeln kann.

Rückhalteflächen

„Die Donau zeigt derzeit gut, dass wir sowohl technischen Hochwasserschutz durch Dämme als auch natürlichen Hochwasserschutz durch ausreichenden Retentionsraum benötigen“, sagt Hein. „Die Renaturierung ist ein Teil der Lösung gegen Hochwasser.“ Trotz enormer Regenfälle gebe es bisher relativ wenige unkontrollierbare Situationen unmittelbar an der Donau, erklärt Hein. Denn an dem Fluss griffen mehrere Maßnahmen gut ineinander. „Das größte Schadenspotenzial haben wir hingegen an Zuflüssen.“

Retentionsflächen können theoretisch auch künstliche Speicher oder Becken sein. Wenn man natürliche Retentionsflächen schafft, habe das aber den Vorteil, dass diese zugleich zum Hochwasser- und zum Klimaschutz beitragen, sagt Keiler. „Renaturierung von Flüssen bedeutet, den Verlauf zu öffnen, Schleifen oder sogar Verzweigungen zuzulassen, wo neue Ökosysteme entstehen. Bei Hochwasser habe ich dann eine breitere Fläche zur Verfügung, wo mehr Wasser reinpasst“, erklärt die Forscherin. Nachsatz: „Der Fluss braucht dann natürlich mehr Platz.“

Natürlich sei ein vorbeugender Hochwasserschutz mit großen Anstrengungen verbunden, sagt Biologe Hein. Das Kamptal im Waldviertel sei aber ein Beispiel dafür, dass die Situation durch bessere Vorbeugung im Jahr 2024 kontrollierter ist, als sie es noch 2002

war. „Man hat dort in Hochwasserschutz investiert und Retentionsräume geschaffen“, sagt Hein.

Problem Bodenversiegelung

Problematisch auch mit Blick aufs Hochwasser sei hingegen die fortschreitende Bodenversiegelung in Österreich. So sind laut Umweltbundesamt im Jahr 2021 täglich 100.000 Quadratmeter neu beansprucht und davon täglich 58.000 dauerhaft versiegelt worden. „Es wird gleichzeitig daran gearbeitet, das Problem zu lösen und das Problem zu vergrößern“, sagt Hein über gleichzeitige Entwicklungen wie Renaturierung und Bodenversiegelung. „An einigen Orten werden die Abflussmöglichkeiten auch verschlechtert. Ein asphaltierter Boden kann nur so viel Wasser weiterleiten, wie es die Dimension des Abflussrohrs, das unter dem Asphalt verlegt ist, ermöglicht. Aber er kann nichts speichern.“

Beispiele für aktuelle Renaturierungen in Österreich sind die Wiederherstellung natürlicher Lebensräume am Liesingbach in Wien

sowie die Restaurierung eines Donauarms im Bezirk Bruck an der Leitha in Niederösterreich.

Risikoforscherin Keiler von der Uni Innsbruck erinnert daran, dass insbesondere in den Sechziger- und Siebzigerjahren noch eine andere Denkweise herrschte. Was technisch möglich war, wurde gemacht: Flüsse wurden begradigt und Flächen, die bis dahin Sumpflandschaften waren, häufig zu Äckern.

ÖVP bekämpfte Gesetz

Im Juni lieferten sich die Koalitionspartner ÖVP und Grüne ein hartes Match ums EU-Renaturierungsgesetz. Letztlich stimmte Österreich an der Seite von Ländern wie Deutschland und Frankreich mit Ja, während Ungarn, Polen, Schweden, Finnland und die Niederlande in der Minderheit blieben. Umweltministerin Leonore Gewessler tat dies beim EU-Ministerrat gegen den Widerstand der ÖVP.

Der ÖVP-Bauernbund argumentierte, man sei nicht gegen Renaturierungsprojekte, aber gegen verbindliche Regeln auf EU-Ebene.

Unter Forscherinnen und Forschern fand das Renaturierungsgesetz hingegen breite Unterstützung. Einen offenen Brief an die Landeshauptleute unterschrieben im Frühjahr rund 170 Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen.

Auch Boku-Forscher Hein begrüßt das beschlossene EU-Gesetz. „Man kann die Situation mit dem Straßenverkehr vergleichen: Vor 80 Jahren gab es noch keine Geschwindigkeitsbeschränkungen. Es gab damals allerdings wenige Autos und viel Platz. Und heute haben wir unseren Raum bereits so verplant und verbaut, dass wir ein Gesetz für die Natur mit klaren Zielsetzungen brauchen“, sagt Hein. Nur auf Einzelinitiativen zu setzen sei zu wenig.

Keiler sieht das genauso. „Damit wir in Österreich tätig werden, ist es sehr gut, wenn wir Vorgaben von außen haben. Ansonsten können Begriffe sehr dehnbar ausgelegt werden.“ Es sei für die Wiederherstellung der Natur in Europa gut, „einheitliche Regeln zu haben“.

Kommentar Seite 20



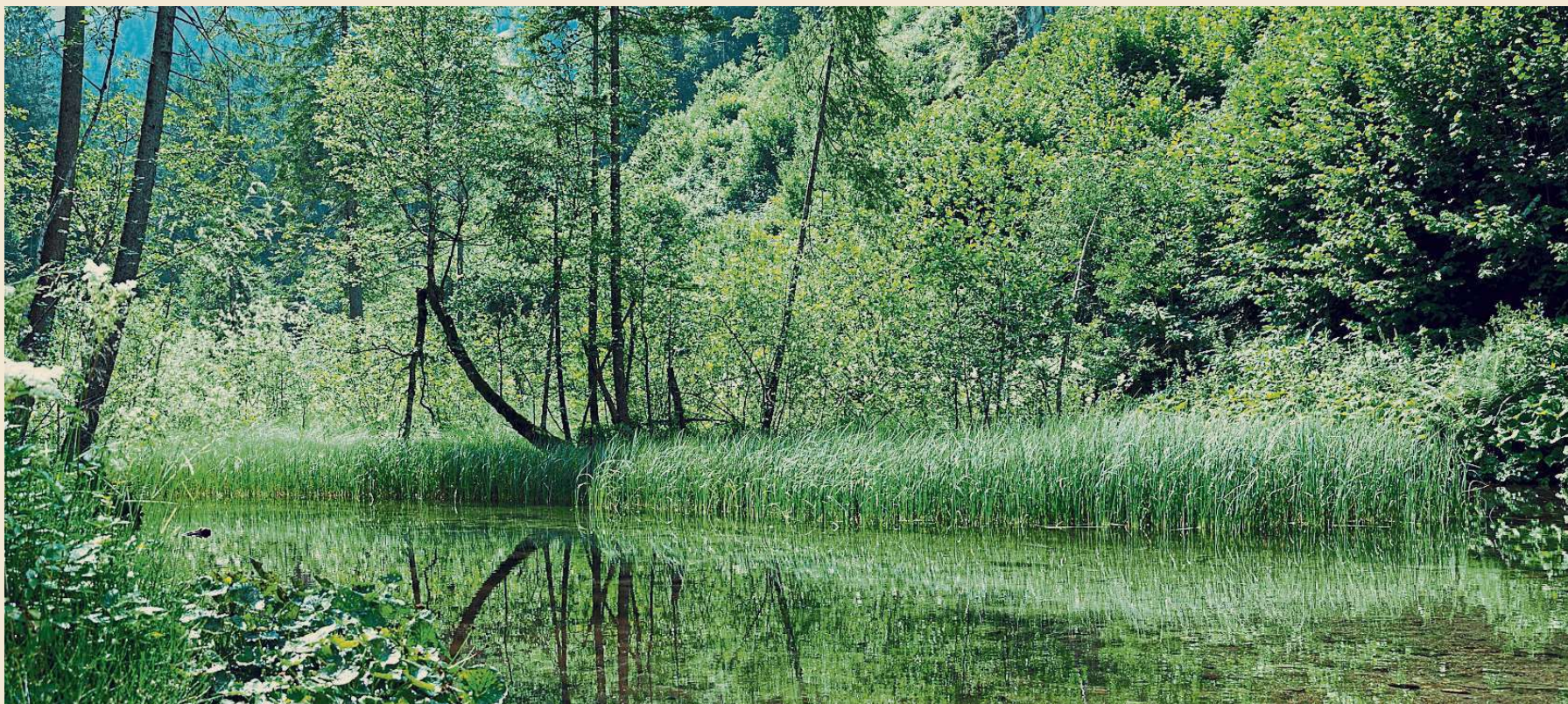
Fotos: Jakob Pallinger, Christian Fischer, APA / Helmut Fohringer

Ein renaturierter Seitenarm der Donau im Nationalpark Donau-Auen (o.). Vom aktuellen Hochwasser stark betroffen war etwa die Gemeinde Schönberg am Kamp (u. li.). In Rust im Tullnerfeld bewegte sich die Feuerwehr mit Zillen fort (u. re.).

Grünes Freiluftlabor

Quellen, Wald und Insekten stehen im Fokus einer neuen Forschungsk Kooperation. Sie alle liefern wichtige Daten, um die Veränderung von biodiversen Lebensräumen unter neuen klimatischen Bedingungen zu untersuchen.

Susanne Strnadl



Die Eitzbachquelle (o.) und eine Klimastation im Nationalpark Gesäuse (li.). Forscherin Manuela Hirschmugl erklärt Veränderungen im Wald (Mitte), Alexander Maringer vom Nationalpark Gesäuse und Christian Sturmbauer von der Uni Graz ziehen Proben.

Fotos: Uni Graz / Vilgut

Seit seiner Gründung im Jahr 2002 dient der Nationalpark Gesäuse als Refugium für bedrohte Arten. Außerdem wird in dem Schutzgebiet in der Steiermark seit seiner Errichtung 2002 naturwissenschaftlich geforscht, sowohl von seinen eigenen Forscherinnen und Forschern als auch von der Universität Graz. Nun wurde eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit in den Bereichen Forschung, Lehre und Wissenstransfer unterzeichnet, die das Gesäuse und die Uni Graz auch offiziell miteinander verbindet.

Die Forschungsergebnisse zielen vor allem darauf ab, besser zu verstehen, wie alpine Lebensräume auf Umweltveränderungen reagieren, allem voran auf den Klimawandel. Bereits seit langem werden die Quellen im Nationalpark Gesäuse – der unter anderem vom Klimaschutzministerium unterstützt wird – untersucht, allen voran die Eitzbachquelle im Johnsbachtal.

Jede Quelle ein Ökosystem

Die Quelle zeichnet sich einerseits durch ein sehr überschaubares Einzugsgebiet und andererseits durch eine hochvariable Schüttung aus. Darunter versteht man jene Wassermenge, die innerhalb einer bestimmten Zeit austritt. Je nach Niederschlag kann sich diese bei der Eitzbachquelle auf zwischen 40 und 800 Liter pro Sekunde belaufen.

Wie Forschende des Instituts für Erdwissenschaften der Universität Graz schon früher herausgefunden haben, liegt das daran, dass die Quelle aus zwei unterirdischen Reservoirs gespeist wird. Diese geben je nach Niederschlagsverhältnissen unterschiedlich viel

Wasser frei. Die Nationalpark-Wissenschaftler beschäftigen sich ihrerseits mit den tierischen Bewohnern der Quellen im Schutzgebiet. Die bisherigen Ergebnisse lassen vermuten, dass jede Quelle ihre eigene spezielle Lebensgemeinschaft hat und daher ein eigener Lebensraum ist, der mit dem Trockenfallen einer Quelle unwiderruflich verloren geht.

17 Messstationen sammeln Daten

Die Messdaten fließen auch in ein seit 2007 bestehendes Projekt der Universität Graz ein – das vom Wegener-Center für Klima und Globalen Wandel betriebene WegenerNet. In der Südoststeiermark und im Johnsbachtal des Gesäuses werden dabei engmaschig Wetter- und Klimadaten erhoben. Im Gesäuse senden 17 Stationen alle zehn Minuten Daten zu Temperatur, Luftfeuchte, Niederschlag, Schneebedeckung, Wind, Strahlung und Luftdruck. An zwei weiteren Stellen werden Pegel und Wasserzustand des Johnsbachs aufgezeichnet.

Das Projekt, das bis zum Jahr 2100 ausgelegt ist, soll die nötigen Daten liefern, um Prognosen über die Entwicklung des alpinen Klimas zu ermöglichen. Dafür braucht es allerdings Messreihen von mindestens 20 bis 30 Jahren. Aus Daten älterer Stationen lässt sich aber schon jetzt sagen, dass die mittlere Sommertemperatur in den letzten 50 Jahren um rund drei Grad gestiegen ist.

Die Zusammenarbeit im Rahmen der neuen Vereinbarung erfolgt mit zwei weiteren Instituten der Universität Graz, nämlich dem Institut für Geographie und Raumforschung und dem Institut für Biologie. Die ersten beiden Projekte spannen einen denkbar weiten Bogen: von Satelliten bis zu Blumenwiesen. In

dem von der FFG finanzierten Projekt „Habitat Alp 2.0“, das von Manuela Hirschmugl vom Institut für Geographie und Raumforschung geleitet wird und mit nächstem Jahr startet, sollen Fernerkundungsdaten zum Einsatz kommen, um Veränderungen auf naturschutzrelevanten Flächen besser und schneller erkennen zu können.

KI erkennt Landschaftstypen

Dafür wird eine Künstliche Intelligenz darauf trainiert, einen bestimmten Landschaftstyp – etwa einen Buchen-Mischwald – auf Satellitenbildern zu erkennen. Diese stammen von einem Satelliten, der das Gesäuse alle zwei Wochen überfliegt. „Da das Gesäuse relativ klein ist und die Verhältnisse hier sehr gut dokumentiert sind, eignen sich die Flächen gut als Trainingsdatensätze für die KI“, erklärt Alexander Maringer, Kooperationsleiter auf Nationalparkseite.

Hat die KI einmal die nötige Menge an Input, kann sie genauso gut auf viel größeren Flächen eingesetzt werden. So lassen sich rasch und mit verhältnismäßig geringem Aufwand Veränderungen – etwa durch den Klimawandel – auch auf sehr ausgedehnten Arealen feststellen. Um die Artenvielfalt der Insekten geht es bei dem Projekt GeMonA+,

das vom Biodiversitätsfonds des Klimaschutzministeriums gefördert wird. An dem Projekt sind Forschende von fünf österreichischen Universitäten und dem Naturhistorischen Museum Wien unter der Leitung von Christian Sturmbauer vom Institut für Biologie der Uni Graz beteiligt.

Welche Insekten Blüten besuchen

Um herauszufinden, welche Insektenarten auf den lokalen Wiesen Blüten besuchen, bedienen sich die Forschenden einer Doppelmethode: Einerseits werden die Insekten ganz klassisch in und um die Blumen herum gefangen und bestimmt. Andererseits werden die besuchten Blüten in destilliertem Wasser gewaschen und so diverse Rückstände gewonnen, die alle Lebewesen ständig hinterlassen, wie Haut- oder Flügelschuppen oder auch Ausscheidungen. Das darin enthaltene Erbgut nennt man Umwelt- oder eDNA.

Umwelt-DNA kann mithilfe von molekularbiologischen Methoden und durch den Vergleich mit Referenzdatenbanken auch Aufschluss darüber geben, wer die Blüten besucht hat. Gegenüber herkömmlichen Methoden ist dieses Verfahren nicht nur deutlich weniger zeit- und kostenintensiv, sondern kommt auch ohne den Einsatz hochspezialisierter Expertinnen und Experten aus, deren Zahl ebenso wie die der Insekten im Rückgang begriffen ist.

Die Daten aus allen Projekten fließen auch in das EU-weit im Aufbau begriffene Monitoring-Netzwerk eLTER (Long Term Ecological Research) ein. Dabei werden ökologische Abläufe anhand langer Zeitreihen untersucht, um diese besser zu verstehen.

Teenager am rechten Rand

Radikale Parteien erzielen bei jungen Menschen oft hohe Zustimmungsraten. Dass die rechte Propaganda bei der Jugend auf fruchtbaren Boden fällt, liegt teilweise an der gefinkelten Präsentation rechter Inhalte. Doch auch Krisen und Unsicherheit in der Adoleszenz machen diese Gruppe anfällig für die extremen Weltbilder.

Miguel de la Riva

Von 1968 bis Fridays for Future: Die Jugend ist links und progressiv. So lautet das Klischee. Tatsächlich sind rechtsextreme Einstellungen unter jungen Menschen weit verbreitet, wie sich regelmäßig bei Wahlen zeigt. Oft erzielt die FPÖ sehr gute Ergebnisse bei den unter 30-Jährigen, zuletzt etwa bei der EU-Wahl im Juni, bei der sie in dieser Gruppe nur knapp den ersten Platz verfehlte. Der Trend ist aus anderen EU-Ländern bekannt und zuletzt auch in Deutschland angekommen, wo die AfD bei den Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen bei Jungwählern mit Abstand die meisten Stimmen holte.

„Ob rechtsextreme Einstellungen unter jungen Menschen früher mehr oder weniger verbreitet waren, ist schwer zu sagen, regelmäßige Erhebungen fehlen“, sagt Andreas Peham vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Seit mehr als 30 Jahren ist der renommierte Experte für Rechtsextremismus in der Präventionsarbeit mit Jugendlichen tätig. Für seine Arbeit wurde ihm am 12. September der Leon-Zelman-Preis für Dialog und Verständigung des Jewish Welcome Service Vienna verliehen.

Zwar möchte Peham Rechtsextremismus – und den in seinen Augen in vielem analogen Jihadismus – nicht als Jugendphänomen missverstanden wissen, da die fraglichen Einstellungen doch eher im Alter zunehmen würden. Aber auch zwischen 14 und 16 Jahren würden solche Orientierungen gehäuft auftreten, bevor sie mit der ersten Beziehung und anderen Schritten ins Erwachsenenleben oft wieder zurückgingen.

Buben seien dabei anfälliger als Mädchen. In einem in der wirtschafts- und sozialpolitischen Zeitschrift *Wiso* der Arbeiterkammer Oberösterreich erschienenen Aufsatz resü-

miert Peham: „Es scheint etwas an der Adoleszenz zu sein, das dem Rechtsextremismus entgegenkommt.“

Das versucht Peham in der Tradition der Frankfurter Schule durch eine Verbindung soziologischer und psychoanalytischer Konzepte zu erklären. Rechtsextreme Einstellungen erwiesen sich in dieser Perspektive als etwas, das Sigmund Freud als „Schiefeilung“ bezeichnet hätte: als Scheinlösung für Krisen und Konflikte, die in der Adoleszenz besonders intensiv erlebt werden.

Gerade wenn Jugendliche durch lieblose oder gewaltvolle Erziehung vorentmutigt in die Pubertät kommen, könne rechtsextreme Ideologie für sie zu einer Ressource werden, um mit der von Scham, Angst und Unsicherheit geprägten Lebensphase fertigzuwerden. Die rechten Propagandisten hätten das längst erkannt und sprächen Teenager so gezielt an, als ob sie Entwicklungspsychologen seien.

Das Versprechen von Sicherheit

So verspreche etwa Fremdenhass nicht nur Selbstaufwertung durch Abwertung anderer. Laut Peham äußert sich in ihm ein Manichäismus – eine Zweiteilung der Welt in Gut und Böse –, mit dem für das Teenageralter typische Ambivalenzkonflikte verdrängt würden: „Psychisch entspricht das dem Abwehrmechanismus der Spaltung, den man von Kleinkindern kennt, die es nicht aushalten, dass die Eltern, die sie so lieb haben, auch einmal Nein sagen.“ Durch die Schwarz-Weiß-Malerei, die jede Differenz und Schattierung verschwinden lässt, werde auch eine scheinbar feste und klar umrissene Identität angeboten – was in einer Lebensphase attraktiv ist, in der man darum ringt, wer man ist.

Diese Identität jedoch wird stets als gefährdet dargestellt. Immer droht die eigene Gruppe von den Eliten oder Fremden überwältigt

zu werden. Das sei der Kern der Ideologie: „Rechtsextremismus verwandelt Angst in Hass und verspricht Sicherheit – muss aber zugleich immer neue Angst erzeugen, damit die Menschen für seine Botschaften empfänglich bleiben“, sagt Peham.

Schon der Soziologe Leo Löwenthal habe Faschismus als „umgekehrte Psychoanalyse“ beschrieben: Statt neurotische Ängste bewusst zu machen, versuche die Agitation sie noch zur Panik zu steigern.

Propaganda in sozialen Medien

Diese Dynamik zeige sich plastisch an rechtsextremen Männerbünden wie deutschen nationalen Burschenschaften. Mit dem Psychoanalytiker Ernst Simmel spricht Peham hier von „pathologischen Gruppen“, die verhindern, dass Menschen zu selbstständigen Personen werden: „Neulinge werden mit teils brutalen Aufnahmezeremonien erst in Scham ertränkt und fühlen sich dann umso stärker aufgewertet, wenn sie danach als ‘einer von uns’ gelten.“ Obwohl sie unterdrückt werden, erlebten Jugendliche den Gruppeneintritt damit als Befreiung – sodass eine Abhängigkeit entsteht, die dazu führen kann, dass die Gruppe an die Stelle des Gewissens tritt und dessen Entwicklung behindert.

Durch soziale Medien sind Teenager rechtsextremer Propaganda heute stärker denn je ausgesetzt. Laut Peham kommen die Plattformen rechtsextremer Mobilisierung entgegen, weil sie bilderreiche, affektgeladene, agitator-

ische Sprache begünstigen. Ferner würden Konkurrenzprinzip und Ellenbogenmentalität dem Hass auf Schwache und anderen rechten Botschaften immer neue Scheinplausibilität verschaffen, weswegen Rechtsextremismus nicht das Gegenteil, sondern eine Übersteigerung der gesellschaftlichen Normalität sei, die Jugendlichen vorgelebt wird.

Wo kann da die Prävention ansetzen? Peham meint, dass Fakten und Argumente nur wenig helfen, um Jugendliche von rechter Ideologie abzubringen. Zwar sei es wichtig, Vorurteile stets rational widerlegen zu können, etwa dass Flüchtlinge Sozialschmarotzer seien. Doch man könne hier nicht einfach falsches durch richtiges Wissen ersetzen, weil die Ideologie für die Jugendlichen wichtige psychische Funktionen erfülle.

Kritisches Denken fördern

Die Kunst bestehe daher darin, diese Funktion bewusst und diskutierbar zu machen. Peham erzählt, dass er in Schulklassen des Öfteren frage, wer denn heute Früh gerne aufgestanden und in die Schule gegangen sei: „Dann entsteht ein offenes Gespräch über unsere eigenen Wünsche nach Faulheit und Versorgtwerden. Dabei mögen Jugendliche nicht so viel über Flüchtlinge erfahren – aber sie lernen, mit ihren Wünschen anders umzugehen, als sie nur zu verdrängen und auf andere zu projizieren.“

Neben Reden helfe auch Handeln, etwa in Projekten, die Jugendlichen Partizipations- und Selbstwirksamkeitserfahrungen vermitteln. Letztlich sei die beste Prävention aber, Jugendliche zu selbstständigem kritischem Denken zu befähigen: „Je größer die Fähigkeit, die Welt oder Gesellschaft zu begreifen, desto geringer die Wahrscheinlichkeit, auf rechtsextreme Deutungsangebote zurückzugreifen“, schreibt Peham.

Auffallend junge Teilnehmende einer rechtsextremen Versammlung in Leipzig halten die Kriegsflagge des Deutschen Reichs.

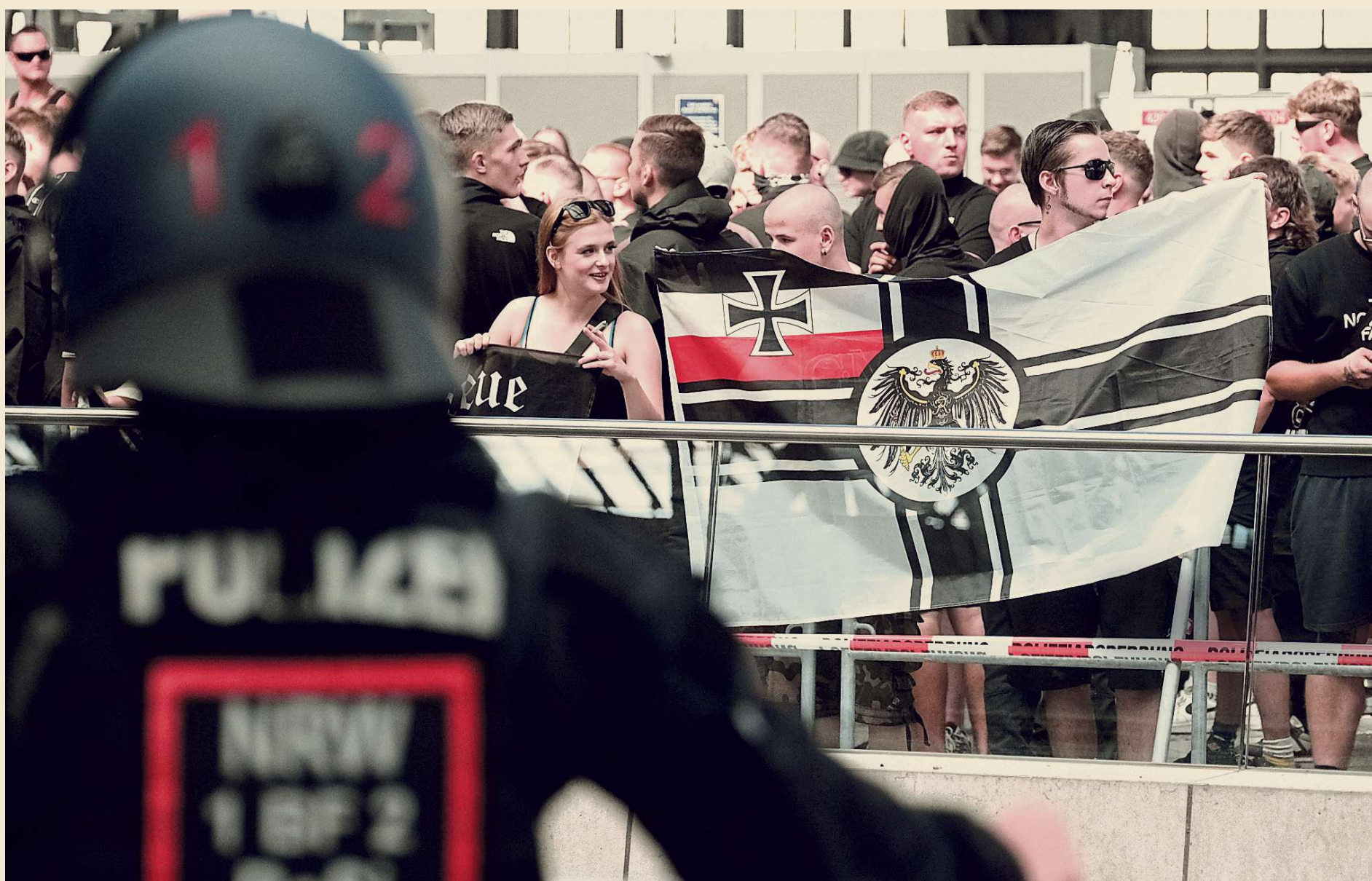
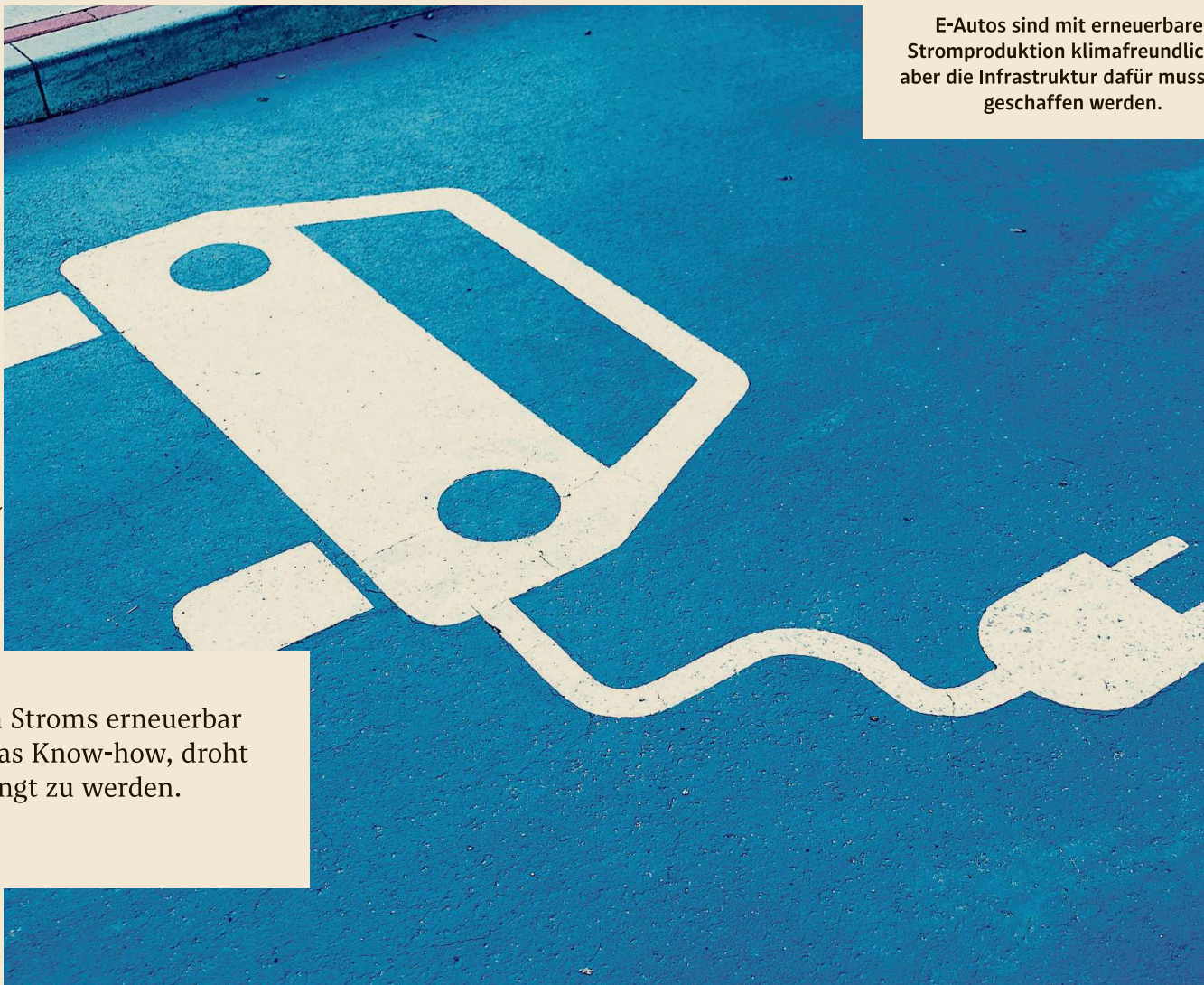


Foto: APA / dpa / Sebastian Willnow

Strom für E-Autos gesucht



E-Autos sind mit erneuerbarer Stromproduktion klimafreundlicher, aber die Infrastruktur dafür muss erst geschaffen werden.

Foto: Imago / Robert Poorten

Bis 2050 sollen 90 Prozent des benötigten Stroms erneuerbar produziert werden. Europa verfügt über das Know-how, droht aber von China und den USA abgehängt zu werden.

Martin Stepanek

Die Zukunft ist elektrisch: Gefahren wird mit E-Autos, gekühlt und geheizt mit Wärmepumpen. Fossile Energieträger haben ausgedient, die Emissionen sollen auf null heruntergefahren werden. Wind, Solar und Wasserkraft liefern erneuerbare Energie, Biomasse und grün produzierter Wasserstoff komplettieren den Mix, mit dem die ressourcen- und klimafreundliche Transformation in den kommenden Jahrzehnten gelingen soll.

Diese vor einigen Jahren noch utopisch erscheinende Vision wurde nicht nur in der EU längst zum konkreten politischen Ziel erklärt. Allein, wie der Weg dorthin aussieht, ist und bleibt die strittige Frage, wie auch bei den diesjährigen Technology Talks Austria im Wiener Museumsquartier schnell klar wurde. Laut der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien (Irena), der neben der EU 169 Staaten als Mitglieder angehören, wird der Anteil fossiler Brennstoffe beim Energieverbrauch von aktuell 63 Prozent auf nur noch zwölf Prozent im Jahr 2050 schrumpfen.

Elektrizität statt fossile Energie

„Damit das gelingt, müssen wir den Anteil an Elektrizität am Gesamtenergieverbrauch auf 51 Prozent mehr als verdoppeln, 90 Prozent davon müssen aus erneuerbaren Quellen stammen“, erklärt Gauri Singh, stellvertretende Irena-Generaldirektorin. Dass das Ziel nur mit enormen Forschungs- und Innovationsanstrengungen erreicht werden kann, liegt auf der Hand. Die Netze und die Energiespeicher müssen ausgebaut werden.

Bereits 2030 rechnet die Organisation mit einer knappen Verzehnfachung an Batteriespeichern auf 783 Gigawattstunden, Pumpspeicher sollen sich auf 319 Gigawattstunden mehr als verdoppeln. Technische Hürden wie

etwa Materialengpässe beim chemischen Element Kobalt, das ursprünglich essenziell für Lithium-Ionen-Akkus war, hätten zu neuen Lösungen wie kobaltfreien Lithium-Eisenphosphat-Akkus (LFP) oder seit 2023 auch zu Natrium-Ionen-Akkus geführt. Damit sich die neuen Technologien allerdings nicht nur in reichen Industrieländern durchsetzen, muss die Produktion entsprechend skaliert und also günstiger werden. Und genau hierbei tue sich Europa entsprechend schwer.

Kostenfaktor entscheidend

„Europa ist bei Forschung und Innovation extrem stark und verfügt über einen KMU-Sektor, der schon im vergangenen Jahrhundert die industrielle Revolution angekurbelt hat. Die notwendige Skalierung wird Europa ohne strategische Partnerschaften, etwa mit Ländern, wo die Produktion billiger ist, aber einfach nicht schaffen“, sagt Singh. Das sei umso wichtiger, wenn man die Entwicklung nicht allein China überlassen wolle. „China wird sich nicht in Luft auflösen, auch wenn man sich das in Europa vielleicht wünschen würde, und sie haben die Kapazitäten.“

Damit die Transformation zu sauberer Elektrizität gelinge, müsse es leistbare Lösungen für Entwicklungs- und Schwellenländer geben. Denn berücksichtige man deren begrenzte finanzielle Möglichkeiten nicht, werde das die ungleiche Situation in der Welt weiter verstärken. „Wir brauchen mehr kontextbasierte Forschung für ärmere Länder und Regionen, wie etwa in Europa entwickelte Lösungen dort kostengünstig implementiert werden können. Innovation bedeutet nicht überall das Gleiche, und vor allem ist das kein linear ablaufender Prozess“, erklärt Singh.

Genau dieses lineare und auch siloartige Denken in der EU-Politik kritisierte auch Andrea Renda, wissenschaftlicher Direktor des

Brüsseler Thinktanks Center for European Policy Studies. So habe man eine Digitalisierungsagenda verabschiedet und mit dem Green Deal auch ein Ziel vorgelegt, treibhausgasfrei und klimaneutral zu werden, aber bisher nicht im Fokus gehabt, wie man die beiden Transformationen klug zusammenführen könne. Die menschliche Komponente sei in beiden Bereichen übersehen worden, ebenso wie wirtschaftliche, soziale und territoriale Auswirkungen entsprechender Maßnahmen.

„Die Herausforderungen, die auf Europa zukommen, sind riesig. Wir müssen in der politischen Gestaltung dynamischer, agiler und auch flexibler werden und dabei auch lokale Rahmenbedingungen im Auge behalten“, sagte Renda. Diese neue Art von Politik sollte sich weniger an reinem Wachstumsdenken, sondern an übergeordneten Zielen und dem Gesamtwohl der Bevölkerung orientieren, ist der Thinktank-Direktor überzeugt. Europa müsse zudem seinen eigenen Weg finden. Nur das Modell der USA zu kopieren, das in vielerlei Hinsicht problembehaftet sei, sei zu wenig.

Gewessler fordert Mut ein

Klimaschutzministerin Leonore Gewessler (Grüne), die die Nachfolgeveranstaltung der Alpbacher Technologiegespräche eröffnete, forderte ein radikales Umdenken und mutige Investitionen ein, damit Europa nicht nur emissionsfrei werde, sondern auch wettbewerbsfähig bleibe und gleichzeitig eine positive gesellschaftliche Entwicklung sichere. Politische Strategien hätten es per se in sich, dass sie über mehrere Jahre gefasst seien. Diese Stabilität mit notwendiger Agilität auszustatten sei auf politischer Ebene die Herausforderung. „Agilität sollte gleichzeitig aber auch nicht die Ausrede dafür sein, keine Entscheidung zu treffen“, mahnte sie.

Weniger Bürokratie, etwa bei Genehmigungsverfahren im Bereich Solar, Wind, aber auch Speichertechnologien, wünscht sich etwa Maria Leis von Breakthrough Energy, einer von Bill Gates gegründeten Dachorganisation, die sich auf Innovationen und Finanzierungen im Bereich nachhaltiger Energie spezialisiert hat. „Viele Technologien wurden und werden in Europa entwickelt, wie Windkraft, Solarzellen, Wärmepumpen, aber auch die grüne Stahlproduktion mit Wasserstoff. Wir müssen jetzt aufpassen, dass die Wertschöpfung nicht wie bei Solar und Wind wieder nach China oder in die USA abwandert.“

Weniger Bürokratie gefordert

Damit aufstrebende Unternehmen und Start-ups in Europa bleiben, müssten entsprechende Förderprogramme noch einfacher gestaltet und mit mehr Geld ausgestattet werden. Global betrachtet müssten wiederum auch finanzkräftige Organisationen wie Breakthrough Energy ebenfalls noch stärker über den Tellerrand, sprich Europa und USA, schauen und auch in Schwellen- und Entwicklungsländern vielversprechende Projekte nicht nur unterstützen, sondern gezielt suchen und finden.

Bei den Veranstaltern der erstmals in Wien durchgeführten Technology Talks zeigte man sich indes angesichts der Resonanz der Teilnehmenden zufrieden. So freute sich Brigitte Bach, Sprecherin der AIT-Geschäftsführung, über mehr als 900 Besucherinnen und Besucher. 40 Jahre nach der Premiere im Rahmen des Europäischen Forums Alpbach wurde das Konzept nun in der Bundeshauptstadt mit einer stärkeren internationalen Ausrichtung neu aufgelegt und könnte nach erfolgreicher Evaluation auch im kommenden Jahr wieder in Wien stattfinden.

FORSCHUNG SPEZIAL ist eine entgeltliche Einschaltung in Form einer Medienkooperation mit österreichischen Forschungsinstitutionen. Die redaktionelle Verantwortung liegt beim STANDARD.



Doch nicht unmöglich?

Bisher ging man davon aus, dass es extrem schnell rotierende Schwarze Löcher nicht geben kann. Forscher treten nun den Gegenbeweis an – mit faszinierenden Folgen.

Reinhard Kleindl

Schwarze Löcher sind Objekte mit extremen Eigenschaften. Sie sind genau genommen nicht die „extremsten“ Objekte des Universums, weil das Wort „extrem“ im Deutschen eigentlich nicht gesteigert werden darf, besteht doch seine Bedeutung gerade darin, einen Zustand zu beschreiben, zu dem keine Steigerung mehr möglich ist. Für manche kosmischen Objekte ist man aber versucht, eine Ausnahme zu machen. Besonders gilt das für Schwarze Löcher, die rotieren, wo die ohnehin schon schwer vorstellbaren Verzerrungen von Raum und Zeit noch sonderbarer werden. So nimmt etwa bei rotierenden Schwarzen Löchern unter bestimmten Umständen die Anziehungskraft ab. Das geht so weit, dass sie am sogenannten Ereignishorizont, der Grenze, an der nicht einmal mehr Licht dem Sog des Schwarzen Lochs widersteht, plötzlich verschwindet.

Die alles definierende Eigenschaft Schwarzer Löcher – ihre Fähigkeit, alles in sich hineinzuziehen – wird dabei ad absurdum geführt. Ein Raumschiff könnte damit in unmittelbarer Nähe eines Schwarzen Lochs verharren. Glücklicherweise schien es so, als könnte ein „extremes“ Schwarzes Loch, bei dem die Anziehungskraft am Ereignishorizont tatsächlich verschwindet, in der Natur nie auftreten. Das legte eine Arbeit nahe, die der legendäre britische Physiker Stephen Hawking mit seinen Kollegen James Bardeen und Brandon Carter im Jahr 1973 veröffentlichte. Die drei Physiker etablierten darin vier fundamentale Gesetze zum Verhalten von Schwarzen Löchern. Unter anderem ging es dabei um die Frage, ob Schwarze Löcher Regeln der Thermodynamik brechen oder nicht.

„Fütterung“ des Schwarzen Lochs

Hawking und seine Kollegen zeigten sich überzeugt, dass die Schwerkraft am Ereignishorizont nie null werden darf. Dann könnte nämlich der Ereignishorizont überhaupt verschwinden und das Zentrum des Schwarzen Lochs, die sogenannte Singularität, nackt dastehen. Eine solche Peinlichkeit würde für solchen Aufruhr in der Theoretischen Physik sorgen, dass sie kurzerhand für unmöglich erklärt wurde, ein Gesetz, das als „Kosmische Zensur“ bekannt ist.

Beweisen konnten die drei Autoren diese Behauptungen, im Gegensatz zu den anderen Gesetzen über Schwarze Löcher, allerdings nicht. Das gelang im Jahr 1986 (scheinbar) dem Physiker Werner Israel. Er untersuchte, wie aus einem gewöhnlichen Schwarzen Loch ein extremes entstehen sollte. Dazu müsste es große Mengen geladener Teilchen und rotierender Materie aufnehmen. Doch selbst dann würde die Schwerkraft am Ereignishorizont nie null werden, zeigte Israel. Zumindest schien er es zu zeigen. Denn in zwei neuen theoretischen Arbeiten, die gerade auf Publikation in einem Fachjournal warten, demonstrieren die Mathematiker Christoph Kehle vom Massachusetts Institute of Technology und Ryan Unger von der Universität Stanford und der University of California in Berkeley, dass Israels Beweis lückenhaft ist. Tatsächlich stehe physikalisch der Bildung eines extremen Schwarzen Lochs nichts im Wege. Davon berichtet nun das *Quanta Magazine*.

Der Doktorvater der beiden Forscher, Mihalis Dafermos von der Universität Princeton, zeigt sich von der Arbeit begeistert. Der Beweis sei „schön, in technischer Hinsicht innovativ und physikalisch überraschend“. Er lege nahe, dass das Universum reicher und vielseitiger sei als bisher angenommen. Dabei waren extreme Schwarze Löcher gar nicht das eigentliche Forschungsziel von Kehle und Unger. Sie beschäftigten sich ursprünglich mit der Entstehung von Schwarzen Löchern mit elektrischer Ladung.

Die elektrische Ladung ist bei Schwarzen Löchern deshalb so interessant, weil sie eine der wenigen Eigenschaften ist, die ein Schwarzes Loch überhaupt haben kann. Dazu kommen noch seine Masse und sein Drehimpuls. Weitere Eigenschaften, etwa irgendeine Oberflächenstruktur wie bei Planeten oder Sternen, gibt es nicht. Diese Vermutung, die in Teilen von Stephen Hawking gemeinsam mit Kollegen bewiesen wurde, ist als „No-Hair-Theorem“ bekannt. Der Name soll illustrieren, dass Schwarze Löcher perfekt glatt sind wie eine Glatze.

Theoretisch unter Beschuss

Kehle und Unger erzählen, sie hätten bemerkt, dass die in der Lage wären, theoretisch beliebige Schwarze Löcher zu erzeugen, „für alle möglichen Verhältnisse von Masse und Ladung“. Damit war auch der Extremfall der höchstmöglichen Ladung in Griffweite. Es war ihr Doktorvater Dafermos, der erkannte, dass seine Studenten womöglich ein Gegenbeispiel für Hawkings Behauptung gefunden hatten. Um es zu realisieren, nahmen die beiden ein nicht rotierendes, ungeladenes Schwarzes Loch als Ausgangspunkt und setzten es in eine simulierte Umgebung, die einem Nebel aus geladenen Teilchen entsprach. Von diesem Nebel aus schossen sie – immer noch

rein theoretisch – mit Pulsen aus Teilchen auf das Schwarze Loch. Dabei gelang es ihnen, die Ladung des Schwarzen Lochs schneller als seine Masse ansteigen zu lassen.

Das ist entscheidend, um den Extremfall der maximal möglichen Ladung zu erreichen. Die Konstruktion gelang, warf aber andere Fragen auf. Immerhin gab es ja noch den Beweis von Werner Israel, wonach derlei eigentlich nicht möglich sein sollte. Tatsächlich gelang es, den Fehler in Israels Beweis zu finden. Um alle Zweifel auszuräumen, demonstrierten die Forscher zwei weitere Möglichkeiten, ein Schwarzes Loch bis zu seiner maximal möglichen Ladung anzuwachsen zu lassen.

Schwarze Löcher bleiben prüde

Zu erhöhter Freizügigkeit bei Schwarzen Löchern dürfte das allerdings, anders als von Hawking befürchtet, nicht führen. Extreme Schwarze Löcher befinden sich auch, was ihre Entstehung angeht, an einem extremen Punkt. Hat eine geladene Materiewolke genau die richtige Ladung, kann sie zu einem extremen Schwarzen Loch kollabieren. Ist die Ladung größer, entsteht gar nicht erst ein Schwarzes Loch. Die Natur scheint selbst für Anstandsregeln im Universum zu sorgen. Was das für die Astronomie bedeutet, ist derweil unklar. „Nur weil eine mathematische Lösung existiert, die nette Eigenschaften hat, bedeutet das nicht, dass die Natur auch Gebrauch davon macht“, sagt Gaurav Khanna von der University of Rhode Island, der nicht an den Arbeiten beteiligt war, gegenüber *Quanta*.

In der Theorie haben extreme Schwarze Löcher jedenfalls seit rund 50 Jahren ihren fixen Platz. „Sie haben schöne Symmetrien, die es erleichtern, gewisse Dinge zu berechnen“, sagt Khanna. Eine Entdeckung eines realen Exemplars wäre aufregend, betont der Physiker. Den Einwand, das sei unwahrscheinlich, lässt er nicht gelten. „Einstein glaubte nicht, dass Schwarze Löcher real sein könnten“, betont er. Er habe sie für zu sonderbar gehalten. „Heute wissen wir, dass es im Universum von ihnen wimmelt.“ Er wehrt sich dagegen, der Kreativität der Natur pauschal Grenzen aufzuerlegen.

Eine tatsächliche Entdeckung der schrägen Objekte würde einige ziemlich radikale Fragen aufwerfen. Und Physikerinnen und Physiker lieben radikale Fragen – je extremer, desto besser.

Eine künstlerische Darstellung eines Schwarzen Lochs, mit einem Ausschnitt der Milchstraße als Hintergrund. Schwarze Löcher sind zwar selbst dunkel, hinterlassen aber durch die Krümmung des Raums einen charakteristischen Schatten.

Illustration: APA/AFP/Esa/Hubble/Handout